



# Landtag von Baden-Württemberg

94. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 2. Juni 2005 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 17:01 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	6625	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produkte schützen</b> – Drucksache 13/3329	
Umbesetzung im Oberrheinrat . . . . .	6625		
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Heiderose Berroth . . . . .	6625		
Absetzung der Tagesordnungspunkte 8 und 9 . . . . .	6686	c) Antrag der Fraktion SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Landwirtschaft ohne Gentechnik in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/2903 (geänderte Fassung)	
1. Aktuelle Debatte – <b>Gegen die schleichende Aus- höhlung der Bürgerrechte durch Rot-Grün – Der Vorstoß des baden-württembergischen Jus- tizministers zur Wiederherstellung des Bank- geheimnisses</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	6625	d) Antrag der Fraktion SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Stärkung der Verbraucherinteressen in Baden-Württemberg bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte</b> – Drucksache 13/3980 . . . . .	6645
Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	6625, 6632	Abg. Walter GRÜNE . . . . .	6645, 6655
Abg. Dr. Schüle CDU . . . . .	6626, 6633, 6644	Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	6647
Abg. Stickelberger SPD . . . . .	6627, 6634, 6642	Abg. Kiefl CDU . . . . .	6648
Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	6628	Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	6651
Minister Stratthaus . . . . .	6629	Minister Hauk . . . . .	6652
Minister Dr. Goll . . . . .	6635, 6644	Abg. Alfred Winkler SPD . . . . .	6657
Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	6639		
Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	6639	Beschluss . . . . .	6659
Abg. Dr. Noll FDP/DVP . . . . .	6640		
2. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Gentechnik in HQZ-Produkten</b> – Drucksache 13/3328			

3. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – **Stellenabbauprogramm im Justizbereich** – Drucksache 13/2603
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Kosten im Rahmen der Verwaltungsreform** – Drucksache 13/3164
- c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Veränderung der Aufgaben der Landratsämter nach Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes** – Drucksache 13/3267
- d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Ablehnung der Übernahme von Beschäftigten der Vermögensverwaltung durch verschiedene Landkreise im Rahmen der Verwaltungsreform** – Drucksache 13/4206
- e) Antrag der Fraktion der GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – **Veränderung der Revier- und Postenstruktur bei der Polizei in Baden-Württemberg** – Drucksache 13/2938
- f) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – **Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform** – Drucksache 13/4233
- g) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Änderungsbedarf im Rahmen der Verwaltungsreform bei der Flurneuordnung** – Drucksache 13/4129 .. 6659  
 Abg. Gall SPD ..... 6659, 6672  
 Abg. Oelmayer GRÜNE ..... 6663  
 Abg. Heinz CDU ..... 6665  
 Abg. Hofer FDP/DVP ..... 6667  
 Minister Rech ..... 6669  
 Beschluss ..... 6673
4. **Fragestunde** – Drucksache 13/4316
- 4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – **Auszeichnung deutscher Soldaten in Afghanistan** ..... 6673  
 Abg. Behringer CDU ..... 6673  
 Minister Stächele ..... 6673
- 4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – **Stuttgart nicht mehr sicherste Großstadt in der Bundesrepublik** ..... 6674  
 Abg. Gaßmann SPD ..... 6674, 6675, 6676  
 Staatssekretär Köberle ..... 6674, 6675, 6676  
 Abg. Ruth Weckenmann SPD ..... 6676
- 4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – **Fort- und Weiterbildung für die nach der Verwaltungsreform an den Regierungspräsidien verbliebenen und die in die Kommunalverwaltungen eingegliederten Bediensteten** ..... 6676  
 Abg. Gustav-Adolf Haas SPD ..... 6676
- 4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – **Die Zukunft der Führungsakademie in Karlsruhe** ..... 6676  
 Abg. Gustav-Adolf Haas SPD ..... 6676, 6677  
 Minister Stächele ..... 6676, 6677  
 Abg. Blenke CDU ..... 6677  
 Abg. Fischer SPD ..... 6677
5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 3. Mai 2005 – **Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien** – Drucksachen 13/4294, 13/4333 ..... 6677  
 Abg. Herrmann CDU ..... 6678  
 Abg. Stickelberger SPD ..... 6678  
 Abg. Boris Palmer GRÜNE (zur Geschäftsordnung) ..... 6679  
 Abg. Dr. Noll FDP/DVP ..... 6679  
 Abg. Boris Palmer GRÜNE ..... 6681  
 Minister Stächele ..... 6682  
 Beschluss ..... 6683  
 Abg. Theurer FDP/DVP (zur Abstimmung) ..... 6683
6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 10. Mai 2005 – **Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen** – Drucksachen 13/4320, 13/4332 ..... 6684  
 Abg. Mack CDU ..... 6684  
 Abg. Stickelberger SPD ..... 6684  
 Abg. Theurer FDP/DVP ..... 6685  
 Abg. Walter GRÜNE ..... 6685  
 Minister Stächele ..... 6686  
 Beschluss ..... 6686
7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – **Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern – Entwicklung der Landeszuschüsse und Eigenbeteiligung der Eltern** – Drucksache 13/2604 ..... 6686  
 Abg. Käppeler SPD ..... 6686  
 Abg. Ursula Lazarus CDU ..... 6688  
 Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP ..... 6689  
 Abg. Boris Palmer GRÜNE ..... 6691  
 Minister Stratthaus ..... 6692  
 Beschluss ..... 6693

8. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – <b>Situation der Sportvereine in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/2627 ..... abgesetzt (6686)	<b>zur Organisation und Aufgabenerledigung der Kriminaltechnik in Baden-Württemberg</b> – Drucksachen 13/3847, 13/4202 ..... 6699 Beschluss ..... 6699
9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – <b>Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/2704 ..... abgesetzt (6686)	15. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. März 2005 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2001 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1999 (Nr. 17) – Controlling im Schienenpersonennahverkehr</b> – Drucksachen 13/4141, 13/4203 ..... 6699 Beschluss ..... 6699
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 29. Oktober 2004 – <b>Beratende Äußerung zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude</b> – Drucksachen 13/3725, 13/4201 ..... 6694 Abg. Reichardt CDU ..... 6694 Abg. Carla Bregenzer SPD ..... 6695 Abg. Kleinmann FDP/DVP ..... 6696 Abg. Theresia Bauer GRÜNE ..... 6697 Minister Stratthaus ..... 6698 Beschluss ..... 6699	16. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2004 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland – Folgerungen für Baden-Württemberg – und Denkschrift 2002 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2000 (Nr. 13) – Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf des Statistischen Landesamts</b> – Drucksachen 13/3912, 13/4297 ..... 6699 Beschluss ..... 6700
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. April 2005 – <b>Bericht des Südwestrundfunks über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2003 bis 2006</b> – Drucksachen 13/4193, 13/4334 .. 6699 Beschluss ..... 6699	17. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. März 2005 – <b>Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes</b> – Drucksachen 13/4217, 13/4298 ..... 6700 Beschluss ..... 6700
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. März 2005 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2003 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2001 (Nr. 6) – Beschaffung von IuK-Geräten</b> – Drucksachen 13/4196, 13/4295 ..... 6699 Beschluss ..... 6699	18. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/4317, 13/4318, 13/4319, 13/4347 . 6700 Beschluss ..... 6700
13. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 18. April 2005 – <b>Bad Wildbad, Verkauf der ehemaligen Trinkhalle an den Förderverein Trinkhalle Wildbad e. V.</b> – Drucksachen 13/4255, 13/4296 ..... 6699 Beschluss ..... 6699	19. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 13/4277, 13/4312 .. 6700 Beschluss ..... 6700
14. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 9. Dezember 2004 – <b>Beratende Äußerung</b>	Nächste Sitzung ..... 6700  Anlage Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im Oberrheinrat ..... 6700

## Protokoll

über die 94. Sitzung vom 2. Juni 2005

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 94. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Teßmer erteilt.

Dienstlich verhindert sind Frau Ministerin Dr. Schavan, Herr Minister Professor Dr. Frankenberg und Frau Staatssekretärin Lichy.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der CDU für eine Umbesetzung im Oberrheinrat (*Anlage*). Ich stelle fest, dass Sie diesem Vorschlag zustimmen. – Kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Heiderose Berroth hat heute Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich, Frau Kollegin, und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich darf darauf hinweisen, dass sich die Fraktionen dahin gehend geeinigt haben, dass Punkt 10 der Tagesordnung vor Tagesordnungspunkt 8 aufgerufen wird. Kein Widerspruch? – Dann wird so verfahren.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Gegen die schleichende Aushöhlung der Bürgerrechte durch Rot-Grün – Der Vorstoß des baden-württembergischen Justizministers zur Wiederherstellung des Bankgeheimnisses – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Gesamtredezeit: 40 Minuten. Redezeit für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen fünf Minuten und im Übrigen fünf Minuten je Redner.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion hat diese Aktuelle Debatte beantragt, weil wir feststellen können, dass die Bürgerrechte in der Bundesrepublik Deutschland entgegen anders lautenden öffentlichen Äußerungen durch die rot-grüne Bundesregierung in den vergangenen Monaten massiv eingeschränkt worden sind.

(Lachen der Abg. Drexler und Stichelberger SPD)

Ein krasses Beispiel dafür ist die Einschränkung des Bankgeheimnisses. Im Steuerehrlichkeitsgesetz hat die rot-grüne Bundesregierung

(Abg. Drexler SPD: Habt ihr da zugestimmt? – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Stimmt nicht!)

Möglichkeiten geschaffen, dass nun auf automatischem Weg Steuerbehörden, aber auch andere Behörden elektronisch auf Konten zugreifen können, sie jedenfalls abfragen können und dadurch die Existenz dieser Konten mit relativ einfachen technischen Möglichkeiten nachweisen können.

Wenn man einmal in das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit hineinschaut, merkt man, welchem Geist dieses Gesetz entsprungen ist. Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben ihr Kapitalvermögen ins Ausland transferiert, weil sie den Standort Deutschland nicht für attraktiv genug und die effektive Steuerbelastung für zu hoch halten. Sie, meine Damen und Herren, vertreten dann die Auffassung, dies sei etwas Kriminelles, etwas Verbrecherisches. Sie bezeichnen dies als Kapitalflucht. Dabei haben Sie grundsätzliche Wirkungsmechanismen eines weltweit integrierten Kapitalmarkts überhaupt nicht begriffen. Wenn man will, dass die Menschen ihr Vermögen in unserem Land lassen, dann muss dieses Land im internationalen Steuerwettbewerb, im internationalen Standortwettbewerb attraktiv sein. Nur so kann man das erreichen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Eine falsche Wirtschafts- und Steuerpolitik versuchen Sie durch einen Regulierungs- und Überwachungsstaat auszugleichen.

(Abg. Drexler SPD: Quatsch!)

Das heißt, Sie schränken die Bürgerrechte massiv ein. Das sorgt bei den Menschen zu Recht für Unbehagen, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sie sind doch für die Fußfessel!)

Das Bankgeheimnis auszuhöhlen ist in jedem Fall der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb begrüßen wir auch den Vorstoß unseres Justizministers, der hier als Wächter der Bürgerrechte aufgetreten ist, meine Damen und Herren,

(Theurer)

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

und im Bundesrat diese völlig falschen Vorschläge rückgängig zu machen versucht hat.

Ich habe in den vergangenen Tagen der Presse entnehmen müssen, dass Bundesbank und Europäische Zentralbank schätzen, dass 50 Millionen bis 200 Millionen € Kapitalvermögen jetzt wieder ins Ausland abgeflossen sind. Ich bin gespannt, wie diese Zahlen konkret für Baden-Württemberg aussehen. Wir sind der Meinung, dass wir Kapital in unserem Land halten müssen. Wir als FDP/DVP-Fraktion sind der Meinung, dass unser Land Baden-Württemberg, aber auch Deutschland als Standort interessant sein müssen und dass es gut sein muss, die Vermögen hier zu belassen. Wir wehren uns dagegen, dass durch solche Maßnahmen eines übertriebenen Überwachungsstaats die Menschen praktisch dazu getrieben werden, ihre Bankkonten zu räumen und das Geld ins Ausland zu transferieren, meine Damen und Herren.

(Abg. Stickelberger SPD: Um Gottes willen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Deshalb verweisen wir auf andere Lösungen, wie es sie in Österreich gibt.

Wir verstehen nicht, warum man sich jetzt darauf verlässt, Kontenabfragen machen zu können. Das konnte man früher zwar auch, aber nicht so einfach auf elektronischem Weg. Es kam offensichtlich nicht zu den befürchteten 2 000 Kontenabfragen, aber es waren immerhin 800,

(Abg. Drexler SPD: Was? Wo haben Sie denn die Zahlen her? Sie übertreiben maßlos!)

und die Frage wird sein, was in Zukunft kommt, wenn Steuer- und Sozialbehörden dann einfach auf elektronischem Weg die Abfragen vornehmen können. Wir sind der Meinung, dass das ein Trojanisches Pferd ist. Hier werden Dämme eingerissen, und das wird dem Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt nicht gut tun. Vor allem höhlt es die Bürgerrechte aus, meine Damen und Herren.

Die FDP/DVP in Baden-Württemberg ist selbstverständlich für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Sozialbetrug. Dafür waren wir immer. Wer das in Abrede stellt, redet – mit Verlaub – Quatsch.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sind ganz eindeutig dafür, dass man Steuerhinterziehung und Sozialbetrug bekämpft. Dafür waren wir immer. Das wurde in Baden-Württemberg wie in ganz Deutschland auch in der Vergangenheit wirksam bekämpft. Wir sind aber dagegen, dass wir einen kompletten Überwachungsstaat bekommen,

(Abg. Drexler SPD: Was? Wo leben Sie denn?)

wo sich der Staat das Recht anmaßt, in die Bankkonten hineinzuschauen.

Deshalb frage ich Sie, warum Sie eigentlich eine Abgeltungssteuer nach österreichischem Vorbild ablehnen. Da könnte man an der Quelle bei der Bank die Steuer einzie-

hen. Jeder müsste sie zahlen, niemand müsste mehr Konten abfragen, das würde praktisch die Bank für das Finanzamt erledigen. Man könnte dadurch alle Steuerkontrolleure einsparen. Der Staat hat offensichtlich sowieso kein Geld, um die entsprechenden Personalstellen zur Verfügung zu stellen. Warum machen wir dann nicht dieses einfache, schlanke und effiziente Verwaltungsmodell?

Meine Damen und Herren, wir sollten darum kämpfen, dass dieses Modell auf Bundesebene eingeführt wird. Es geht also um weniger Überwachung, um weniger gläsernen Bürger in Bezug auf das Bankkonto, um einfachere Lösungen

(Abg. Drexler SPD: Mehr Freiheit!)

und um mehr Freiheit durch eine Abgeltungssteuer nach österreichischem Vorbild. Es geht vor allem um den Schutz der Bürgerrechte durch vernünftige Lösungen. Dafür steht die FDP/DVP-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die steht für gar nichts!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

**Abg. Dr. Schüle** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute Morgen in der Aktuellen Debatte über ein Thema, bei dem es in den vergangenen zwei, drei Wochen in unserem Lande einen gewissen öffentlichen Vorlauf gab. Nach diesem Beitrag rate ich zur verbalen Abrüstung und zur Sachlichkeit. Ich glaube, das ist dem Thema angemessen.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der Beitrag von Herrn Theurer war sehr sachlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, worüber diskutieren wir heute im Kern? Es geht um das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit aus dem Jahr 2003. Dadurch bekommen einige Behörden in erleichtertem Maße die Möglichkeit, über das Bundesamt für Finanzen Kontenverbindungen abzufragen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Hier geht es um die Bekämpfung von Steuerbetrug und die Bekämpfung von Sozialmissbrauch.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zur Geschichte: Die CDU und die FDP waren aus folgendem Grunde zunächst gegen das Gesetz: Wir sagen, eine Zinsabgeltungssteuer ist die bessere Möglichkeit.

(Anhaltender Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Eben!)

– Bitte notieren: Lang anhaltender Applaus, im Prinzip von der richtigen Seite.

Aber dann hat das große Vermittlungsverfahren im Dezember 2003 dazu geführt, dass CDU und FDP am Ende diesem Gesetz mit der Maßgabe zugestimmt haben,

(Abg. Drexler SPD: Und FDP!)

(Dr. Schüle)

dass die Bundesregierung möglichst rasch ein Gesetz zur Zinsabgeltungssteuer vorlegt, was bisher leider noch nicht erfolgt ist.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist der Punkt, eben!)

Aber der entscheidende Punkt ist: Bis wir dieses Konzept haben, brauchen wir mindestens eine tragfähige Zwischenlösung. Ohne sie können die Behörden nicht gegen Sozialmissbrauch und Steuerbetrug vorgehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Missbrauch ist das!)

Deswegen ist die Position der CDU, lieber Herr Kollege Dr. Noll, und des Finanzministers klar: Bis zu diesem Zeitpunkt stehen wir zu dieser Gesetzeslage.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Schüle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

**Abg. Dr. Schüle** CDU: Selbstverständlich.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Moser.

**Abg. Moser** SPD: Herr Kollege Dr. Schüle, ist Ihnen bekannt, dass während der Diskussion um die Quellensteuer, die etwas Ähnliches wie die Zinsabgeltungssteuer ist, schon deswegen eine Welle der Geldverschiebungen in das Ausland stattgefunden hat, weil wir in Deutschland über diese Form diskutiert haben? Wie wollen Sie dem entgegentreten, falls dies wieder passiert?

**Abg. Dr. Schüle** CDU: Vielen Dank, lieber Kollege Moser, für die Frage. Deswegen gibt es Bemühungen, das Ganze europaweit durchzuführen. Das ist, glaube ich, die sachgerechte Lösung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist Eichel! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Aber nun zum Thema. Die Behauptung, dass die jetzt geltende Rechtslage zusammen mit dem Anwendungserlass dazu führt, dass wir einen Schnüffelstaat bekommen, ist nicht gerechtfertigt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben, das ist der Punkt! – Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist der Punkt!)

Es wird behauptet, wir hätten jetzt die Möglichkeit, ohne Anlass ins Blaue hinein von Behörden massenweise Ermittlungen durchführen zu lassen. Das ist nicht richtig. Tatsache ist: Anlassbezogenheit, Erforderlichkeit, konkreter Anlass, Ermessen und Übermaßverbot sind im Gesetz und im Anwendungserlass – darauf werde ich noch zu sprechen kommen – geregelt.

Zu den Zahlen, die hier in den Raum gestellt worden sind – Tausende von Anfragen am Tag –: Die neuesten Zahlen, die uns vorliegen, sind: 2,2 Anfragen am Tag im Schnitt in Baden-Württemberg, 12,5 bundesweit. Ich glaube, diese Zahlen zeigen die Dimension und die Notwendigkeit, bei der Sachlichkeit zu bleiben.

(Abg. Drexler SPD: Herr Theurer, zweieinhalb! – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Stickelberger SPD: Offizielle Zahlen!)

Die gerichtliche Überprüfung ist möglich.

Zum Datenschutz: Das Bundesamt für Finanzen ist verpflichtet, 18 Monate lang diese Daten zu speichern. Das heißt, der Datenschutz kann in dieser Zeit auch aktiv werden.

Ich rate uns gemeinsam – FDP, CDU und allen, die sich dafür einsetzen möchten –, unsere Energie darauf zu verwenden, möglichst rasch und möglichst europaweit eine Zinsabgeltungssteuer – nach Möglichkeit im Rahmen einer großen Steuerreform – zu erreichen. Darauf sollten wir unsere Kraft verwenden. Denn das beste Mittel, um mehr Steuerehrlichkeit zu erreichen, ist eine Steuerreform, die vom Bürger akzeptiert wird.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig! Niedrige Steuern!)

In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

(Abg. Drexler SPD: Theaterdonner!)

**Abg. Stickelberger** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ehrlich gesagt, ich bin über die bisherige Diskussion erschüttert. Damit meine ich nicht den Kollegen Dr. Schüle, der die bisherige Geschichte des Gesetzes sehr sachlich dargestellt hat. Ich bin erschüttert über Sie, Herr Theurer. Sie haben das Bild eines Überwachungsstaates, einer Bananenrepublik gemalt, das mit der Wirklichkeit in Deutschland weiß Gott nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den Grünen)

In welcher Welt leben Sie eigentlich, wenn Sie so tun, als hätten wir hier Zustände wie in der ehemaligen DDR? Ich glaube, dagegen sollten wir uns alle verwahren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Aber die verbalen Entgleisungen gehören ja zur Rhetorik, die die Aktivitäten Ihres Justizministers begleitet.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer ist hier entgleist?)

„Stratthaus redet Quatsch!“ – so Originalton Theurer.

(Abg. Schmiedel SPD: Oi, oi, oi!)

Sie können damit natürlich nur mühsam verdecken, dass Sie der Herr Finanzminister im Bundesrat zu Recht zurückgepfiffen hat.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie unternehmen im Bundesrat Vorstöße, die nicht mit der Landesregierung abgestimmt sind, werden dann zurückge-

(Stickelberger)

pfiffen und schaden dadurch dem Ansehen unseres Landes auch im Bundesrat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dass darüber ein koalitionsinterner Streit bestehen mag, freut uns weiß Gott nicht und ist auch nicht primär unser Problem. Herr Justizminister, uns stört vor allem, in welcher populistischer und reißerischer Weise Sie rechtspolitische Themen auf Bundesebene angehen. So darf man nicht mit rechtspolitischen Fragen umgehen, vor allem dann nicht, wenn es um so subtile Bereiche wie das Bankgeheimnis geht – ein schützenswertes Gut, dem andere gewichtige öffentliche Belange gegenüberstehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber das reiht sich leider ein in eine Reihe Ihrer Vorstöße, die Sie in letzter Zeit unternommen haben, zum Beispiel in der vorletzten Plenardebatte „Statt der Wahrheit Strafe“. Dabei ging es um Vaterschaftstests. Oder ich erinnere an die Diskussion zu dem Gesetz, mit dem Diskriminierungen in der Bundesrepublik verhindert werden sollten. Dieses Gesetz haben Sie als „Ausgeburt kranker Hirne“ bezeichnet.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Mit solchen Vokabeln begleiten Sie die rechtspolitische Diskussion in diesem Land – nur um in die Schlagzeilen zu kommen! Der Sache erweisen Sie damit einen Bärendienst.

(Beifall bei der SPD)

Steuerbetrug muss in gleicher Weise wie Sozialbetrug bestraft werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Darüber sollten wir uns alle einig sein. Ich bin dem Herrn Finanzminister dankbar dafür, dass er das in letzter Zeit auch mit aller Klarheit gesagt hat, vor allem an Ihre Adresse, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, und an Ihre Adresse, Herr Justizminister. Wir haben den Eindruck, dass bei Ihnen das Motto gilt: Täterschutz vor Opferschutz. Das können wir nicht hinnehmen.

Ich möchte einmal auf die Einzelheiten dieses Gesetzes eingehen: Natürlich besteht ein Konflikt zwischen den schützenswerten Interessen des Einzelnen einerseits und dem Interesse des Staates und seiner Bürger an Steuergerechtigkeit und gleichmäßiger Erhebung der Steuern andererseits. Die Wahrung der Interessen des Staates ist nicht zu viel verlangt. Wir haben in der Bundesrepublik Steuersätze, die richtigerweise angewandt werden und für alle gelten, und die Steuern sind von allen zu zahlen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb, Herr Justizminister, verstehen wir das ganze Getöse, das Sie veranstalten, nicht. Was regelt denn das Gesetz, was regelt der bisherige Erlass, dem übrigens auch das Finanzministerium Baden-Württemberg zugestimmt hat? Sie können Konten abfragen. Sie können abfragen, wer wo

ein Konto führt. Was nicht offen gelegt wird, sind der Kontostand und die Kontobewegungen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das wird in der öffentlichen Diskussion von Ihnen tunlichst verschwiegen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber das ist doch das Problem! – Gegenruf des Abg. Schmid SPD: Ja wollen Sie die Kontobewegungen auch erfassen? – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein!)

Da sind wir bei einer Einschränkung von subjektiven Rechten, die im Interesse aller Bürger dieses Staates, die ihre Steuern zahlen, hingenommen werden muss.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Hillebrand CDU)

Eines ist klar: Wenn Steuerbetrug und Sozialbetrug nicht konsequent verfolgt werden, zahlen das alle Bürger, alle kleinen Leute, die treu und brav ihre Steuern zahlen. Daher sollen Steuerbetrug und Sozialbetrug weiterhin konsequent verfolgt werden.

Ich bin gespannt, was Sie in der zweiten Runde zur Rechtfertigung Ihrer Position noch vorbringen können. Wir sind uns jedenfalls in dieser Frage mit dem Finanzminister des Landes Baden-Württemberg,

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU)

was sonst nicht immer vorkommt, einig.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP hat dem Gesetz, dessen Abschaffung sie nun fordert,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: In erster Lesung nicht zugestimmt!)

im Jahr 2003 zugestimmt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: In erster Lesung aber nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Nach dem Vermittlungsausschuss!)

Das Gesetz wurde im Bundestag von allen Fraktionen außer den zwei Abgeordneten der PDS beschlossen.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Schmid SPD: FDP und PDS! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die PDS weiß, warum! Die kennen das noch aus DDR-Zeiten!)

Das zeigt schon, worum es hier geht: um nackten Populismus und Demagogie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Kretschmann)

Generell gibt es aus steuersystematischer Sicht gar keinen Grund, Zahler von Lohnsteuer anders zu behandeln als Zahler von Einkommensteuer. Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben.

(Zurufe von der FDP/DVP)

Jeder Lohnsteuerzahler muss völlig offen legen, was es mit seinen Finanzen auf sich hat. Es gibt aus systematischer Sicht überhaupt keinen Grund, das grundsätzlich bei anderen Einkommensarten nicht auch zu verlangen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Zimmermann CDU – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Betrachten wir einmal, worum es hier eigentlich geht. Das Gesetz ermöglicht den Finanzämtern die Überprüfung, ob die Angaben des Steuerbürgers zu seinen Konten und Depots richtig sind. Konkret können Name, Geburtsdatum und Kontonummer überprüft werden, nicht jedoch der Kontostand und die Kontobewegungen. Sie vermitteln aber den Eindruck, als ob dies so wäre,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wollen die doch wissen, sonst brauchen die das andere gar nicht!)

und darum ist das, was Sie hier betreiben, Demagogie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dazu kommt noch: Der Bürger wird vorher um Aufklärung gebeten.

(Abg. Moser SPD: Gebeten!)

Erst wenn sie unterbleibt, kann das Finanzamt aktiv werden. Da reden Sie davon, dass man den „gläsernen Bürger“ schaffe. Es ist nun einmal jeder Bürger dazu verpflichtet, seinen Steuerpflichten nachzukommen.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Sie können schon bei Platon nachlesen, dass man sich genau an die Gesetze halten muss, die man nicht besonders gut findet. Niemand zahlt gern Steuern. Trotzdem müssen wir sie zahlen. Dazu dient dieses Gesetz.

Sie haben keine sachlichen Gründe angeführt,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

was es dem einzelnen Steuerbürger an Schaden bringen soll, wenn man, wenn er sich nicht dem Finanzamt erklärt, einfach die Tatsachen abfragt. Sie wollen mit Ihrem Antrag nichts anderes, als Steuerhinterziehung zu erleichtern. Sie fordern die Ungleichbehandlung zwischen Menschen, die Lohnsteuer zahlen, und Leuten, die Kapitaleinkünfte besitzen. Das ist sozial ungerecht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ein Quatsch!)

Deshalb lehnen wir das ab.

Wir sagen noch einmal: Steuerbetrug muss genauso konsequent verfolgt werden

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ein Quatsch!)

wie jeder andere Betrug auch.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es ist doch merkwürdig, dass ausgerechnet die FDP/DVP mit ihrem Justizminister Goll, der hier für eine massive Verschärfung etwa beim Jugendstrafrecht eintritt, der praktisch jeden Bürger mit einer ausgeweiteten DNA-Analyse überprüfen will,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

den Bürger immer nur bei den Steuern entdeckt. Das ist doch wirklich komisch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Hinzu kommt noch: Wofür Sie sich ja nie interessieren, ist die Sanierung von Haushalten. Dafür braucht der Staat Einnahmen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mit der Abgeltungssteuer hätten wir mehr! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das, was Sie zum Standort gesagt haben, ist völlig abwegig. Die Bundesregierung hat eine Steuerreform gemacht, wie sie es noch nie gab. Jetzt ist eine Unternehmensteuerreform vorgesehen, durch die der Körperschaftsteuersatz noch einmal reduziert und auf 19 % gesenkt werden soll. Wenn es dafür eine solide Gegenfinanzierung gibt, eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, dann wird diese Unternehmensteuerreform auch kommen. Wir machen eine solide Standortpolitik,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

weil wir wissen, dass wir uns im Steuerwettbewerb befinden. Aber wir müssen die Steuern, die wir brauchen und beschließen, auch erheben. Darauf werden wir alle zu achten haben. Denn der Staat braucht diese Einnahmen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann macht doch die Abgeltungssteuer! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

Ihrer Politik, Steuerhinterziehung zu erleichtern, müssen wir hier einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Er hat eine Wahlkampfreda gehalten!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Gerhard Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: FDP, gut zuhören!)

Ich versuche, so sachlich wie möglich zu bleiben, obwohl mir dies in diesem Fall nicht ganz leicht fällt.



(Minister Stratthaus)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Stickleberger SPD: Uns geht es genauso!)

Ich darf von vornherein zunächst einmal auf eines hinweisen: Ein Bankgeheimnis gegenüber dem Finanzamt hat noch nie bestanden.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das Bankgeheimnis ist eine privatrechtliche Vereinbarung. Das Finanzamt konnte, wenn ein begründeter Anfangsverdacht bestand, auch schon bisher von der Bank alles erfahren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es! Deshalb brauchen wir das nicht!)

– Das werde ich Ihnen gleich erklären. Sie haben die gute Frage gestellt, weshalb man es brauche.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Unruhe)

Das ist das Erste.

Das Zweite – jetzt muss ich dem Herrn Volkswirt einmal etwas sagen –: Hier wird Steuerflucht und Kapitalflucht verwechselt.

(Abg. Moser SPD: Genau!)

Geld, das vor der Steuer flieht, steht dem deutschen Kapitalmarkt trotzdem zur Verfügung. Was glauben Sie denn, wohin das Geld geht, das in die Schweiz fließt? Das Geld wird doch nicht ins Matterhorn gelegt, sondern das fließt wieder in die europäischen – –

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Doch! Beim Herrn Noll liegt es auf dem Matterhorn! – Unruhe)

Im Fall der Steuerflucht geht das Kapital wieder in die Länder zurück, in denen es gebraucht wird.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ich will jetzt doch einmal einige Klarstellungen vornehmen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Hier wurden wirklich Schlagzeilen und Horrorszenarien aufgebaut. Es wurden neugierige Finanzbeamte beschworen, die unbescholtene Bürger ausforschten – hunderttausendfach angeblich. Worum geht es tatsächlich? Der Bundestag hat im Dezember 2003 den Beschlussempfehlungen des Vermittlungsausschusses in namentlicher Abstimmung zugestimmt – in namentlicher Abstimmung!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Des Vermittlungsausschusses! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Darüber reden wir doch!)

– Moment! Hören Sie! Wenn ein Jurist dieses Argument bringt, kann man sich nur vor Lachen schütteln. Es ist doch ganz klar: Wenn ein Gesetz eingebracht wird,

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

wird es von der Opposition in aller Regel zunächst einmal abgelehnt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich denke mit logischem Menschenverstand!)

Aber dann ist das Gesetz in den Vermittlungsausschuss gegangen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Nachdem ein Vermittlungsergebnis erzielt worden ist, ist das ganze Gesetz wieder an den Bundestag zurückgegangen. In den Artikeln 2 und 3

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

ist genau das enthalten, was Sie hier beklagen. Da haben in namentlicher Abstimmung alle zugestimmt, mit Ausnahme von zwei Damen, und die kamen von der PDS.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das ist tatsächlich so.

Ich möchte jetzt aber noch etwas weiter gehen. Dieses Gesetz lag auch dem Bundesverfassungsgericht vor. Das Bundesverfassungsgericht hat am 22. März darüber befunden. Es hat die Eilanträge, das Gesetz auszusetzen, abgelehnt. Interessant sind die Begründungen.

Die Richter weisen explizit auf Ungerechtigkeiten im Steuervollzug und im Sozialbereich hin. Sie nennen beides. Sie sehen die Kontenabfrage ausdrücklich als notwendige Maßnahme, um zu mehr Steuergerechtigkeit zu kommen. Wörtlich heißt es:

*Verwaltung und Gerichten würde bei Erlass einer einstweiligen Anordnung ein Instrument zur Tatsachenermittlung vorenthalten, das zum gleichmäßigen Vollzug von Abgaben und Sozialleistungen beitragen soll. Die Gleichmäßigkeit der Erhebung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie die Verhinderung des Sozialleistungsmissbrauchs sind wichtige Belange der Allgemeinheit.*

Das Verfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt, dass dieses Gesetz bis zur endgültigen Entscheidung weiter gilt.

Sie haben gesagt, dieses Gesetz bringe den Schnüffelstaat. Wollen Sie also sagen, dass das Verfassungsgericht für zwei oder drei Jahre den Schnüffelstaat zulasse?

Sie haben gesagt, dieses Gesetz würde den Bürger behandeln

(Abg. Drexler SPD: Terrorist!)

wie einen Terroristen. Wollen Sie sagen, dass das Verfassungsgericht zulasse, dass wir behandelt werden wie Terroristen?

Herr Theurer hat gesagt, ich würde Quatsch reden.

(Lachen bei der SPD)

(Minister Stratthaus)

– Ja, das stand in der Zeitung. – Jetzt frage ich Sie, ob auch das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung Quatsch geredet hat.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt! – Unruhe)

Es ist einfach unglaublich.

(Abg. Drexler SPD: Herr Finanzminister, Sie müssen es so formulieren: ob das Bundesverfassungsgericht zulässt, dass Sie Quatsch reden! – Anhaltende Unruhe)

Dann möchte ich noch etwas erklären, weil vorhin gefragt worden ist, was anders sei. Es war schon bisher so, dass das Finanzamt, wenn es ein Konto kannte und einen begründeten Anfangsverdacht hatte, bei der Bank nachfragen konnte. Das Finanzamt wusste allerdings nicht, ob dieser Mensch auch noch anderswo in Deutschland Konten hat. Jetzt ist es möglich, über das Bundesamt für Finanzen zu fragen: Wo hat dieser Mensch in Deutschland Konten?

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das geht aber erst, wenn er vorher erklärt hat, dass er außer bei dieser einen Bank keine Konten habe. Wenn dann mitgeteilt wird, dass er bei der Bank XY Konten hat, wird er gebeten,

(Abg. Moser SPD: Gebeten!)

offen zu legen, was auf diesen Konten ist. Und erst dann, wenn er das nicht macht, wird man erfahren, was auf diesen Konten tatsächlich ist. Neu ist also lediglich die Tatsache, dass gewissermaßen ein Netz ausgeworfen wird, dass man feststellen kann, wo überall er Konten hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo werfen wir noch überall Netze?)

Jetzt das nächste Thema. Ich will es ganz kurz machen. Sie haben davon gesprochen, das seien 2 500 Fälle pro Tag.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wehret den Anfängen!)

Vorhin hat Herr Theurer gesagt, es seien doch immerhin 800 Fälle. Er hat Recht; aber es sind 800 Fälle im Vierteljahr.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Das ist ein Riesenunterschied.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir sind doch juristisch noch gar nicht so weit! Aber das wird wachsen!)

Wir hatten vom 1. April bis zum 15. Mai in Baden-Württemberg – – Das sind sechs Wochen. Okay, „Vierteljahr“ war falsch. Das waren sechs Wochen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Schon wieder mit falschen Zahlen argumentiert!)

Vom 1. April bis zum 15. Mai hatten wir in Baden-Württemberg 97 Kontenabfragen. Bundesweit hatten wir bis zum 24. Mai – das sind also ungefähr sieben Wochen – 674 Kontenabfragen, also zwölfteinhalb pro Tag.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist der Anfang!)

Sie haben aber gesagt, es seien 2 500 pro Tag.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war eine Schätzung!)

Sie haben sich um den Faktor 200 verschätzt.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war eine Schätzung des Bankenverbands!)

Ich habe Verständnis dafür, dass es für den kleineren Koalitionspartner in einer erfolgreichen Koalition nicht immer leicht ist, gesehen und gehört zu werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn man so aussieht, ist das auch besser!)

Aber man sollte dennoch die Skurrilität und die Schrillheit der Formulierungen im Rahmen halten.

(Abg. Stickelberger SPD: Rote Karte, Herr Theurer!)

Ich darf vielleicht eines noch hinzufügen. Das soll nun die Versöhnung sein: Ich bin auch der Meinung, dass wir eine Abgeltungssteuer einführen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und warum nicht gleich, wie Herr Eichel versprochen hatte? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist nicht einfach! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

In der Tat ist beim Vermittlungsverfahren eine so genannte Protokollerklärung beschlossen worden, in der stand, dass noch im Jahre 2004 ein Gesetzesvorschlag für eine Abgeltungssteuer vorgelegt werden solle.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ist 2004 nicht vorbei?)

Das ist bisher nicht geschehen, weil – – Gut, das ist richtig.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer hat denn hier das Wort gebrochen? – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Unruhe)

Wenn alle dafür sind, ist es ja hervorragend. Dann kann diese Abgeltungssteuer kommen. Sie ist nicht einfach, und zwar deswegen, weil wir natürlich auch die Dividenden sowie eventuelle Ausschüttungen von GmbHs mit einbeziehen müssen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das ist das Problem. Solange es nur die Zinsen sind, haben wir ja im Grunde genommen mit der Zinsabschlagsteuer heute schon eine ähnliche Situation. Die Zinsabschlagsteuer beträgt allerdings nur 30 % und geht nicht bis zum Spitzen-

(Minister Stratthaus)

steuersatz von 42 %. Es ist also technisch nicht ganz einfach; es ist aber der richtige Weg. Selbst die Schweiz – ich habe schon öfter darauf hingewiesen – wird in Zukunft für ausländische Geldanleger eine Abgeltungssteuer einführen und die entsprechenden Gelder dann in das Heimatland überweisen.

Alles in allem, meine Damen und Herren, muss ich mich dagegen verwahren, dass gesagt wird: Unsere Finanzbeamten und die Leiter unserer Finanzämter – Es ist übrigens immer nur eine Person befugt. Es ist auch schon so dargestellt worden, als könnte jeder Mitarbeiter oder jede Mitarbeiterin schnell einmal nachfragen. Es ist aber in jedem Finanzamt nur eine einzige Person ausdrücklich befugt, es zu machen.

Zweitens: Die anderen Behörden, die auch noch Rechte haben, Einsicht zu nehmen, sind nicht befugt, es selbst zu machen, sondern müssen sich an das Finanzamt wenden. Auch da sind also einige Schwellen eingebaut.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Hochbürokratisch!)

– Ja nun, in diesem Fall ist das „hochbürokratisch“ auch wieder gut. Ich bin ja für die Abgeltungssteuer, um das noch einmal zu sagen.

Es gibt auch noch eine weitere Sache zu vermelden, die ganz interessant ist. Vorhin ist gesagt worden, dass wir ja heute schon eine Regelung haben, die vom Bundesfinanzministerium verfasst worden ist und von allen Länderfinanzministerien mitgetragen wird, die bestimmt, wer unter welchen Umständen und in welcher Art den Zugriff hat. Das soll nun in Gesetzesform gegossen werden. Da bin ich durchaus dafür; denn eine Rechtsverordnung kann natürlich durch eine Regierung wieder abgeschafft werden, während ein Gesetz nur durch den Gesetzgeber außer Kraft gesetzt werden kann.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Deswegen sollten wir uns bemühen, kurzfristig dieses Gesetz, das kürzlich schon dem Bundesrat vorlag, dann allerdings vertagt worden ist, in Kraft zu setzen, und mittelfristig eine Abgeltungssteuer einführen. Das wäre der richtige Weg;

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Umgekehrt!)

dann käme der Staat zu seinem Geld, und wir könnten uns in der Tat die Bürokratie sparen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Göschel SPD: Der entschuldigt sich jetzt! –  
Abg. Drexler SPD: Jetzt kommen neue Zahlen!)

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Finanzministers haben gezeigt – und insofern trägt eine solche Debatte auch zur Versachlichung bei –,

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

dass Bundesfinanzminister Eichel seine Zusage, im Jahr 2004 einen Gesetzentwurf dazu vorzulegen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist das nämlich! Nur deswegen haben wir es gemacht!)

wie die Abgeltungssteuer eingeführt werden kann, gebrochen hat. Das Jahr 2004 ist seit fünf Monaten vorbei, und es gibt, meine Damen und Herren, immer noch keinen Gesetzentwurf. Da muss man sich schon fragen, warum man eine elektronische Kontenabfragemöglichkeit einführt, wenn das angeblich doch nur eine Übergangsregelung ist.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Da muss man sich doch wundern. Mit großem bürokratischem – –

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch zugestimmt!)

– Ja, natürlich. Wir haben zugestimmt, aber unter der Zusage von Eichel, noch im Jahr 2004 – –

(Abg. Drexler SPD: Es geht doch darum, es europaweit zu machen!)

– Entschuldigung, die Geschäftsgrundlage für die Zustimmung der Bundestagsfraktionen ist durch die Nichteinhaltung der Zusage von Herrn Eichel entzogen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ach so! Gesetz ist Gesetz! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gelinkt ist gelinkt!)

Das muss man hier einmal klar festhalten, und dann muss man auch einmal festhalten, wer das Wort gebrochen hat.

(Zurufe von der SPD)

Nun komme ich zum zweiten Punkt. Wer sich hier hinstellt und, wie Sie, Herr Finanzminister, öffentlich behauptet, die FDP wolle Steuerhinterziehung und Sozialbetrug nicht bekämpfen, der redet die Unwahrheit, und die Unwahrheit ist Quatsch. Deshalb bleibe ich auch bei meiner Formulierung: Wer hier der FDP unterstellt, sie wolle Sozialbetrug nicht bekämpfen, der hat die Sache nicht begriffen. Wir wollen Sozialbetrug bekämpfen. Man konnte auch früher schon Konten abfragen. Aber wir wehren uns dagegen, dass über ein einfacheres technisches Verfahren Tausende von Konten abgefragt werden können und nicht einmal die Bank davon Kenntnis erhält.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Datenschutzbeauftragten aller 16 Bundesländer und der Bundesrepublik Deutschland haben ja Bedenken gegen dieses Gesetz erhoben. Wo waren denn da die Grünen, meine Damen und Herren, die sich doch selbst sonst immer als die Oberdatenschützer aufspielen? Nichts hat man gehört. Sie haben im Bundestag zugestimmt, meine Damen und Herren.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich schütze lieber meine Gene als meinen Geldbeutel!)

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Diese Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes sind berechtigt. Besser, als ein

(Theurer)

solches Verfahren einzuführen, wäre es, eine einfache Lösung einzuführen. Herr Finanzminister, hier sind Sie ja mit der FDP einig: Wir wollen eine Abgeltungssteuer, die ist einfach. Dann brauchen wir den ganzen Kontroll- und Überwachungsmechanismus nicht. Die Frage ist ja auch, wen das vor allem trifft. Es trifft doch auch die kleinen Leute. Da hat jemand zwei Sparbücher aus der Studienzeit,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

dann hat er noch zwei Sparbücher der Kinder, für die er zeichnungs-berechtigt ist, die er aber nicht angeben muss, und dann hat er vielleicht noch zwei Sparbücher der Großeltern, für die er ebenfalls zeichnungs-berechtigt ist. Die Überprüfung ergibt dann, er hätte sechs Bankkonten, die er nicht angegeben hat. Dann besteht schon ein Generalverdacht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Er kann sie doch angeben! – Unruhe)

Tun Sie doch nicht so, als ob die kleinen Leute, die ein Sparbuch nicht angeben, Steuerhinterzieher wären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau! – Abg. Drexler SPD: Ach was! Unglaublich! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dieses Grundmisstrauen gegenüber dem Bürger teilen wir als FDP nicht. Ein Staat, der immer mehr Überwachung will, wird in Bürokratie ersticken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Man kann ja ehrlich sein und alles angeben!)

Deshalb haben andere europäische Länder effizientere Überwachungssysteme eingeführt, indem sie den Kapitalertrag gleich an der Quelle, bei der Bank über eine Abgeltungssteuer einziehen lassen. Damit ist die Sache erledigt. Günstiger geht es doch auch gar nicht. Es ist doch günstiger, wenn die Bank das einzieht; dann braucht man dazu schon kein Finanzamt, meine Damen und Herren.

(Zurufe der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Kretschmann GRÜNE)

Deshalb will die FDP effiziente Steuereinzugssysteme. Daher läuft der Vorwurf, der hier sowohl von den anderen Fraktionen als auch vom Finanzminister erhoben worden ist, wir wollten keine Steuern für den Staat, völlig ins Leere. Natürlich wollen wir Steuern für den Staat! Aber der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben zurückziehen. Wenn wir den Staat nicht effizienter, schlanker und wirksamer gestalten, dann werden wir tatsächlich irgendwann einmal an Bürokratie ersticken.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Deshalb erwarte ich auch vom Finanzminister des Landes Baden-Württemberg eine klare Aussage, wann das Land Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative ergreifen wird, um eine solche Zinsabgeltungssteuer einzuführen, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Sie sind doch an der Regierung! Was soll denn das? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja sag einmal!)

Wir können hier initiativ werden. Sie sind in Berlin an der Regierung,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch gerade Ihren Finanzminister aufgefordert!)

und Sie, Herr Kollege Drexler, haben dort die Zusagen nicht eingehalten. Das müssen Sie hier einmal sagen, und Sie sollten erklären, warum Sie sie nicht eingehalten haben.

(Abg. Drexler SPD: Weil es schwierig ist, das in Europa so zu machen! Sie sprechen doch von „Terrorismus“! Sie haben unseren Staat mies gemacht!)

Sie sind nämlich nicht nur in dieser Frage wortbrüchig geworden. Das ist es doch! Sie haben doch genug Zeit gehabt. Sie haben Gesetze eingeführt, aber dort, wo es wichtig gewesen wäre, hat die rot-grüne Bundesregierung versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie sind doch ein Schlechtredner und Miesmacher! – Abg. Schmid SPD: Da klatschen nur die mit den hohen Konten! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da klatscht nur die FDP, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo bleibt Goll? – Gegenruf des Abg. Walter GRÜNE: Der hat einen wichtigen Termin!)

**Abg. Dr. Schüle** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, dass die Worte, die soeben nochmals aufgebrannt sind, die Notwendigkeit meines Anfangsappells noch einmal unterstreichen: mehr Sachlichkeit. Auf wirklich jedes der Argumente, die hier vonseiten der FDP/DVP-Fraktion gebracht wurden, wurde schon eingegangen, auch in den öffentlichen Diskussionen – auf wirklich jeden Punkt. Und zusätzlich: In der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22. März dieses Jahres wurde dazu Stellung genommen. Ich empfehle, die Begründung nachzulesen.

Vorwurf „allgemeine, flächendeckende Kontenabfrage“: nein, geregelt in der Anwendungsverordnung. Vorwurf „mangelnder Datenschutz“: ausgeräumt. Ich habe es schon erwähnt: Es gibt eine Aufbewahrungspflicht von 18 Monaten. Möglicherweise bezieht sich das, was die Datenschützer gesagt haben, auf den Entwurf aus dem Jahre 2003. Die Anwendungsverordnung vom März dieses Jahres kam etwas spät, ist beim Urteil des Bundesverfassungsgerichts aber noch mit aufgenommen worden. Das bezieht sich vielleicht darauf, ist jetzt aber ebenfalls geregelt.

Der Punkt – das hat der Finanzminister völlig richtig angesprochen –, um den es jetzt geht, ist enthalten in dem Antrag von Bayern, der am 27. April in den Bundesrat eingebracht worden ist: Wir müssen die bislang nur in einer Anwendungsverordnung geregelten Bestimmungen aus Sicher-

(Dr. Schüle)

heitsgründen oder aus Gründen noch größerer Klarheit in das entsprechende Gesetz einfügen. Darum geht es.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wollen Sie die Bürokratie noch zementieren?)

Deswegen bitte ich die FDP/DVP, nach eindringlicher Lektüre des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und nach nochmaliger Überlegung

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ist doch traurig, dass das notwendig war!)

die Haltung unseres Finanzministers zu unterstützen. Ich glaube, dass wir bis zum gemeinsamen Ziel auf diese Maßnahmen angewiesen sind.

(Zuruf von den Grünen: So ist es! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der Weg ist auch wichtig!)

Kämpfen wir lieber gemeinsam und ohne verbale Aufrüstung für unser gemeinsames Ziel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stichelberger.

**Abg. Stichelberger SPD:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Justizminister, nachdem der Herr Finanzminister Herrn Theurer und damit auch Ihnen derart die Leviten gelesen hat, hätte ich eigentlich erwartet, dass Sie hier ans Rednerpult treten und zu Ihrer Verteidigung zumindest einige Sätze vorbringen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aber die Verteidigung wird für Sie aufgrund der bestehenden Fakten und der Rechtslage natürlich schwierig.

(Abg. Zimmermann CDU: Sie könnten ja Beistand geben! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Herr Theurer, Sie haben jetzt einen Grundkurs in Steuerpolitik erhalten, vor allem auch in Steuerrecht; da scheinen ja Ihre Defizite am größten zu sein. Vielleicht sollten Sie bei ähnlichen Vorstößen in Zukunft vorher den Rat des Finanzministers einholen, der Sie dann zumindest auf den rechtlich richtigen Weg führt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Theurer FDP/DVP: Also sachliche Argumente haben Sie nicht!)

Was aber in diesem Zusammenhang viel schwerer wiegt als Ihre aufgeblähte Rhetorik, ist das Staatsverständnis, das Sie zugrunde legen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, so ist es! – Abg. Theurer FDP/DVP: Ich bin liberal, das ist klar!)

Für mich ist es erschütternd, dass eine Partei wie die FDP mit liberaler Tradition ein derart distanzierendes, negatives Verhältnis zum Staat propagiert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Zum Schnüffelstaat!)

Das ist das eigentlich Bedenkliche und Enttäuschende in dieser Diskussion.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Mit uns ist eine Politik nach dem Motto „Den Staat schwächen, wo es geht“ nicht zu machen. Das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Die Steuererhebung in Baden-Württemberg bereitet den meisten Leuten keine schlaflosen Nächte. Wir haben eine gut funktionierende Finanzverwaltung. Wir haben gut ausgebildete Beamte, die nach Recht und Gesetz ihre Arbeit verrichten.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Zweitens: Wir haben eine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die sich in den Hauptsacheverfahren noch vertiefen wird und die dem vorliegenden Gesetz, das ja schon einige Zeit in Kraft ist, die Verfassungsmäßigkeit bescheinigt. Wenn man die Rechtsprechung genau liest und dem zugehört hat, was der Herr Finanzminister dazu gesagt hat, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass die Regelungen, die jetzt bestehen, geradezu geboten sind im Interesse der Steuergerechtigkeit und um zu verhindern, dass Steuerbetrug stattfindet. Auf diesem rechtlichen Boden bewegen wir uns.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Was die inhaltlichen Dinge angeht, ist auch das, was das Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben hat, nicht neu. Es wurde gesagt: Es gibt bisher schon einen Erlass, der im Wesentlichen die geltenden Abläufe regelt. Darin ist unter anderem vorgesehen – ich darf das vielleicht einmal zitieren –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Stichelberger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas?

(Zuruf von der CDU: Versteht der davon auch etwas? – Abg. Zimmermann CDU: Der ist noch in der Fragestunde drin!)

**Abg. Stichelberger SPD:** Bitte schön.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Stichelberger, halten Sie es für möglich, dass der Herr Landesjustizminister all diese rechtlichen Regelungen nicht kennt?

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

**Abg. Stichelberger SPD:** Herr Kollege Haas, das wäre ja noch schlimmer, als ich bisher angenommen habe.

(Stickelberger)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Bisher habe ich geglaubt, und dieser Eindruck hat sich bei mir nach wie vor gehalten, dass der Herr Justizminister die rechtlichen Regelungen zwar kennt, aber ihr Ausmaß, ihre Bedeutung und ihre Berechtigung in der Öffentlichkeit verschleiert. Das ist bisher mein Eindruck.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Die Frage ist bloß, was schlimmer ist! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Stickelberger, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage des Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas?

**Abg. Stickelberger SPD:** Wenn es nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

**Präsident Straub:** Bitte schön.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Kollege Stickelberger, gibt es eine Vermutung, weshalb er die rechtliche Situation so unterdrückt?

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Theurer FDP/DVP: Unterdrückt er die rechtliche Situation?)

**Abg. Stickelberger SPD:** Ich würde vorschlagen, Herr Kollege Haas, dass Sie das nachher den Herrn Justizminister selber fragen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Theurer FDP/DVP: Sind Sie jetzt überfragt?)

Ich weiß natürlich, dass diese Unterdrückungsmechanismen und diese Schau, die hier in der Öffentlichkeit abgezogen wird – – Ich frage mich schon, was der Justizminister in diesem Land damit eigentlich bezweckt, wenn er davon spricht, dass Bürger unseres Landes angeblich wie Terroristen überwacht wurden.

Der Erlass, der bisher die Dinge im Einzelnen regelt, sichert ein hohes Maß der Rechte und des Schutzes der Bürger. Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen. Wenn Sie hier so tun, als würde man Normalbürger unseres Landes, die brav ihre Steuern zahlen, wie Terroristen behandeln, frage ich mich, Herr Justizminister, in welchem Land Sie eigentlich leben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aber lassen Sie mich zum Schluss kommen, weil meine Redezeit zu Ende ist.

(Unruhe – Abg. Theurer FDP/DVP: Ich habe noch 30 Sekunden für Sie! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Stickelberger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

**Abg. Stickelberger SPD:** Bitte schön.

**Präsident Straub:** Herr Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Herr Kollege Stickelberger, haben Sie sich einmal überlegt, ob die mangelnde Akzeptanz von Hartz IV unter anderem auf das Gefühl, ausgeschnüffelt zu werden, zurückzuführen ist

(Abg. Birzele SPD: Sie sind doch immer gegen Sozialmissbrauch!)

und dass dieses Gefühl durch dieses neue Gesetz bei den ALG-Empfängern zusätzlich verstärkt worden ist?

(Unruhe – Abg. Drexler SPD: Hartz-IV-Leute! Jetzt wird es toll!)

Reden Sie einmal mit den Leuten. Die fühlen sich ausgeschnüffelt bis ins Letzte.

(Abg. Drexler SPD: Ein Zahnarzt sollte nicht Politik machen! Das wird für mich immer mehr klar! – Weitere Zurufe und große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Stickelberger hat das Wort.

**Abg. Stickelberger SPD:** Herr Kollege Dr. Noll, ich weiß nicht, Sie sprechen wahrscheinlich von einer Klientel, die ich nicht näher kenne, die Ihnen vielleicht näher steht. Die meisten Leute in unserem Land, die brav ihre Steuern zahlen, haben dieses Problem nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gerade die Hartz-IV-Leute haben dieses Problem!)

Lassen Sie mich zum Schluss vielleicht noch aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. März 2005 zitieren, und zwar zur allgemeinen Diskussion um unseren Justizminister, zu seinem Auftreten in der Öffentlichkeit und seinen bundespolitischen und landespolitischen Vorstößen:

*Als der Dominator*

– Döring –

*weg war, kehrte Goll ins Amt zurück und drängt seither in die Schlagzeilen: Mal will er das ZDF privatisieren, mal fordert er einen neuen Koalitionsvertrag. Müde sieht er oft aus. Es strengt an, bekannt wie Walter zu werden.*

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Beendet! Schluss!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll.

(Zurufe von der SPD: Jetzt! – Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP: Ausgesprochen gut erholt! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Jetzt kommt die Offenbarung! – Unruhe und weitere Zurufe)

**Justizminister Dr. Goll:** Gar nicht müde. Es scheint doch nicht so anstrengend zu sein.

(Minister Dr. Goll)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit – man muss sagen: in Anführungsstrichen, denn es steckt noch manches andere drin – ist nach meiner Meinung ein schlechtes Gesetz.

(Abg. Stickelberger SPD: Warum haben Sie dann zugestimmt?)

Es ist ein Misstrauensgesetz, ein Misserfolgsgesetz und gehört so schnell wie möglich wieder beseitigt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt haben wir hier eigentlich eine schon ungebührlich lange Diskussion darüber geführt, wer zugestimmt hat und warum und wer nicht. Dazu schon noch ein paar erstaunte Anmerkungen meinerseits. Dieses Gesetz ist ja nicht nur von CDU und FDP im Bundestag zweimal abgelehnt worden, sondern es ist auch im Bundesrat zweimal abgelehnt worden. Am Ende hat man dann dem Vermittlungsergebnis zugestimmt, um diesen ersten Teil – die goldene Brücke, das Geld zurückzuholen – nicht unmöglich zu machen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Genau!)

Die Bedenken gegen diesen Teil, über den wir heute reden, bestanden ja schon damals. Deswegen haben wir uns, auf Deutsch gesagt, beide von Eichel mit dem Hinweis ködern lassen, er bringe die Abgeltungssteuer. Hinterher kam sie nicht. Dann ist doch völlig logisch, was wir machen, meine Damen und Herren, nämlich dass wir jetzt sagen: Das Gesetz muss wieder weg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann hat Eichel gelogen!)

Schauen wir uns einmal an, was darin steht. Lieber Herr Haas, ich kenne es nämlich. Was ist eigentlich passiert? Es gibt seit einigen Jahren eine hochsensible Datei, in der alle Kontostammdaten enthalten sind, also Angaben darüber, wer das Konto hat, wer wirtschaftlich berechtigt ist, wer verfügungsberechtigt ist usw.

(Abg. Zimmermann CDU: Nicht der Kontostand!)

– Nicht der Kontostand. – Vorhin hat jemand gesagt, wir würden tunlichst verschweigen – Mein Gott, ich habe noch nie verschwiegen, dass da nur die Kontostammdaten enthalten sind und nicht der Kontostand. Aber Sie haben tunlichst immer verschwiegen, dass es gar kein Problem ist, den Kontostand zu erfahren, wenn man das Konto kennt. Wenn ich das Konto kenne, komme ich natürlich an den Stand und die Bewegungen heran. Das war ja noch nie das Problem.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Stickelberger SPD: Soll das verhindert werden? – Abg. Birzele SPD: Das ist doch nur für Steuerhinterzieher!)

Das Problem bestand darin, dass man die Konten nicht kannte.

Wir sind uns jedenfalls einmal einig –

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte es so kurz wie möglich machen.

(Lachen bei der SPD)

Sie wollten, dass ich Ihnen die Position erkläre. Seit Sie gemerkt haben, dass Sie in Probleme kommen, möchten Sie lieber, dass ich aufhöre. Gut.

(Zurufe der Abg. Birzele und Schmid SPD)

Wir sind uns einig: Es gibt eine Datei, in der alle Kontostammdaten erfasst sind. Diese Datei ist natürlich als hochsensibel einzustufen, egal, ob von den Datenschützern oder von uns oder auch von jeder anderen Bürgerrechtspartei. Sie müssen sich einmal überlegen: Darin sind Millionen Konten gespeichert, alle Konten, die bei deutschen Kreditinstituten geführt werden. Diese Datei wurde für die interne Bankenaufsicht erstellt, um herauszubekommen, ob die Kunden sozusagen einmal von einer Bank schlecht behandelt werden oder betrogen werden. Sie diente also nur der internen Bankenaufsicht.

Nach dem 11. September hat man sie für die Bekämpfung des Terrorismus und der internationalen Geldwäsche geöffnet.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben!)

Das finde ich in Ordnung. Seither kann man auf diese Art Terroristen und die internationale Geldwäsche bekämpfen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber der dritte Schritt ist für mich irgendwo absurd und unverhältnismäßig: Seit dem 1. April dieses Jahres hat man sie nicht nur für die Steuerverwaltung geöffnet, sondern für eine beliebige Vielzahl von Behörden. Man hat dadurch einen Zustand geschaffen, in dem eigentlich alle potenziell verdächtig sind. Wegen einiger Verdächtiger können jetzt alle durchleuchtet werden, und zwar eben nicht nur von den Steuerbehörden, sondern von einer beliebigen Vielzahl anderer Behörden. Davon ist gar nicht die Rede.

(Zurufe der Abg. Birzele und Drexler SPD)

– Ja, es geht um alle Sozialversicherungsbehörden, es geht um alle Sozialhilfebehörden. Wenn jemand zum Beispiel zum Unterhalt für seine Eltern herangezogen wird, die gleichzeitig Sozialleistungen beziehen, dann heißt das nach diesem Gesetz: Alle Konten auf den Bildschirm! Mit welchem Recht eigentlich? Das geschieht ohne Anlass, ohne Verdacht, ohne irgendetwas.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP zur SPD: So sieht es doch aus! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

– Ja, ich werde nachher aus dem Gesetz zitieren.

(Abg. Schmid SPD: Zitieren Sie!)

Ich sage Ihnen: Eine so summarische Freigabe, ein so summarisches Bloßstellen sensibler Daten hat es bei uns in der Republik noch nicht gegeben, und ich bin gespannt, wie gerade unter diesem Aspekt das Bundesverfassungsgericht

(Minister Dr. Goll)

endgültig entscheiden wird. Sich ständig auf dieses Gericht zu berufen, halte ich für gefährlich. Denn jeder Experte weiß, dass ein Gesetz nur in Extremfällen vorläufig gestoppt wird. Das Gericht sagt, es werde dieses Gesetz in Ruhe prüfen. Wir sollten einmal abwarten, was dabei herauskommt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Eines ist klar – und das muss man auch einmal sagen –: Wir sind mit unserer Position, die wir hier vortragen, der Anwalt der Ehrlichen, die nicht mit Misstrauen überzogen werden wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Unruhe – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die sich nicht unter Generalverdacht stellen lassen wollen!)

Wir stellen uns auf die Seite derer, die ihre Pflichten erfüllen, die aber eben nicht von morgens bis abends überwacht werden wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bekomme im Moment täglich Briefe in dieser Angelegenheit. Die sollten Ihnen vielleicht auch ein bisschen zu denken geben. Aus diesen Briefen geht hervor, welche Ängste die Menschen haben. Wir können nachher einmal nachschauen, ob diese Ängste wirklich so unberechtigt sind. Gestern hat mir wieder jemand aus dem ländlichen Raum geschrieben, die Hälfte seiner Verwandten und Bekannten seien im Prinzip entweder beim Finanzamt oder bei Behörden, die da aufgeführt seien, beschäftigt. Der eine möge ihn nicht, und der andere möge ihn, und er habe Angst, dass da einer auf die Idee komme, sich einmal all seine Konten anzuschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Lebhaftes Unruhe – Zuruf des Abg. Birzele SPD – Abg. Schmid SPD: Das sind ja Latrinenparolen!)

– Schon klar. Bei Ihnen ist jeder Steuerzahler ein potenzieller Hinterzieher, und jede Behörde macht alles richtig. Das ist doch Quatsch.

(Zurufe der Abg. Birzele und Drexler SPD – Unruhe)

Wir wissen doch, dass auch dort Menschen sind.

Jetzt hören wir uns einmal an, unter welchen Voraussetzungen – –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Dr. Goll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Justizminister Dr. Goll:** Von mir aus.

**Präsident Straub:** Bitte schön.

**Abg. Birzele SPD:** Herr Justizminister, sind Sie sich darüber im Klaren, dass Sie mit dieser Formulierung allen öffentlich Bediensteten vorsätzlichen Rechtsbruch unterstellen?

(Beifall bei der SPD)

**Justizminister Dr. Goll:** Verzeihung – lieber Michael Theurer, jetzt liegt es mir auf der Zunge, „Quatsch“ zu sagen –, wenn an Ihrer Position, Herr Birzele, das Geringste dran wäre, bräuchten wir für keine Behörde und für keine Polizei irgendeine Regelung. Dann bräuchten wir keinen Datenschutz, gar nichts, weil sich alle von sich aus an die Grenzen halten müssten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Sie sagen, die würden rechtswidrig abfragen!)

Stattdessen besteht der Datenschutz – dem wird sogar Herr Kretschmann zustimmen – aus nichts anderem als der richtigen Grenzziehung für das behördliche Handeln. Da muss ich klare Grenzen ziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Birzele SPD: Aber nicht wegen vermuteter Rechtswidrigkeit!)

Hören Sie sich doch bitte einmal, nachdem Ihr Kollege gefragt hat, was im Gesetz steht, die Voraussetzungen an, unter denen eine Sozialbehörde, eine Wohngeldbehörde oder irgendeine andere Behörde auf die Kontendatei Zugriff nehmen kann.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt einmal zuhören!)

Da heißt es:

*Knüpft ein anderes Gesetz an Begriffe des Einkommensteuergesetzes an, soll die Finanzbehörde auf Ersuchen der für die Anwendung des anderen Gesetzes zuständigen Behörde oder eines Gerichtes über das Bundesamt für Finanzen bei den Kreditinstituten einzelne Daten aus den ... Dateien abrufen und der ersuchenden Behörde oder dem ersuchenden Gericht mitteilen, wenn in dem Ersuchen versichert wurde, dass eigene Ermittlungen nicht zum Ziel geführt haben oder keinen Erfolg versprechen.*

(Zuruf von der FDP/DVP: Unglaublich!)

In diesem ganzen Passus erkenne ich nicht eine einzige klare Voraussetzung, außer dass an Begriffe des Einkommensteuergesetzes angeknüpft werden muss, und da kann ich Ihnen Hunderte von Gesetzen nennen. Ich kann doch ohne weiteres sagen, dass andere Ermittlungen nicht zum Erfolg geführt haben. Das wird zu einer Routinebehauptung werden.

(Abg. Schmid SPD: Was? – Weitere Zurufe von der SPD)

Übrigens muss man vorher nicht einmal den Betroffenen um Auskunft gefragt haben; auch das steht im Gesetz. Man muss den Betroffenen vorher nicht um Auskunft gefragt haben, wenn es nicht erfolversprechend war. Und wann ist es nicht erfolversprechend?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Zu sehr Gummi!)

An dieser Stelle noch ein Wort zur Häufigkeit der Abfragen. Dieses Gesetz gibt es seit 1. April. Sehr viele Finanzbehörden sind technisch im Moment noch gar nicht in der Lage, das zu nutzen. Sie werden aber sehr schnell dazu in



(Minister Dr. Goll)

der Lage sein. Sehr viele der anderen Behörden haben noch gar nicht gemerkt, was sie da abfragen können. Ich kann nicht nach sechs Wochen eine Bilanz ziehen. Es ist völlig klar, dass von den Möglichkeiten in dem Moment, in dem sie bekannt werden – –

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie haben Zahlen genannt! Die Zahlen sind also erfunden worden? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, wir haben die Zahlen des Bundesverbandes der Banken genannt. Diese Zahlen sind für mich genauso vorläufig wie irgendeine andere Zahl, weil im Grunde genommen nach dem jetzigen Stand niemand sagen kann, wie häufig diese Möglichkeit genutzt wird. Aber ich gehe natürlich davon aus, dass es zu einer erheblichen Häufigkeit kommen wird; denn sobald die technische Ausrüstung vorhanden ist, ist es natürlich ein Leichtes, sie auch zu nutzen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Justizminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer? – Bitte schön, Herr Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Justizminister, mit wie vielen Einträgen in die DNA-Datei täglich rechnen Sie, wenn Ihre Vorstellungen für die Organisation dieser Datei Wirklichkeit werden?

(Abg. Zimmermann CDU: Die Leute waren doch schon bei der Polizei! Was soll denn das? – Weitere Zurufe von der CDU)

**Justizminister Dr. Goll:** Ich glaube nicht, dass man Zwischenfragen beantworten muss, die mit dem Thema ersichtlich nichts zu tun haben.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen eines, und damit komme ich zum zweiten und letzten Teil: Die Menschen werden sich dieses Gesetz nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Die Menschen werden natürlich ihr Konto in Österreich oder sonst wo anlegen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist ein Aufruf zum Rechtsbruch! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Das ist kein Rechtsbruch. Wo soll da ein Rechtsbruch sein? Sie haben von Europa wirklich wenig Ahnung. Sie können natürlich in Österreich völlig legal ein Konto anlegen; das war noch nie verboten. Wie soll das verboten sein?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen ist dieses Gesetz eines der größten Misserfolgsgesetze, die ich je erlebt habe. Teil A war die goldene Brücke, das Geld zurückzuholen – bekanntlich ein Schuss in den Ofen. Die Leute sind nicht zurückgekommen, weil sie mit Recht dem Platz Baden-Württemberg und Deutschland aufgrund der hier bestehenden Gesetze misstrauen.

(Abg. Drexler SPD: Sie können doch nicht „mit Recht“ behaupten! – Abg. Birzele SPD: Ganz Deutschland misstrauen! Das ist ein Skandal, so etwas! Sie haben Verständnis für Steuerhinterzieher und Rechtsbrecher!)

– Habe ich versucht, das Geld zurückzuholen, Herr Birzele? Habe ich das versucht, oder war das der Herr Eichel?

(Abg. Drexler SPD: „Mit Recht“! Sie können doch nicht „mit Recht“ sagen und behaupten, dass die Leute das rechtens machen! – Unruhe)

Habe ich oder hat Herr Eichel fragwürdige Angebote gemacht, um das Geld zurückzuholen? Wer war es denn?

(Abg. Birzele SPD: Unglaublich!)

Auf jeden Fall hat es nicht funktioniert!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Sie haben Verständnis für Steuerhinterzieher und Rechtsbrecher!)

Und die Frist ist ja auch abgelaufen.

Man hat in Teil B eine Kontenabfrage installiert, die tatsächlich die Sparguthaben ins Ausland treibt – und zwar völlig legal.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Wenn er es anmeldet, hat doch niemand was dagegen!)

Deswegen bin ich kürzlich zu Recht von einem Rechtsanwalt, der sich mit der Thematik beschäftigt hat, auf folgende einfache Überlegung aufmerksam gemacht worden: Es gibt eine frühere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach ein Gesetz, das ersichtlich seinen Zweck gar nicht erreichen kann, nicht verfassungsgemäß ist.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Jetzt sage ich Ihnen ganz deutlich: Dieses Gesetz kann seinen Zweck nicht erreichen.

(Abg. Capezzuto SPD: Natürlich kann es das!)

Der Zweck ist, einen kompletten Überblick zu haben, wer wo welches Sparguthaben hat. Tatsache ist, dass jemand, der heute in Deutschland zwei und in Österreich zwei Sparguthaben hat, gegen kein einziges Gesetz verstößt. Aber der Zweck dieses Gesetzes ist damit sicher vereitelt. So wird es kommen. Deswegen ist das Gesetz sinnlos und gehört so schnell wie möglich abgeschafft.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Das ist ein Staatsverständnis, das ist unglaublich! – Abg. Schmid SPD: Partei der Steuerhinterzieher!)

Der richtige Weg – das ist mehrfach bereits gesagt worden – ist die Abgeltungssteuer.

(Abg. Birzele SPD: Sie wissen doch ganz genau, dass das in Europa nicht durchsetzbar war!)

(Minister Dr. Goll)

Ich bin froh, dass wir uns einig sind – gerade aufseiten der die Regierung tragenden Parteien –,

(Abg. Schmid SPD: Partei der Steuerhinterzieher!)

dass wir an dem Ziel der Abgeltungssteuer festhalten.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir halten am Ziel der Abgeltungssteuer fest. Das ist richtig.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Damit ist für mich auch klar: Dieses Gesetz muss weg!

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich sage auch deutlich für die liberale Seite: Wir haben keinerlei Interesse – und wir sehen darin auch keinen Sinn –, uns an Reparaturversuchen zu beteiligen. Warum sollen wir helfen, das Gesetz noch verfassungsgemäß zu machen, obwohl es falsch ist, obwohl es weg gehört, obwohl es demnächst wieder weggommt?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Darin sehe ich überhaupt keinen Sinn. Wir brauchen umgekehrt zu dieser Stunde sicher auch keine Bundesratsinitiative, um dieses Gesetz zu beseitigen. Da in Berlin ja nicht mehr gearbeitet wird, wäre sie sowieso für den Ofen. Sie würde der Diskontinuität zum Opfer fallen.

Aber es ist natürlich bekannt: Die Bundestagsfraktion der FDP hat bereits einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, das Gesetz zu kassieren. Sollte es im Spätjahr zu Koalitionsverhandlungen zwischen Gelb und Schwarz im Bund kommen – was ich sehr hoffe –, wird es, wie alle hier im Raum wissen, eine der ersten Forderungen der FDP sein, dieses Gesetz zu kassieren.

(Abg. Fischer SPD: Das kann ich mir vorstellen! – Zurufe der Abg. Gaßmann und Capezzuto SPD)

Wir werden dieses Gesetz dann Gott sei Dank bald los. Das wird kein Schaden sein, sondern ein Vorteil für die Menschen in diesem Land und für diesen Standort.

(Abg. Birzele SPD: Unglaublich!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Fischer.

**Abg. Fischer** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, die Redezeiten für diesen Tagesordnungspunkt zu verlängern, weil die Regierung jetzt übermäßig viel Zeit in Anspruch genommen hat.

**Präsident Straub:** Die übermäßig lange Redezeit der Regierung hing natürlich auch mit den Zwischenfragen, die gestellt wurden, zusammen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hängt damit zusammen, dass zwei von der Regierung gesprochen haben! Es waren zwei von der Regierung, die geredet haben! Wenn die sich einig gewesen wären, hätte es nicht so lange gedauert!)

Aber dennoch lasse ich noch eine Runde mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion zu.

(Abg. Fischer SPD: Jawohl!)

Wer meldet sich zu Wort? – Herr Abg. Oelmayer, bitte.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Jetzt kommt doch der „Oeli“!)

**Abg. Oelmayer** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, man muss zur Versachlichung der Debatte zunächst noch eine oder zwei Anmerkungen machen.

Herr Justizminister, wenn wir über das Thema Kontenabfragen diskutieren, dann diskutieren wir über das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit. In diesem Gesetz ist zunächst die Steueramnestie für all diejenigen Menschen geregelt, die bis zum 31. März dieses Jahres Geld nicht versteuert hatten. Diese Amnestieregelung ist zum 31. März ausgelaufen.

Genau aus diesem Grund – und das haben Sie bisher mit keinem Wort erwähnt – besteht seit dem 1. April dieses Jahres die Möglichkeit der Kontoabfrage, weil ganz einfach die Kontrollmöglichkeit bestehen muss, ob als Voraussetzung für die Steueramnestie die Legalisierung des Geldes und die Versteuerung des Geldes umgesetzt worden sind. Deswegen ist es eine logische Konsequenz, dass die Einräumung der Möglichkeit der Kontoabfrage jetzt im Anschluss daran erfolgt ist. Das ist ein Gesetzesguss. Dem hat Ihre Fraktion in namentlicher Abstimmung im Bundestag zugestimmt. Deswegen ist das Bild, das Sie hier abgeben, verheerend und katastrophal. Als Justizminister des Landes schaden Sie damit, glaube ich, nicht nur sich selbst, sondern auch dem Amt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein weiterer Punkt, den ich noch erläutern möchte – er wurde auch schon kurz in der Debatte angesprochen – ist das Thema Anwendungserlass. Im März dieses Jahres wurde vom Bundesministerium der Finanzen ein Anwendungserlass veröffentlicht, der im Übrigen all die Bedenken aufgreift und ausräumt, die im Vorfeld zu dem Thema Kontoabfrage vorgetragen worden sind. Er gewährleistet erstens die Subsidiarität dieser Kontoabfragen. Es ist selbstverständlich, dass die Steuerpflichtigen zuerst gefragt werden, ob und inwieweit sie zur Aufklärung des Sachverhalts beitragen wollen. Erst dann, wenn dieser Beitrag nicht oder nicht umfassend erfolgt, ist es möglich, eine Kontoabfrage durchzuführen. Der Herr Finanzminister hat das Notwendige zur Kontoabfrage gesagt. Es ist ein Mensch pro Finanzamt dafür zuständig. Das ist datenschutzrechtlich auch richtig und erforderlich.

(Oelmayer)

Deswegen kann ich Ihren Einwand überhaupt nicht verstehen, das sei sozusagen eine Aushöhlung des Rechtsstaats. Im Gegenteil, wir wollen mit diesen Kontoabfragen den Steuerbetrüchern und Sozialbetrüchern auf die Spur kommen. Das ist Intention des Gesetzes.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Es tut gut, dass es ein solches Gesetz gibt und dass die Möglichkeit der Kontoabfrage seit dem 1. April besteht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Das funktioniert ja gar nicht!)

Ein weiterer Punkt, der in diesem Anwendungserlass geregelt wird, ist, dass eine Abfrage nur zielgerichtet und nur bezogen auf einzelne Personen und nicht pauschal, schon gar nicht tausenderweise,

(Abg. Birzele SPD: Und nicht aus persönlichem Interesse! – Abg. Theurer FDP/DVP: So harmlos ist das aber nicht!)

wie Sie das tatsächlich behauptet haben – in verschiedenen Presseveröffentlichungen war das jedenfalls so dargestellt –, erfolgt.

Wenn Sie hier sich als Sprecher des Bundesverbands der Banken gerieren und sich auf deren Angaben beziehen, Herr Justizminister, dann wäre es Ihnen doch ein Leichtes gewesen, bei Ihrem Kollegen Finanzminister anzufragen, wie viele Abfragen vorgenommen werden. Auch das ist eine Nachlässigkeit, die eines Ministers eigentlich nicht würdig ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Somit fragen wir uns: Warum geht ein Landesjustizminister bar der Rechtskenntnis, die er eigentlich haben müsste, so vor? Die Zwischenfrage von Gustav-Adolf Haas wurde zu Recht gestellt. Warum macht der das?

(Abg. Theurer FDP/DVP: Bleiben Sie mal bei der Wahrheit!)

Ich versuche einmal, eine kleine Eruierung zu machen. Erstens: Er geriert sich so, seit er Spitzenkandidat der FDP/DVP für die Landtagswahl ist.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Vielleicht lassen sich das Amt des Landesjustizministers und die Position des Spitzenkandidaten nicht vereinbaren, Herr Minister.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist doch reine Polemik!)

Vielleicht sollten Sie sich überlegen, Ihre Position als Spitzenkandidat oder Ihr Amt als Justizminister niederzulegen, um weiteren Schaden von diesem Amt abzuwenden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist doch reine Polemik, was Sie hier sagen! – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Sie wollen sich jetzt als Retter des Bankgeheimnisses aufspielen. Auch hier – das kommt ja nicht so oft vor – kann ich den Finanzminister des Landes nur unterstützen:

(Abg. Birzele SPD: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Birzele SPD)

Die Möglichkeiten der Recherche für die Finanzämter, bezogen auf Banken, sind schon jetzt in der Abgabenordnung geregelt.

(Abg. Drexler SPD: Nichts Neues! – Abg. Theurer FDP/DVP: Früher war das auch ausreichend!)

Deshalb bringt die Kontoabfrage im Prinzip nur eine kleine Einschränkung des Bankgeheimnisses mit sich. Insofern kann ich das, was Sie hier vortragen, auch aus Rechtsgründen nicht verstehen.

Zu guter Letzt: Das Bundesverfassungsgericht hat über die Frage entschieden und der Bevölkerung kundgetan, dass das, was die Bundesregierung, unterstützt von allen Fraktionen im Bundestag mit Ausnahme der zwei PDS-Abgeordneten, beschlossen hat, rechtmäßig ist. Dass Sie da offensichtlich gar nicht aufgepasst oder nicht zugehört oder nicht richtig recherchiert haben,

(Abg. Haller SPD: Oder es nicht verstanden haben!)

kann nicht zulasten der Rechtskultur in diesem Land gehen.

Deswegen kann ich nur sagen: Herr Minister, hören Sie auf mit dieser Polemisierung in dieser Frage und in anderen Fragen! Das schadet der Justiz im Land und dem Amt des Landesjustizministers.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Birzele SPD: Jetzt sind wir gespannt!)

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde auch, wir sollten versuchen, mit Begriffen, die hier genannt worden sind, sachlich umzugehen. Herr Drexler hat mich massiv angegangen und davon gesprochen, wir hätten über Terrorismus geredet.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das habt ihr nun mal!)

– Zu Recht haben wir über Terrorismus geredet. Wenn Sie dem Justizminister einmal zugehört hätten, dann hätten Sie vernommen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir haben ihm genau zugehört!)

dass er gesagt hat: Anlässlich des 11. September 2001 hat man diese sensible Datei zur Terrorismusbekämpfung herangezogen. Dazu stehen wir.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

(Dr. Noll)

Aber jetzt kommt doch der entscheidende Punkt. Dann muss ich doch aufpassen. Immer, wenn es einerseits um Sicherheit

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

vor Verbrechen und andererseits um Sicherheit vor dem Staat geht, muss ich sensibel aufpassen, wo sich Maßnahmen, die zu Recht gegen Terrorismus ergriffen worden sind, plötzlich schleichend

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

gegen die Bürgerrechte auswirken.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Deswegen bin ich stolz darauf, dass sich unser künftiger Spitzenkandidat und Justizminister dieses Landes in einer so sensiblen Frage der Bürgerrechte,

(Abg. Drexler SPD: Jetzt hören Sie doch auf!)

die jeden hier in diesem Land betreffen, so klar und eindeutig zu Wort gemeldet hat. Ich möchte fast sagen: Dass die FDP/DVP hier heute ein bisschen stärker unter Beschuss gekommen ist,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zu Recht!)

macht mich beinahe ein wenig stolz. Denn ich fand es ursprünglich einmal beschämend, dass es der ehemalige Direktor einer kleinen Volksbank war, der als Erster gesagt hat: „Da mache ich eine Verfassungsklage“, bevor die Politik überhaupt, auch die FDP/DVP,

(Abg. Drexler SPD: Das Verfassungsgericht hat es doch bestätigt!)

noch massiver in dieses Thema eingestiegen ist. Von daher bitte ich wirklich, nicht von skurrilen Profilierungsversuchen, sondern von ernsthaften Befürchtungen zu reden,

(Beifall bei der FDP/DVP)

die in einer nahtlosen Reihe der Aufweichungen des persönlichen Selbstbestimmungs- und Informationsrechts gründen und Sie alle, gerade auch die Grünen, nachhaltig darauf aufmerksam machen müssten, dass wir da möglicherweise am Beginn einer Entwicklung stehen, der es zu wehren gilt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wehret den Anfängen!)

Wenn man sagt: „Das sind gerade einmal 60, 70 pro Monat“, dann ist das doch wirklich blauäugig. Es gibt auch nicht „ein bisschen schwanger“, sondern das entwickelt sich dann ja. So kann aus einem solchen Gesetz natürlich sehr viel mehr werden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Unruhe)

Zweite Bemerkung: Hier wird immer gesagt: „Ihr seid für die Steuerhinterzieher, ihr seid für die Sozialschmarotzer“ oder was auch immer.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das ist genau der falsche Weg. Vielmehr müssen wir ganz klar sehen, dass das in allen Bereichen, eben auch – Das sage ich noch einmal an die SPD: Überlegen Sie sich doch einmal, warum Hartz IV so floppt: Weil da jeder ausgeschnüffelt wird bis ins letzte Detail.

(Abg. Birzele SPD: Unglaublich! – Unruhe)

Jetzt noch einmal: Der Justizminister hat Ihnen vorgelesen, dass im Gesetz steht, dass jede Sozialbehörde, wenn es um Leistungen geht, die an das Einkommensteuerrecht anknüpfen – das sind sehr viele –, und sie erkennt: „Meine eigenen Ermittlungen sind wohl nicht von Erfolg gekrönt“ – das kann man bei der Klientel, um die es da manchmal geht, natürlich leicht sagen –, „das ist sowieso schwierig; wir kommen überhaupt nicht an den ran“, das Recht hat, zu sagen: „Dann gehe ich doch gleich über das Finanzamt.“

(Abg. Ruth Weckenmann SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wo ist denn da eine Bremse drin? Wie überprüft der Ermittler, ob dessen eigene Vorermittlungen tatsächlich ernsthaft waren? Vielmehr kann er sich dann tatsächlich über diesen Klienten, über die vielen kleinen Leute, Rentnerinnen und Rentner oder Arbeitslosengeldbezieher und nicht über den Einkommensmillionär, eine komplette Liste vorlegen lassen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Da kommt dann der nächste Punkt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Noll – –

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Nein. Hören Sie jetzt bitte einmal zu! Jetzt wollen wir sachlich bleiben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Braun SPD)

Warum bekomme ich zum Beispiel auf Versammlungen von Sozialverbänden viel Zustimmung zu dieser Geschichte?

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

Weil es da genau um ältere Menschen geht, die möglicherweise noch von ganz früher vom Opa ein Sparbuch geerbt haben. Das hat man ganz vergessen. Das liegt irgendwo und weist vielleicht noch 50 DM auf.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Fischer: Das glauben Sie!)

Dann hat man für die Frau eines angelegt, für sich selbst, für die Enkel. Überall ist man zeichnungsberechtigt.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Man ist überall in dieser Datei. Und nun flattert einem als älterem, unbescholtenem Bürger, der immer gemeint hat, es

(Dr. Noll)

sei alles unter der Freigrenze, er brauche überhaupt nichts anzugeben, auf einmal eine Anfrage ins Haus, weil die Ermittlung ergeben hat, dass man über acht Konten, von denen man nie etwas angegeben hat,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

weil man die Erträge nicht selbst eingenommen hat, verfügbungsberechtigt ist.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Schon allein dieser Schreck ist es, der den Menschen dann in die Glieder fährt: Oh, da läuft ja eine Steuerfahndung.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Ja, wo leben wir denn? Es geht doch darum, dass die Bürgerinnen und Bürger plötzlich das Gefühl haben: Jetzt wirst du aber wirklich bis auf das letzte Sparbuch mit 50 DM, das noch aus alten Zeiten stammt, ausgeforscht.

Und es gibt noch einen Grund: Schauen Sie sich einmal bei den Rentnerinnen und Rentnern an, dass jetzt bei freiwillig Versicherten Kapitalerträge für die Ermittlung der Beitragsätze zur Krankenversicherung mit herangezogen werden.

(Abg. Birzele SPD: Da sind Sie doch dafür!)

Viele haben das, was Sie da eingeführt haben, als Schweißerei empfunden. Schauen Sie einmal, dass die nachgelagerte Besteuerung jetzt Rentenerträge stärker besteuert. Jetzt wissen viele natürlich nicht, dass die Freibeträge trotzdem relativ hoch sind. Trotzdem entstehen da doch Ängste, und die Leute sagen: Jetzt muss ich das aus dem Sparbuch nehmen.

(Abg. Fischer SPD: Sie schüren sie doch mit solchen Reden!)

– Nein, ich schüre sie doch nicht. Sie sind doch da!

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Und dann müssen Sie doch sagen: Wenn es eine einfache Alternative gibt, die diese kleinen Leute, die geringe Erträge haben, überhaupt nicht belastet,

(Abg. Drexler SPD: Von wem reden Sie eigentlich?)

dann ist es die Abgeltungssteuer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Jeder weiß: Da brauche ich nicht mit irgendwelchen Formularen zu rechnen und mich nicht an einen Steuerberater zu wenden oder gar Angst zu haben, dass ich noch mit einer Steuerfahndung überzogen werde. Dann lasst uns doch auch nicht übergangsweise so einen – ich sage es jetzt noch einmal – Quatsch machen, sondern lasst uns gleich die richtige Lösung machen und lasst uns damit auch ein Stück weit

(Abg. Drexler SPD: Den Terrorismus bekämpfen!)

Vertrauen bei den Menschen und – an Sie gesagt – gerade auch bei den kleinen Leuten in diesem Land schaffen,

(Abg. Drexler SPD: Ach, hören Sie auf mit Ihren kleinen Leuten!)

die sich von Ihnen massiv ausgeschnüffelt fühlen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dieses Vertrauen sollten wir erhalten. Dieses Gesetz ist es nicht wert, dass man in der Bevölkerung weiter dieses Misstrauen schüren muss, dass man bis ins letzte Eck jeden ausschnüffeln will.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Vertrauen statt Misstrauen! – Abg. Birzele SPD: Die kleinen Leute, ja so was! Noll als Kämpfer für die kleinen Leute! – Unruhe)

– So ist es.

(Abg. Birzele SPD: Das zieht einem ja die Schuhe aus! – Anhaltende Unruhe)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

**Abg. Stickelberger SPD:** Herr Kollege Dr. Noll, Probleme mit diesem Gesetz haben nicht die kleinen Leute.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie haben gut reden!)

Probleme mit diesem Gesetz haben Steuerbetrüger und Sozialbetrüger, und die haben sie zu Recht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da wird der kleine Mann zum Steuerbetrüger erklärt!)

Das System der Kontenabfrage hat Herr Kollege Oelmayer ja im Einzelnen dargelegt. Der Herr Finanzminister hat das vorhin schon ausgeführt. Das ist ein sauberes, korrektes Verfahren, das über die Finanzverwaltung läuft. Wir haben Vertrauen in unsere Finanzbeamten. Wir haben dieses Vertrauen. Sie haben es offensichtlich nicht,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

sonst würden Sie die Bediensteten unserer Finanzverwaltung hier nicht in dieser abträglichen Weise diffamieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist doch keine Diffamierung! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Doch!)

Sie tun ja gerade so, als hätten wir es in diesem Land mit einem Heer von Schnüfflern zu tun, die nichts anderes tun,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist ja Quatsch!)

als kleinen Leuten hinterherzusteigen, um vermeintliche Fehler aufzudecken.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Fragen Sie doch mal in den Arbeitsagenturen nach, was da läuft!)

Das ist doch gar nicht der Fall, Herr Dr. Noll. Sie malen doch ein völlig falsches Bild der Realität in diesem Lande.

(Stickelberger)

Unsere Beamten handeln korrekt und gesetzestreu. Das werden sie auch in Zukunft tun.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gehen Sie mal in die nächste Arbeitsagentur und fragen Sie da nach! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Da waren Sie doch gar nicht! Reden Sie doch nicht so einen Stuss raus! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Doch, natürlich war ich dort! – Abg. Birzele SPD: Sie als Anwalt der kleinen Leute! Sie wollen da staatliche Leistungen an Leute geben, die Geld haben!)

Herr Justizminister, uns befremdet natürlich besonders, dass auch Sie in dieses Horn blasen. In Ihrer Pressemitteilung vom 9. Mai 2005 stehen bemerkenswerte Sätze.

(Abg. Drexler SPD: So, jetzt kommt's!)

Vor dem Hintergrund des 11. September, der gerade auch angesprochen wurde, finde ich das eigentlich besonders bedenklich. Da steht drin:

„2 500 Abfragen am Tag machen deutlich,

(Abg. Drexler SPD: Als Behauptung!)

– als Behauptung –

*dass mit dem Gesetz der gläserne Bürger in Deutschland Realität geworden ist.*

(Zurufe von der SPD: Ui, ui, ui!)

*Sämtliche Bürger werden so internationalen Terroristen gleich gestellt.“*

(Abg. Drexler SPD: Das muss man sich vorstellen!)

Man muss sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, was der Justizminister in diesem Land ernsthaft meint. Das kann es doch nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Rücktritt! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Zum Gesetz selbst ist ja der Verfahrensweg über den Vermittlungsausschuss dargestellt worden. Am Ende hat auch die FDP diesem Gesetz zugestimmt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist jetzt zum x-ten Mal gesagt worden!)

Ich kann ja nicht sagen, Herr Dr. Noll: „Die Geschäftsgrundlage ist gefallen“, oder: „Teile des Gesetzes gefallen mir nachträglich nicht mehr.“

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn man die Zusagen nicht einhält!)

Gesetz ist Gesetz, und das gilt auch für Sie. Sie haben es mit beschlossen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

So ist die Lage. Und weil Sie es mit beschlossen haben und weil auch noch andere Regelungen in diesem Gesetz stan-

den und in diesem Gesetzespaket eingeführt waren – auch das wurde angesprochen –, ist es besonders bedenklich, wenn Herr Minister Goll hier sagt: „Das Gesetz baut eigentlich Brücken für die Rückkehr von Steuerhinterziehern, die ins Ausland gegangenen waren.“ So wurde es sinngemäß gesagt. Jetzt wird dies mit der Kontenabfrage offensichtlich vereitelt, und der Minister sagte nun vorhin: „Dann kommt dieser mit Recht nicht zurück; dann kommt dieser Steuerhinterzieher mit Recht nicht zurück.“

(Abg. Fischer SPD: „Mit Recht“! – Abg. Drexler SPD: Mit welchem Recht?)

Ich frage Sie: Mit welchem Recht denn?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe und Unruhe – Abg. Capezzuto SPD: Der Schutzpatron der Steuerhinterzieher!)

Das Recht wird bestimmt durch die Verfassung, durch die Gesetze des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, und diese Rechtsvorschriften gewährleisten ein hohes Maß an Ausgewogenheit zwischen Bürgerrecht auf der einen und den Anforderungen des Staates an ein sauberes, effektives und gleichmäßiges Steuerwesen auf der anderen Seite.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Abgeltungssteuer!)

Dem tragen diese gesetzlichen Bestimmungen Rechnung.

Über die Abgeltungssteuer, die Sie, Herr Noll, erwähnen, kann man sprechen. Das ist ein kompliziertes Gesetzeswerk,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist doch für den Bürger viel einfacher! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Die Abgeltungssteuer haben Sie vor Jahren noch erbittert bekämpft! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nicht mehr!)

und ich weiß schon jetzt, dass Sie bei vielen einzelnen Regelungen wieder Ihre Klientel bedienen und entsprechende Bedenken anmelden werden. Herr Dr. Schüle hat das Angebot auch gemacht, und ich greife es gerne auf. Wir reden gerne darüber, und ich bin sicher, dass nach der kommenden Bundestagswahl hier gesetzgeberische Initiativen erfolgen, wenngleich das Problem so gravierend ist, dass es wahrscheinlich nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

All diese Dinge sind kompliziert, und dem sollten wir Rechnung tragen mit sachlichen Beiträgen und mit einer Sprache, wie sie in der deutschen Rechtstradition steht: angemessen, distanziert und auf dem Boden unserer Verfassung. Darauf sollten auch Sie, Herr Justizminister, sich bewegen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

**Abg. Dr. Schüle** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst noch einmal kurz einen Satz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zitieren, weil er noch einmal das Grundthema klar macht. Bei Ziffer 46 heißt es:

*Die Gleichmäßigkeit der Erhebung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie die Verhinderung des Bezugs von Sozialleistungen bei Fehlen der gesetzlichen Voraussetzungen sind gewichtige Gemeinwohlbelange.*

Meine Damen und Herren, genau darum geht es. Herr Stichelberger hat gesagt, die kleinen Leute hätten mit dem Gesetz kein Problem. Ich würde formulieren: Die Ehrlichen haben mit diesem Gesetz kein Problem. Meine Damen und Herren, möglicherweise ist das eine gute Ergänzung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Blenke CDU – Abg. Stichelberger SPD: Ja, das sind ja genau die! Die Kleinen sind die Ehrlichen! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So kann man auch Folter begründen: „Der Ehrliche braucht nichts zu befürchten“! – Gegenruf des Abg. Braun SPD: Herr Noll, es wird immer schlimmer!)

Jetzt noch einmal zum Kern: Schon jetzt besteht ja die Verpflichtung des Steuerpflichtigen, vollständige Angaben zu machen. Das ist ganz normal.

(Abg. Blenke CDU: So ist es! Das war schon immer so!)

Die betreffenden Behörden haben schon jetzt das Recht, bei einer Bank die Kontostandsdaten abzufragen, wenn sie wissen, dass dort ein Konto vorhanden ist. Es geht doch jetzt lediglich darum, dass man den Behörden den Aufwand erspart, angesichts der 2 400 Bankinstitute, die wir in Deutschland haben, auf Goodwill-Basis da und dort nachzufragen. Es geht darum, die Daten, die es bereits gibt, beim Bundesamt für Finanzen zur Verfügung stellen zu können. Darum geht es, und deswegen sage ich noch einmal: mehr Sachlichkeit.

Zweitens – darauf ist noch nicht detailliert eingegangen worden –: Die Zahlen zeigen, dass es sich im Augenblick um eine unaufgeregte Angelegenheit handelt. Im Übrigen kann man immer noch korrigierend eingreifen.

Korrigierend eingreifen muss man jetzt allerdings, um auf der sicheren Seite zu sein. Sehr geehrter Herr Goll, der Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, den Sie kurz erwähnt haben, sagt ja nicht: „Weg mit dem Gesetz!“, sondern er sagt, das Gesetz müsse in bestimmten Punkten verbessert werden. Im Kern geht es dabei darum, dass die Anwendungsvorschriften, die es im Moment gibt, in Gesetzestechnik gegossen werden. Das ist der Kern der Angelegenheit.

Ich möchte zum Abschluss meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass unser Finanzminister einmal mehr gestärkt aus dieser Debatte hervorgeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Goll:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

(Abg. Birzele SPD: Herr Präsident!)

– Herr Präsident. Danke schön. – Ich beschränke mich auf wenige Hinweise.

Zur Fragwürdigkeit des Gesetzes: Im Grunde genommen hat mir Ihr Beitrag, Herr Birzele, klar gemacht, wie fragwürdig schon der erste Teil war: das Geld durch Prämien aus dem Ausland zu locken.

(Abg. Braun SPD: Das wollten Sie doch immer!)

Damit sind diejenigen, die ihre Steuern bisher immer ehrlich hier bezahlt haben, in der Tat veräppelt worden. Deswegen war schon der erste Teil, den Sie beschlossen haben, aus meiner Sicht – auch rechtsstaatlich gesehen – hochproblematisch, lieber Herr Oelmayer – um das einmal klar zu machen.

(Abg. Braun SPD: Aber Sie wollten das doch! – Abg. Birzele SPD: Da haben Sie Recht! Aber waren Sie gegen die Amnestie?)

Als zweiten Teil hat man etwas hinzugefügt, was einer Bloßstellung eines wichtigen Bereichs privater Lebensgestaltung, vom Bundesverfassungsgericht geschützt, gleichkommt. Bis jetzt musste ich nicht jedem offenbaren, wo ich Geld habe.

(Abg. Birzele SPD: Aber dem Finanzamt! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Dem Finanzamt mussten Sie das doch offenbaren! Was für ein Finanzamt haben Sie denn? – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Ich möchte den Tag auch nicht erleben, an dem jeder unbescholtene Bürger offenbaren muss, wo er eigentlich irgendwelches Geld hat. Das war bisher kein Merkmal unseres Staates. Dieses ganze Gesetz, das Sie jetzt mitverteidigen – was mich übrigens irritiert –, braucht, auf Deutsch gesagt, niemand. Niemand würde das brauchen, wenn wir eine Abgeltungssteuer von pauschal 25 % einführen würden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn es auch mehr bringen würde!)

Das wäre übrigens nichts anderes als ein Vorgriff auf die Steuermodelle von Kirchhof, Solms, Merz und anderen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann brauchten wir keine goldenen Brücken, um Gelder zurückzuholen, und wir brauchten keine Einrichtungen zum Schnüffeln – wenn ich das doch noch einmal sagen darf –; die wären überflüssig,

(Abg. Stichelberger SPD: Wer schnüffelt denn?)

und wir könnten sie wieder abschaffen.

(Minister Dr. Goll)

(Abg. Stickelberger SPD: Unsere Beamten schnüffeln nicht! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

In diesem Zusammenhang will ich noch eines klarstellen: Sie sagten: „Gesetz ist Gesetz“, nachdem es beschlossen war.

(Abg. Birzele SPD: Als Bundesfinanzminister Lahnstein das wollte, haben Sie es bekämpft!)

Ich sage: „Gelinkt ist gelinkt“, weil Eichel mit der Abgeltungssteuer nämlich nicht kam. Damit hat er uns eine Zustimmung entlockt, und Sie haben das Recht verloren, uns darauf hinzuweisen – abgesehen davon, dass ich sowieso nicht nur das mache, was der Bund mir vorschreibt. Das kommt noch hinzu. Wir dürfen uns hier ja auch selbst noch überlegen, was falsch und was richtig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Birzele SPD sowie Oelmayer und Walter GRÜNE)

Lieber Herr Oelmayer, Ihnen darf ich eines ins Stammbuch schreiben: Die Verfassungsbeschwerde, die Sie ständig heruntermachen, wird immerhin von einem sehr profilierten Juristen vertreten; das wissen auch Sie. Das ist kein Hans oder Michel. Herr Professor Dr. Gunter Widmaier ist ein sehr bekannter Jurist,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Gerade deswegen!)

der exakt dieselben Positionen vertritt wie ich, nur noch etwas prononcierter als ich. Von dem können Sie sich noch einiges mehr anhören als von mir.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das glaube ich aufs Wort!)

Letzte Bemerkung: An einem Punkt lasse ich mir das Wort nicht herumdrehen. Ich habe nicht gesagt, sie kämen mit Recht nicht zurück.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Doch! Das können Sie im Protokoll nachlesen! Haben wir alle gehört! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein. Sie können das nachher im Protokoll lesen. Ich habe gesagt, sie misstrauen den Zuständen bei uns mit Recht.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Nein, das haben Sie nicht gesagt! – Weitere lebhaftige Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Unruhe)

Das ist unser Problem. Diesem überregulierten Staat Bundesrepublik Deutschland misstrauen mittlerweile viele, die sich in sichere Entfernung begeben haben,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Birzele SPD: Das ist ein Skandal! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Sie sind doch ein Minister in diesem Staat! – Zuruf von der SPD: Absurd!)

und zwar wegen dieser Überregulierung und wegen dieser Angst vor totaler Kontrolle – genau aus diesen Gründen.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn wir so weitermachen, kann sich in dieser Republik ein freier Mensch allmählich nicht mehr frei bewegen. Deshalb besteht Misstrauen.

(Lebhafter Widerspruch und Lachen bei der SPD – Unruhe)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Und der Herr Noll unterstützt das! – Abg. Schmid SPD: Herr Noll fühlt sich wie in der Diktatur, der Arme! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Was ist denn das für ein Rechtsverständnis? – Abg. Birzele SPD: Herr Noll unterstützt Sozialbetrüger! – Gegenruf des Abg. Theurer FDP/DVP: Ihr seid und bleibt Sozialisten! – Weitere Zurufe – Unruhe)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Gentechnik in HQZ-Produkten – Drucksache 13/3328**

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produkte schützen – Drucksache 13/3329**

**c) Antrag der Fraktion SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Landwirtschaft ohne Gentechnik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2903 (geänderte Fassung)**

**d) Antrag der Fraktion SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Stärkung der Verbraucherinteressen in Baden-Württemberg bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte – Drucksache 13/3980**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: zur Begründung von a und b fünf Minuten, zur Begründung von c und d fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte um die Gentechnik offenbart zwei große Lebenslügen sowohl der CDU als auch der FDP.

Die erste Lebenslüge heißt: Es gibt eine Koexistenz oder es könnte eine Koexistenz geben zwischen Gentechnik auf der einen Seite und konventioneller und ökologischer Landwirtschaft auf der anderen Seite. Das Vorstandsmitglied des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbands, Hermann Ritter, hat dazu gesagt: „Die Koexistenz in Südbadens kleinparzellierter Landwirtschaft ist unmöglich.“ Damit hat er völlig Recht. Diese Koexistenz ist eine Lüge, die Sie den Menschen vorgaukeln. Diese Koexistenz wird es nicht ge-



(Walter)

ben. Das Beispiel Kanada mit ganz anderen Strukturen, mit riesigen Flächen, mit riesigen Feldern zeigt, dass eine solche Koexistenz nicht möglich ist. Dort gibt es praktisch keine landwirtschaftlichen Produkte mehr, die nicht gentechnisch verunreinigt sind. Das, meine Damen und Herren, sollte Ihnen zu denken geben.

Die zweite Lebenslüge, die CDU und FDP verbreiten, heißt: „Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft, und wir wollen die Gentechnik.“ Es gibt kaum größere Gegensätze als die bäuerliche Landwirtschaft und die Gentechnik.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Die Gentechnik, meine Damen und Herren, ist der letzte Schritt zur endgültigen Industrialisierung der Landwirtschaft. Die Abhängigkeit unserer Landwirte von der Saatgutindustrie wird enorm zunehmen. Wo soll es da noch eine bäuerliche Landwirtschaft geben, insbesondere vor dem Hintergrund der bei uns bestehenden Strukturen?

Deshalb, meine Damen und Herren von CDU und FDP, müssen Sie sich jetzt entscheiden: Fahren Sie den Monsanto-Kurs weiter – für die Gentechnik –, oder fahren Sie den Kurs weiter, den man früher in diesem Land praktiziert hat, nämlich für die bäuerliche Landwirtschaft? Diese Entscheidung müssen Sie jetzt treffen.

(Beifall bei den Grünen)

Die große Frage an Sie lautet: Weshalb verkämpfen Sie sich eigentlich so für diese Gentechnik? Was versprechen Sie sich davon für die Landwirte, für die Verbraucherinnen und Verbraucher? Es ist doch bekannt, dass von dieser Risikotechnologie letztendlich nur die Saatgutindustrie profitieren wird. Sie kennen die Strukturen in diesem Land – ich hoffe es zumindest –, und trotzdem tun Sie alles, um die Gentechnik zu fördern. Sie untergraben die Absichten von Frau Künast im Bundesrat. Sie nehmen in der öffentlichen Debatte eine mehr als positive Haltung zu dieser Technologie ein.

Wenn man zum Beispiel anschaut, wie einseitig pro Gentechnik im Bio-Lab die ganze Thematik dargestellt wird, dann sieht man doch schon, wohin die Reise bei Ihnen gehen soll. Anstatt dass Sie unsere Schülerinnen und Schüler aufklären über gesunde Ernährung, über regionale, natürlich erzeugte Kost, übernehmen Sie das Handwerk und die Arbeit der Gentechnikindustrie.

Herr Minister Stächele – ich hoffe, sein Amtsnachfolger zeigt da mehr ökonomischen Verstand – hat in einer Diskussion behauptet, unsere Landwirte hätten einen ökonomischen und einen Wettbewerbsnachteil, wenn wir auf die Gentechnik verzichten würden. Das Gegenteil ist doch der Fall. Angesichts der Strukturen unserer Landwirtschaft müssen wir uns doch von der anonymen Massenware auf dem Weltmarkt absetzen. Baden-Württemberg, meine Damen und Herren – das muss das Ziel sein –, muss zum Feinkostladen Europas werden. Das ist eine Vision, und genau diese Vision ist der baden-württembergischen Landesregierung in der Landwirtschaft schon lange abhanden gekommen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich doch einmal an: Ich habe im letzten Urlaub in Südtirol Milch gekauft: Was steht dort auf der Milchverpackung? „Gentechnikfrei“. Spar in Österreich wirbt mit „gentechnikfrei“. Glauben Sie, die machen das, weil sie sich davon einen Wettbewerbsnachteil versprechen? Ich glaube, in diesen Lebensmittelkonzernen ist weniger Ideologie als bei der Landesregierung, aber mehr ökonomischer Sachverstand vorhanden. Deswegen wirbt man mit „gentechnikfrei“, weil die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie der Großteil der Landwirte gentechnisch behandelte Produkte nicht wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Im Übrigen, Frau Kollegin Gurr-Hirsch, was den ökonomischen Sachverstand anbelangt: Auch Aldi verzichtet zukünftig auf Eier aus Batterien, nicht weil man bei Aldi besonders ökologisch denkt, sondern weil man merkt, wohin die ökonomische Reise geht.

Insgesamt muss man feststellen: Was Ihnen seit langem fehlt – ich muss auf das Stichwort Vision zurückkommen –, ist eine Vision. Sie hatten einmal eine solche, beispielsweise bei der Einführung des MEKA. Das war eine Vision bezüglich der Frage, wohin unsere Landwirtschaft gehen soll. Jetzt soll die Gentechnik diese Vision ersetzen. Das kann ja wohl nicht wahr sein. Nicht umsonst haben Sie beim Herkunftszeichen die Gentechnik ausgeschlossen. Sie sind aber nicht konsequent. Ich nenne als Beispiel die Futtermittel. Es ist weiterhin möglich, gentechnisch manipulierte Futtermittel im Zusammenhang mit dem Herkunftszeichen einzusetzen. Zwar wird empfohlen, darauf zu verzichten, aber Sie verzichten auch auf die Kontrollen. Das ist die Inkonsequenz. Ich kann Ihnen sagen: Wenn es wieder zu einem Lebensmittelskandal kommt – alle großen Lebensmittelskandale standen im Zusammenhang mit den Futtermitteln –, werden Sie sehen, dass das Herkunftszeichen Baden-Württemberg darunter leiden wird.

Jetzt kommen wir zu einer anderen Frage. Sie haben aufgrund eines Antrags meiner Fraktion versprochen, nach Möglichkeit gentechnikfreie Zonen zu unterstützen. Jetzt frage ich Sie, was eigentlich daraus geworden ist. Ich habe nichts gehört. Ich habe noch nicht mitbekommen, dass Sie Vertreter der gentechnikfreien Zonen, die es in Baden-Württemberg gibt, eingeladen hätten und dass Sie denen in irgendeiner Weise Hilfe angeboten hätten, so wie Sie Monsanto auch immer Ihre Hilfe anbieten. Von dieser Unterstützung ist auf jeden Fall den Bäuerinnen und Bauern, den Verbrauchern und Verbraucherinnen in diesen Zonen gar nichts bekannt geworden.

Die Mehrheit – das habe ich schon erwähnt – möchte diese Technologie nicht. Sie lassen mit Ihrer Politik die Menschen im Land im Stich. Sie gehen einen Weg, den die Menschen hier gar nicht mitgehen wollen, und plappern die Heilsversprechen der Industrie nach. Ich möchte einmal eine davon nennen.

So wird zum Beispiel behauptet, der Pestizideinsatz gehe zurück. Selbst die Befürworter im Weißen Haus müssen nun in einer eigenen Studie einräumen, dass der Pestizideinsatz wieder zunimmt.

(Walter)

Zweitens wird behauptet, der Einsatz von Gentechnik mache der Artenvielfalt nichts aus. Selbst die früheren Gentechnikbefürworter der englischen Regierung unter Blair haben ihren Kurs geändert, weil die Artenvielfalt massiv zurückgeht.

Das Dritte ist – das muss man hier auch immer wieder erwähnen –: Die Risiken dieses gigantischen Freilandversuchs sind noch nicht einmal ansatzweise bekannt. Trotzdem setzen Sie auf diese Technologie. Jede Risikotechnologie, jede neue Technologie muss auf ihren Nutzen und auf ihre Gefahren untersucht werden. Erst wenn der Nutzen größer ist, als es die Gefahren sind, kann ich die Technologie einführen. Das können Sie aber bei der Gentechnik bisher nicht beweisen. Solange das so ist, ist das Vorgehen, das Sie hier an den Tag legen, unmöglich.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte noch einen letzten Punkt erwähnen. Immer wieder wird gesagt, die Gentechnik beseitige oder verhindere den Hunger in der Welt. Wenn es irgendeinen Unfug gibt, den man in diesem Zusammenhang behaupten kann, ist es dies. Es ist doch offensichtlich – Sie müssen sich nur die Studien der WHO einmal genau anschauen –, welches die Ursachen für den Hunger in der Welt sind. Die Gentechnik hat da wirklich überhaupt nichts anzubieten, was zur Lösung des Problems führen würde. Wohin die Gentechnik führt, haben wir beispielsweise in Indien gesehen. Dort hat Monsanto den Bauern gesagt: Kauft unser Saatgut, nehmt Kredite dazu auf, dann steigen die Erträge, und alles wird gut werden.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ja!)

90 % dieser Landwirte in Indien sind inzwischen in Konkurs gegangen. Deswegen gibt es in Indien mittlerweile eine massive Bewegung gegen die Gentechnik.

Keines der Heilsversprechen, die jeweils gemacht wurden, wurde gehalten. Ich kann Ihnen nur sagen: Für die baden-württembergische Landwirtschaft mit den Strukturen, die wir haben, wäre dies wirklich nicht nur der letzte Teil der Industrialisierung, sondern auch der Sargdeckel. Ändern Sie deswegen Ihren Kurs. Das ist auch der Appell an den Herrn Minister, der noch lernen muss, dass man von der Regierungsbank keine Zwischenrufe machen darf

(Minister Hauk: Ich komme gleich vor!)

– Sie haben ja gleich Gelegenheit, zu sprechen, Herr Minister –: Entwickeln Sie wieder eine Vision für diese Landwirtschaft, wie sie einmal Herr Weiser hatte. Dazu gehört die Gentechnik aber sicherlich nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Die SPD im Bund und in den Ländern steht der grünen Gentechnik weder mit allzu großer Begeisterung noch mit Ablehnung gegenüber. Diese Technik mag Chancen für den Anbau bieten, und zwar dort, wo er sich lohnt und praktikabel ist. Forschung

ist sicherlich wichtig. Möglicherweise gibt es auch hier und dort Wertschöpfung und die Chance für neue Arbeitsplätze. Nach bisherigem Kenntnisstand sind auch die Risiken grundsätzlich beherrschbar. So weit sind wir uns in diesem Hause wahrscheinlich alle einig.

Entscheidend ist jedoch die Frage, was man aus dieser Technologie hier in unserem Bundesland macht, in diesem Bundesland – Herr Kollege Walter ist darauf eingegangen –, das wegen seiner kleinräumigen Zergliederung kaum für die Koexistenz von gentechnikfreien und gentechnisch veränderten Organismen geeignet ist.

Dies bestätigt im Übrigen auch Herr Hockenberger, der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der baden-württembergischen Bauernverbände. Er war offenbar auf einem CDU-Fachkongress zur grünen Gentechnik und sagte dort – ich zitiere aus dem Agrarblatt „BW agrar“, Heft 9/2005 –:

*In einem so dicht besiedelten Raum wie Baden-Württemberg sei Koexistenz kaum möglich, weil eine Vermischungsgefahr von gentechnikfreien und veränderten Organismen bestünde, betonte Gerd Hockenberger.*

Dann kommt er auf die Haftungsregelung zu sprechen, die ja von der CDU immer kritisiert wird, sagt aber nicht dazu, dass mit einer anderen Haftungsregelung die Vermischungsgefahr in keiner Weise beseitigt werden könnte, sondern eher noch begünstigt würde. Denn wenn die Landwirte künftig nicht direkt verschuldensunabhängig haften, wird es ihnen leichter fallen, diese Organismen anzubauen.

Vor dem Hintergrund, dass rund zwei Drittel der Verbraucher Gentechnik bei der Nahrungsmittelproduktion ablehnen, kommt die Landesregierung nicht darum herum, zuzugestehen – und ich zitiere weiter aus dem wichtigen Agrarblatt „BW agrar“, Heft 7/2005 –,

*dass Landwirte und Verbraucher ohne Bevormundung selbst entscheiden können, ob sie Gentechnik nutzen wollen oder nicht.*

Das war ein Zitat von Frau Gurr-Hirsch.

Am Ende des Artikels heißt es,

*langfristig müsse die Anwendung der grünen Gentechnik von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden.*

Dabei ist dann immer wieder die Rede von Information, als wollte man die widerspenstigen Verbraucher in einem langfristigen Umerziehungsprozess an den Genuss gentechnisch erzeugter Produkte heranzuführen. Ich sage Ihnen aber: Damit werden Sie Schiffbruch erleiden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Denn diese Mehrheit von zwei Dritteln der Verbraucher hat einen feinen Instinkt dafür, was sie für tragbar hält und was nicht. Viele haben Angst vor dem Risiko bei der Bewahrung der Schöpfung; denn sie haben erkannt, dass hier Dinge gemacht werden, die die Natur selbst nie machen würde, dass das also naturfremde Produktionsmethoden sind. Sie fragen sich, wie das in Zukunft weitergehen soll. Sie be-

(Birgit Kipfer)

fürchten ferner ein Risiko für die Artenvielfalt und haben gute Gründe dafür. Sie befürchten langfristig ein Risiko für die Gesundheit der Menschen, und sie sehen auch Risiken für die selbstständige Landwirtschaft in unserem Land, nämlich Risiken, dass die Landwirte immer abhängiger von der Agrochemieindustrie werden.

Das sind keine Spinner, wie manche vielleicht meinen mögen, sondern das ist ein breites Bündnis von Organisationen, von einer Stadt/Land-Partnerschaft im Evangelischen Bauernwerk über die Landfrauen in Baden-Württemberg – landesweit –, über die Verbraucherzentrale bis hin zum Verband des katholischen Landvolks Rottenburg-Stuttgart.

(Die Rednerin hält das Informationsblatt „Gentechnikfreie Lebensmittel“ des Aktionsbündnisses gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg hoch.)

Dieses Papier können Sie sich alle einmal zu Gemüte führen.

Also muss gelten, dass Verbraucher die Möglichkeit haben müssen, bei der Auswahl der Produkte zwischen den Produkten, die mit, und den Produkten, die ohne Zuhilfenahme von Gentechnik erzeugt und produziert wurden, zu unterscheiden. Information bedeutet hier wohl gemerkt nicht, von der Ungefährlichkeit der Produktion zu überzeugen, sondern Information bedeutet die Vermittlung harter Fakten.

Da sind selbst nach der neuesten Kennzeichnungsverordnung gravierende Lücken vorhanden, die sich aus der Logik des Ordnungsgebers ergeben haben. Zwar müssen Produkte, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten, gekennzeichnet werden; aber nicht gekennzeichnet werden müssen Produkte mit GVO-veränderten Zusatzstoffen oder tierische Produkte, die mit gentechnisch veränderten Organismen, zum Beispiel mit entsprechenden Futtermitteln, hergestellt wurden. Selbst das HQZ – und auch darauf hat Herr Walter hingewiesen – hat nur eine fingierte Transparenz, weil nicht sichergestellt ist, dass bei der Erzeugung keine GVOs im Spiel waren.

Aus all dem folgt, dass es notwendig ist, eine Produktionslinie für absolut gentechnikfreie Nahrungsmittel in Baden-Württemberg aufzubauen und nachhaltig zu sichern. Es gilt also, gentechnikfreie Nahrungsmittel – von den Rohstoffen der Erzeugung bis zum Esstisch – sicherzustellen und durch den Staat zu fördern und zu unterstützen. Dies wird umso dringlicher, je mehr sich die grüne Gentechnik international durchsetzt. Das ist machbar. Es gibt in Baden-Württemberg Futtermittelerzeuger, die auf Gentechnik verzichten. Es gibt jede Menge Landwirte, die freiwillig darauf verzichten wollen. Es gibt auch die Möglichkeit, diese Produkte in der Industrie durchgängig gentechnikfrei zu erzeugen und als solche zu kennzeichnen. Auch die Landesregierung weist in ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 13/3980 darauf hin. Die Neuartige Lebensmittel- und Lebensmittelzutaten-Verordnung (NLV) ermöglicht es, den Produkten ein Label „ohne Gentechnik“ zu geben, wenn sie denn ganz bestimmte Kriterien erfüllen, nämlich in keiner Weise unter Zuhilfenahme von GVOs erzeugt werden. Dieses wäre der Weg.

Herr Minister, ich bin gespannt, wie Sie diesen Weg künftig sehen, in Baden-Württemberg einerseits das Vertrauen der Verbraucher sicherzustellen, andererseits den Landwirten eine Zukunftschance zu geben, abseits der Gentechnik zu produzieren. Dieses Land eignet sich für diesen Sonderweg, weil der Absatz dieser Produkte garantiert ist. Sie werden in Deutschland auch künftig für gentechnikfreie Produkte Absatz finden, und das ist die Chance für die baden-württembergische Landwirtschaft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiefl.

**Abg. Kiefl** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die grüne Gentechnik erfährt zurzeit eine erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit, ohne dass wir uns dafür verkämpfen und dafür Heilsversprechen abgeben, lieber Herr Kollege Walter. Wir befinden uns inmitten einer Entwicklung, und das weiß auch die Bevölkerung.

Die Aufmerksamkeit ist aber auch deswegen so hoch,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

weil die Bevölkerung auch weiß, dass die grüne Gentechnik neben der Mikrotechnologie und der Informationstechnik zu den Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts zählt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das glaubt doch keiner! Wer glaubt denn das? – Abg. Walter GRÜNE: Jetzt geht es schon wieder los!)

Daher geht es den Menschen darum, die Chancen und Risiken zu erkennen, um dann bewusst eigenständige Entscheidungen treffen zu können, ob sie Ja oder Nein sagen.

Unsere Aufgabe als Politiker ist es, die Interessen der Verbraucher, Landwirte und Lebensmittelproduzenten zu schützen. Aber die Grundlage für unsere Schutzaktionen müssen die wissenschaftlichen Erkenntnisse, Forschungsergebnisse und kritischen Prüfungen der Wissenschaft sein; denn es geht nicht um Ideologie, um ein Abwürgen der Forschung oder ein Abgeben von Heilsversprechen, sondern die wissenschaftlichen Ergebnisse müssen die Grundlage unserer Aktivitäten sein.

Die Menschen haben nicht Angst vor der Gentechnik. Das darf man nicht pauschalieren; darüber gibt es ziemlich genaue Erhebungen. Aber die Menschen müssen und wollen noch viel mehr darüber wissen; das zieht sich durch alle Äußerungen. Ich darf aus einer der letzten Umfragen zunächst in Bezug auf Europa und dann auf Deutschland zitieren: 24 % der Menschen in Europa sagen, sie seien wegen der grünen Gentechnologie verunsichert. Gleichzeitig sagen aber 45 %, sie wüssten zu wenig darüber und müssten mehr Informationen haben. In Deutschland ist mit etwa 30 % die Verunsicherung der Menschen höher. Über 50 % sagen aber, sie bräuchten mehr Informationen und wollten mehr wissen. Daher tun wir alle gut daran, uns diesen Fragestellungen unvoreingenommen zuzuwenden und aufgrund der Ergebnisse zu reagieren.

(Kiefl)

Beim Stand dieser Entwicklung bedeutet dies für unsere Politik in Baden-Württemberg Folgendes, um auf die vier Anträge einzugehen, die die Grundlage dieser Debatte sind:

Erstens: Lieber Kollege Walter, wir bejahen die Koexistenz, und wir werden alles tun, um sie zu ermöglichen.

(Abg. Walter GRÜNE: Na ja!)

Bis zur Stunde liegen keine ausreichenden Ergebnisse vor. Die Untersuchungen sind nicht abgeschlossen; das ist ganz klar.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: So ist es!)

Umso mehr müssen wir dranbleiben, um zu wissen, wie es funktioniert. Man müsste natürlich zwischen den einzelnen Kulturen differenzieren.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sollen wir die Pollen anbinden, oder was?)

– Sie wissen ganz genau, dass es eine Definition der „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“ geben wird. Darin wird der Mais anders behandelt werden als die Kartoffel oder der Reis oder der Raps. Das wissen Sie genau. Man müsste dazu jetzt ins Detail gehen, aber das bringt uns in der jetzigen Debatte nicht weiter. Nur, die Erkenntnisse werden kommen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja wie? Die Bienen programmieren, oder was?)

– Wenn Sie die Forschung nicht abwürgen, dann kommen die Ergebnisse. Bis jetzt haben Sie aber immer versucht, die Forschung abzuwürgen, weil Sie im Grunde Angst vor den Forschungsergebnissen haben.

(Zuruf von den Grünen: Quatsch!)

Sie haben Angst, dass die Ergebnisse nicht gegen die Gentechnik gerichtet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Selbstverständlich – ich sage dies, damit hier kein Missverständnis entsteht – ist es jedem überlassen, freiwillige Vereinbarungen zu treffen; das ist ganz klar.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Das wird dann auch von uns mit der Beratung unterstützt. Ein freiwilliger Verzicht ist möglich. Das ist selbstverständlich, darauf muss man nicht extra hinweisen.

Zweitens: Wir setzen als Land das EU-Recht und das nationale Recht um – das ist auch selbstverständlich –, aber wir gehen keinesfalls darüber hinaus. Das heißt jetzt konkret – Herr Walter, dies haben Sie angesprochen –: Wir werden die Förderung nicht umstellen – diese Forderung wird in einem Antrag von Ihnen erhoben –, zum Beispiel die Investitionsförderung nicht davon abhängig machen, dass eine Verpflichtung eingegangen wird, auf GVOs zu verzichten. Auch die MEKA-Förderung werden wir nicht umstellen.

Drittens: Wir werden auch die Officialberatung nicht anweisen, nur in einer Richtung zu beraten. Auch diese Forde-

rung wird in einem Antrag erhoben. Da unterscheiden wir uns von Ihnen. Sie würden gerne nur in einer Richtung beraten, nämlich dahin gehend, in jedem Fall auf GVOs zu verzichten. Wir werden das nicht tun, wir werden keine solche Anweisung herausgeben. Die Officialberatung muss vielmehr objektiv und sachlich im Hinblick auf die Entscheidungsfreiheit der möglichen Nutzer informieren.

Viertens: Selbstverständlich sind wir für eine strikte Pflicht zur Einhaltung der Kennzeichnungsverordnung, Frau Kipfer. Übrigens gilt jetzt das alte Gesetz. Kein Mensch glaubt, dass vor der Bundestagswahl neue Ergebnisse erzielt werden. Das Gesetz befindet sich ja derzeit im Vermittlungsausschuss. Wir müssen deshalb von der Basis des alten Gentechnikgesetzes ausgehen, das zurzeit noch gilt. Also ganz klar: Einhaltung der Kennzeichnungspflicht auf der Basis des Gesetzes.

Wir waren von Anfang an für die Wahlfreiheit. Sonst gäbe dies keinen Sinn, sonst wäre die Geschichte ja unlogisch.

Das heißt aber auch – darauf muss man hinweisen –, dass Fleisch und Fleischerzeugnisse von Tieren, bei deren Fütterung GVOs eingesetzt werden, nicht zu kennzeichnen sind. Auch dies wurde in einem Antrag angesprochen.

Jetzt muss man aber noch dazusagen, warum das so ist: Weil darin weder entsprechende DNAs noch Proteine festgestellt werden können. Das ist ja gerade der Knackpunkt der Geschichte. Sonst dürfte man das ja gar nicht machen. Das ist überhaupt der entscheidende Kern der Gentechnologie.

Frau Kipfer, weil dieses Thema in zwei Anträgen angesprochen wurde, kann ich sagen: Solange dem so ist, kann ich in diesen Fällen auch nicht vom HQZ ausschließen. Ich kann nicht sagen, dass ich in solchen Fällen das HQZ nicht zulassen werde.

(Abg. Birgit Kipfer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich habe nur noch zwei Punkte, danach können Sie Fragen stellen.

Fünftens: Auch die Importfuttermittel wurden angesprochen. Es ist selbstverständlich, dass diese den gleichen Sicherheits- und Qualitätsstandard erfüllen müssen. Selbstverständlich muss das überprüft werden. Aber alles andere, was darüber hinausgeht, betrifft die WTO-Vereinbarung. Das wissen Sie auch. Dabei ist nicht das Land gefordert, sondern da muss die Bundesregierung über die EU bei WTO-Vereinbarungen tätig werden.

Ein Letztes: Ich sage ganz deutlich, dass wir alle Rechtsverordnungen ablehnen werden, die aufgrund des von Ihnen verursachten bürokratischen und finanziellen Aufwands nicht mehr prüfen wollen, sondern eindeutig abwürgen wollen. Diese werden wir ablehnen. Dazu gibt es derzeit Diskussionen im Vermittlungsausschuss; ich sagte das bereits. Darüber brauchen wir jetzt aber nicht ins Detail gehen, weil vor der Bundestagswahl nichts mehr herauskommt.

Fazit: Wir wollen die Chancen der Gentechnologie, sofern sie sich ergeben – das kann man jetzt im Detail noch nicht

(Kiefl)

beantworten –, wahrnehmen. Wir wollen ausloten, welche Möglichkeiten – egal, welcher Art – den Nutzern daraus erwachsen, ob es positive Möglichkeiten sind. Wir wollen keinesfalls Innovationen im Wege stehen, sollten sich positive Möglichkeiten ergeben. Und wir wollen natürlich die Risiken ausschließen – auf der Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse, die wir hoffentlich laufend hinzugewinnen. Im Jahr 2004 lagen die ersten Ergebnisse eines kleinen Versuchs vor, der auf einer Fläche von, glaube ich, zwei oder sechs Hektar gemacht wurde. Diese Erkenntnisse reichen aber noch nicht aus.

Eine letzte Bemerkung, weil Sie, Herr Walter, immer die kleine Landwirtschaft ansprechen: Ich kenne sehr wohl die Struktur unseres Landes. Es hilft alles nichts – da hilft auch kein Gesundbeten –, wenn sich dieser Mehrwert, sofern er denn vorhanden ist, nicht auf den Geldbeutel der Landwirte positiv auswirkt. Dann ist alles vergebliche Liebesmüh.

(Abg. Walter GRÜNE: Da sind wir uns einig!)

Wir hatten ja schon einmal ein solches Heilsversprechen. Es lautete: Jetzt geht alle in die Biorichtung! Bis jetzt hat sich dies gar nicht positiv auf den Geldbeutel ausgewirkt; das muss man ganz klar sagen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das stimmt doch nicht!  
Riesenzuwächse! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD  
– Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Moment! – Bis jetzt hat sich das nicht ausbezahlt, weil die, die über die Nachfrage hinaus produzieren – damit wir uns richtig verstehen –, keinen höheren Preis erzielen können. Nehmen wir einmal die Milchbauern: Die müssen ihre Biomilch genauso konventionell verarbeiten und vermarkten und kriegen den gleichen Preis wie andere Anbieter auch, wenn die Milch wegen fehlender Nachfrage – angeblicher Mehrwert interessiert da niemanden – nicht abgesetzt werden kann.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Da muss man was für die Nachfrage tun!)

Das heißt im Klartext: Es muss sich auszahlen. Dann wird jeder, der ein Hirn im Kopf hat,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das sollte eigentlich die Regel sein!)

seine Produktion danach ausrichten.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kiefl, lassen Sie Zwischenfragen der Frau Abg. Kipfer und des Herrn Abg. Kretschmann zu?

**Abg. Kiefl** CDU: Ja.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Frau Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Kollege Kiefl, können Sie sich vorstellen, dass es Verbraucher gibt, die Lebensmittel aus GVO-Produktion ablehnen, selbst wenn dies in tierischen Produkten nicht nachweisbar ist, die also keine GVO-Produktion in irgendwelcher Produktionsstufe haben wol-

len? Für diese Verbraucher haben Sie nichts anzubieten, es sei denn, Sie deklarieren das HQZ im Sinne der Genfreiheit, wie die Verordnung es vorsieht.

**Abg. Kiefl** CDU: Das kann ich mir selbstverständlich vorstellen. Nur nützt das alles gar nichts, wenn es erstens – der weiteste Kreis – dazu keine WTO-Vereinbarung und zweitens – der engere Kreis – kein EU-Recht gibt, das die Einfuhr solcher Futtermittel, die ja nach dem Gentechnikgesetz zugelassen ist, verhindert. Wenn Sie das nachher, wenn das verfüttert wird, nicht feststellen können, dann nützt die Theorie nichts. Also entweder muss es WTO-Vereinbarungen oder ein EU-Recht geben. Wer glaubt, wir als Land könnten uns irgendeiner Entwicklung entgegenstemmen, der irrt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ihr habt doch schon resigniert!)

– Das ist Realität und nicht Resignation.

(Zurufe von der SPD)

**Präsident Straub:** Herr Kretschmann, Sie erhalten das Wort für eine Zwischenfrage.

**Abg. Kretschmann** GRÜNE: Herr Kiefl, es dürfte Ihnen ja bekannt sein, dass mit wenigen Ausnahmen die meisten Pflanzen entweder vom Wind oder von Insekten bestäubt werden. Wie stellen Sie sich jetzt eine Koexistenz von Landwirtschaft, die gentechnisch veränderte Organismen einsetzt, und konventioneller Landwirtschaft vor? Wollen Sie den Wind anbinden oder die Bienen programmieren?

(Abg. Birgit Kipfer SPD: 20 Meter beim Mais!)

**Abg. Kiefl** CDU: Herr Kretschmann, das war sehr populistisch formuliert.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Aber treffend formuliert!)

– Nein. Ich sage gleich, warum nicht.

Das nützt deswegen nichts, weil die ersten Ergebnisse, die wir vom Erprobungsanbau im Jahr 2004 haben – jetzt muss man doch ein bisschen ins Detail gehen –, sehr genau zwischen den einzelnen Kulturen differenzieren; das wissen Sie. Beim Raps – Reis bauen wir hier nicht an, da ist es aber ähnlich – braucht man, wenn man das ausschließen will, was Sie ansprechen, große Abstände, Abstände von 80, 100 Metern.

(Abg. Walter GRÜNE: Viel mehr! Kilometer! –  
Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Viel mehr als 80 Meter!)

– Sie können es zwar behaupten, aber Sie haben den Versuch nicht gemacht. – Beim Mais sind es

(Abg. Birgit Kipfer SPD: 20 Meter!)

10 bis 20 Meter. Bei Kartoffeln brauchen Sie eigentlich gar keinen Abstand.

Jetzt nenne ich Ihnen ein Beispiel aus der Praxis, Herr Kretschmann: Vor 50 Jahren habe ich ein Praktikum in einem Pflanzenzuchtbetrieb gemacht. Dort wurden neue Sorten entwickelt. Wenn die Züchter eine neue Sorte kreieren

(Kiefl)

wollen, muss diese Sorte hundertprozentig rein sein. Dieser Anbau fand inmitten aller anderen Flächen statt. Da hat kein Mensch von irgendeiner Abstandsregelung oder sonst etwas geredet.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Über alle Jahrzehnte hinweg wurden neue Sorten entwickelt, gezüchtet und in Verkehr gebracht, ohne andere Sorten zu beeinträchtigen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Weil die Gentechnologie auch von uns anders gesehen wird, bestehen aber auch wir darauf, dass diese Erkenntnisse in Bezug auf die Abstandsregelung, ehe sie in den Begriff „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ einfließen, sauber untersucht werden. Aber wir sollten nicht so tun, als sei das alles so neu. Das gab es in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten schon immer, wenn jemand neue Sorten gezüchtet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE:  
Aber das ist doch eine ganz andere Baustelle!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anträge der Grünen und der SPD lassen sich auf die Frage reduzieren: Wie verhindere ich den Einsatz von Gentechnik? Angesichts der Tatsache, dass eine Mehrheit der Bevölkerung der Gentechnik ablehnend gegenübersteht, mag diese Frage vielleicht richtig sein. Auch die FDP/DVP-Fraktion nimmt die Befürchtungen der Bürger ernst. Ich meine jedoch, wir sollten sie nicht unnötig schüren.

Angesichts der eindeutigen EU-Rechtsvorschriften über die Koexistenz von GVO-Produkten und gentechnikfreien Produkten erscheinen mir die Anträge von Rot-Grün als untauglicher Versuch, die Anwendung des geltenden EU-Rechts, an dem SPD und Grüne über die Bundesregierung selbst mitgewirkt haben, nunmehr über den Vollzug des Gentechnikgesetzes zu verhindern.

Bereits auf Bundesebene ist das von der Bundesregierung vorgelegte Gentechnikgesetz gescheitert; es befindet sich derzeit im Vermittlungsausschuss. Insbesondere die Haftungsregelung, die praktisch einen Ausschluss des Anbaus von genveränderten Produkten bedeuten würde, ist für uns, aber auch für die Mehrheit der Bundesländer nicht akzeptabel. Es bleibt abzuwarten, welche Entscheidungen auf Bundesebene letztlich getroffen werden.

Meine Damen und Herren, Gentechnik lässt sich nicht mehr verhindern. Wir wollen sie auch nicht verhindern. Die Nachfrage nach Medizinprodukten

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist nicht das Thema!  
Es geht nicht um rote Gentechnik, sondern es geht um grüne Gentechnik! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

steigt ebenso wie der weltweite Verbrauch von landwirtschaftlichen Produkten auf der Grundlage von gentechni-

scher Forschung. Biotechnologie ist eine Querschnittstechnologie – nicht nur in der Medizin, wo sie selbstverständlich ist und als segensreich erachtet wird –,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Darum geht es jetzt nicht!  
Da sind wir uns ja einig!)

und sie bietet auch eine Chance für die Umweltechnologie. All dies wird in der öffentlichen Diskussion kaum kommuniziert. Stattdessen benutzen insbesondere die Grünen die Gentechnik als ideologischen Kampfplatz

(Abg. Walter GRÜNE: Oh! Mensch, Richie! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

und schüren die Ängste der Verbraucher.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie endlich zur Kenntnis:

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Können Sie einmal etwas anderes machen, als nur Phrasen zu produzieren? Nur gestanztes Zeug!)

Biotechnologie ist international, auch in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie, zur Selbstverständlichkeit geworden. Herr Kretschmann, die Grünen im Europaparlament haben zugestimmt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sagen Sie doch einmal, wie Sie die baden-württembergische Landwirtschaft voranbringen wollen!)

Meine Damen und Herren, natürlich nehmen wir Einwände ernst.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber nicht so richtig!)

Wir wollen aber, dass internationale Standards in Forschung und Technik im Bereich der Gentechnik auch in Deutschland ihre Gültigkeit haben.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Die EU hat die Regierungen der Mitgliedsländer beauftragt, durch nationale Gesetzgebung dafür Sorge zu tragen, dass traditionelle Landwirtschaft und Gentechnik nebeneinander möglich sind,

(Abg. Walter GRÜNE: Aber wie denn? Erklären Sie es doch einmal!)

und zwar – ich sage es nochmals – mit den Stimmen unserer Bundesregierung, die von Rot und Grün getragen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir werden den Vollzug entsprechend den EU-Vorgaben gestalten. Wir sind aber keinesfalls bereit, darüber hinaus – so, wie in den Anträgen der Grünen formuliert – einen Wust von Verwaltung aufzubauen und mit Überbürokratisierung und unangemessen hohen Verwaltungsgebühren zu versuchen, den Anbau von GVO-Produkten zu verhindern.

(Abg. Heinz CDU: Sehr richtig! – Abg. Walter GRÜNE: Jetzt, was?)

(Drautz)

Die logische Konsequenz wäre eine erneute Abwanderung von Innovation und Technik in andere Länder.

Wir sehen eine Möglichkeit der Koexistenz von Gentechnologie und konventioneller Landwirtschaft. Wir setzen auf die Entscheidungsfähigkeit der Verbraucher und deren Wahlmöglichkeit. Wenn wir Arbeitsplätze und Wachstumspotenzial langfristig sichern wollen, muss Deutschland sich stärker als bisher in den Zukunftstechnologien engagieren. Wenn wir den wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und unsere Umweltstandards, mit denen wir weltweit führend sind, auf dem gewohnten Niveau erhalten wollen,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Alles Allgemeinplätze! Das sind doch nur Allgemeinplätze! – Abg. Dr. Caroli SPD: Nur Phrasen!)

brauchen wir, Herr Kretschmann, nicht nur die Fähigkeit zur Innovation, sondern auch den Mut, neue Wege zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Landwirtschaftsminister Hauk.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 4. Februar ist der erste Teil des neuen Gentechnikgesetzes in Kraft getreten. Damit wird leider nicht, wie ursprünglich von der Regierung in Berlin beabsichtigt war, die vollständige Umsetzung der Freisetzungsrichtlinie erreicht. Deutschland – das muss man auch einmal feststellen – ist damit – und zwar, weil es der Bundesregierung offenbar nicht gelingt, einen Konsens herzustellen; das wäre ihre nationale Aufgabe – gegenüber der zwingenden Vorgabe der Europäischen Union bereits zweieinhalb Jahre in Verzug. Dieses Nichtgelingen führt jetzt eben auch dazu, dass der Bundeskanzler resigniert und Neuwahlen ausruft.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zum Streit gehören zwei!)

Das ist ein weiterer Baustein in dieser Kette, meine Damen und Herren.

Der Verabschiedung der EU-Freisetzungsrichtlinie gingen mehrjährige intensive Verhandlungen voraus, an denen sich Deutschland – jedenfalls nach Aussage von Frau Künast – immer maßgeblich beteiligt hat. Da muss man sich schon wundern, wenn Herr Kollege Walter jetzt von einer „Lebenslüge“ im Bereich der Koexistenz etc. spricht. Künast und die deutsche Bundesregierung waren an der Erarbeitung dieser Freisetzungsrichtlinie bereits bei der Beratung in Brüssel unmittelbar beteiligt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da kann man dann nicht ständig herkommen und sich beklagen, dass alles so schlimm und so problematisch sei.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es nicht! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Ihr polemisiert doch gegen das Haftungsrecht!)

– Herr Kollege Kretschmann, das ist ein Teil der Wahrheit.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber ein ganz kleiner Teil! Jetzt wollen wir auch den Rest der Wahrheit hören! Den verschweigt ihr!)

Das muss man, glaube ich, von der Historie her sagen dürfen.

Es ist doch erstaunlich, dass die Bundesregierung im eigenen Land keine sachgerechte Umsetzung hinkriegt; denn der Bundeskanzler fordert wiederum in regelmäßigen Abständen eine neue Biotechnologieoffensive für Deutschland.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber nicht auf dem Acker!)

Er schließt übrigens die grüne Gentechnik dort ausdrücklich mit ein. Deshalb muss ich sagen, Herr Kollege Kretschmann: Das ist schon verwunderlich. Warum Gerhard Schröder das tut, scheint mir auch offensichtlich zu sein: Er sieht nämlich, dass Deutschland in diesem Fall langsam die Felle davonschwimmen. Das ist traurig, aber es ist wahr.

(Abg. Walter GRÜNE: Oh Jesses!)

Meine Damen und Herren, Frau Künast hat in der Vergangenheit einen bekannten Trick angewendet. Sie hat die nicht zustimmungspflichtigen Teile – in Anführungszeichen – bereits mit Mehrheit im Bundestag verabschieden lassen, und der zustimmungspflichtige Teil sollte jetzt beraten werden. Ich sage dazu ganz offen: Mit uns wird das nicht funktionieren, wenn wir nicht auch im ersten Teil einige Änderungen erreichen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt fangen Sie an zu blockieren!)

Dazu will ich einfach noch ein paar Dinge sagen.

Uns geht es beim Gentechnikgesetz um Folgendes – das ist ein Grundprinzip christlich-demokratischer Politik –: Die Verbraucher und die Landwirte sollen selbst entscheiden können, ob sie gentechnisch veränderte Lebensmittel kaufen bzw. anbauen wollen. Meine Damen und Herren, es geht um mehr Freiheit für die Produzenten und um mehr Freiheit für die Verbraucher. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD – Abg. Walter GRÜNE: Aber die Freiheit hat ja nur noch ein Teil!)

Dazu brauchen wir ordentliche Handlungsrahmen. Die Europäische Union bietet jetzt sukzessive – ab 2013 dann komplett – ein möglichst freies Unternehmertum und freie Entscheidungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft an. Aber bei allem, was vonseiten der Europäischen Union kommt, haben Sie vor, den Handlungsrahmen stetig enger zu ziehen. Meine Damen und Herren, wir müssen die Verbraucher schützen, aber wir müssen ihnen auch die Freiheit lassen,

(Abg. Walter GRÜNE: Wie denn?)

zu entscheiden, was sie essen, und den Produzenten die Freiheit lassen, zu entscheiden, was sie produzieren. Der Markt wird das in diesem Fall mit Sicherheit richten.

(Minister Hawk)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Meine Damen und Herren, zur Freiheit gehört, dass man die entsprechenden Kennzeichnungen hat. Alles, was gentechnisch verändert ist, muss – da bin ich völlig einer Meinung mit Ihnen – gekennzeichnet werden. Wir haben deshalb im Land bereits frühzeitig, nämlich 1995, ein Labor in Freiburg zur Untersuchung von Lebensmitteln auf gentechnische Veränderungen eingerichtet. Seitdem werden auch regelmäßig in enger Abstimmung mit den Einrichtungen des Bundes einheimische Produkte ebenso wie Importwaren untersucht.

Ebenfalls frühzeitig wurde eine zweite Untersuchungsstelle an der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt eingerichtet, um Saatgut und Futtermittel überprüfen zu können. Das ist – dazu komme ich noch – ein wenig der Schwachpunkt, der noch zu klären ist. Der Richtlinie der Europäischen Union zufolge müssen alle Lebensmittel und Futtermittel gekennzeichnet werden, die einen GVO-Anteil von über 0,9 % der einzelnen Zutaten des Lebens- oder Futtermittels aufweisen. Sind die Anteile nicht zufällig oder sind sie technisch vermeidbar, tritt eine Kennzeichnungspflicht auch bereits bei geringerem Anteil als 0,9 % ein. Diese Ausweitung der Deklarationspflichten stellt neue Anforderungen an die amtlichen Kontrollen und erfordert einen deutlich erhöhten finanziellen – das muss man dazu sagen – und personellen Aufwand bei der Überwachung. Die entsprechenden Untersuchungskapazitäten haben wir geschaffen.

Im Jahr 2004 wurden in Freiburg 382 Lebensmittelproben untersucht. Bei 80 Proben – das entspricht 21 % – waren Bestandteile aus gentechnisch veränderten Pflanzen nachweisbar. Bei den schwerpunktmäßig untersuchten Proben mit Mais und Soja waren 25 % positiv, wobei es sich allerdings ausschließlich um Spurenverunreinigungen von unter 0,1 % handelte.

Dem Saatgut – und hierum geht es eigentlich – als möglichem Pfad für unerwünschte Einträge von gentechnisch veränderten Bestandteilen kommt eine Schlüsselrolle zu. Jährlich werden im Rahmen eines GVO-Saatgut-Monitorings 30 bis 40 Saatgutpartien untersucht. Leider hat die EU-Kommission die Kennzeichnungsschwellenwerte für Saatgut noch nicht festgelegt; verhandelt werden im Augenblick 0,3 %. Einen Schwellenwert von 0,2 %, 0,1 % oder gar noch niedriger festzulegen macht gar keinen Sinn, weil entsprechende Proben statistisch gar nicht mehr abzusichern wären.

Ich stelle daher fest: Mit den Kontrollen von Lebensmitteln, Futtermitteln und Saatgut leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der korrekten Kennzeichnung und damit zur Wahlfreiheit der Verbraucher und der Landwirte.

Nun zum nächsten Thema, Herr Kollege Walter und Frau Kollegin Kipfer, nämlich zum Thema „Gentechnik in HQZ-Produkten“. Was das Qualitätszeichen Baden-Württemberg angeht, gilt eindeutig eines:

*Von der Zeichennutzung sind solche Produkte ausgeschlossen, die nach der Verordnung der Europäischen*

*Union ... sowie anderen Kennzeichnungsvorschriften der Europäischen Union ... in Bezug auf die Gentechnik zu kennzeichnen sind.*

So steht es in der Kennzeichnungsvorschrift. Die EU-Verordnungen – und jetzt muss man genau hinhören – decken nur die Lebensmittel und Futtermittel ab, die aus einem GVO, nicht jedoch solche, die mit einem GVO hergestellt sind.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Eben!)

Damit schließt die Verwendung von GVO-haltigen Futtermitteln eine Kennzeichnung von tierischen Erzeugnissen mit dem Qualitätszeichen Baden-Württemberg auch nicht aus.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, das ist ja aber auch logisch, weil man im Fleisch vom Rind nicht nachweisen kann,

(Abg. Walter GRÜNE: Trotzdem könnte man gentechnisch manipulierte Futtermittel ausschließen!)

ob das Rind pflanzliche Nahrung aufgenommen hat, die unter Umständen gentechnisch verändert war. Das ist schlichtweg nicht nachweisbar.

Nun könnte man natürlich – aber auf dem Weg sind Sie ja schon – zu einem totalen Überwachungsstaat kommen.

(Oh-Rufe von der SPD – Widerspruch des Abg. Walter GRÜNE)

– Ja, natürlich. Das wäre die Alternative, indem wir ständig unangemeldete Kontrollen auf den Höfen durchführen müssten, um herauszufinden, ob irgendwo Futtermittel gelagert werden, die gentechnisch „verunreinigt“ – oder wie man auch immer das bezeichnen will – sind und verfüttert werden. Aber, meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Freiheit und nicht weniger Freiheit, und deshalb wende ich mich grundsätzlich dagegen, dass wir zusätzliche Kontrollen durchführen. Herr Kollege Walter, Sie sind ja mit den Feldspionen schon auf gutem Weg; das muss man ja einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Es wird immer peinlicher, was Sie sagen!)

Das ist einer der Punkte, die sofort abgeschafft gehören, wenn die Bundesregierung im Herbst wechseln sollte. Wir wollen mehr und nicht weniger Freiheit, und wir wollen Kontrollen da, wo sie sinnvoll sind. Deshalb macht das, mit Verlaub, dort keinen Sinn. Und wenn jemand das doch haben will, Frau Kollegin Kipfer, dann habe ich überhaupt nichts dagegen, sofern der Markt es erfordert,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Dann probieren Sie es doch mal!)

dass man sich über freiwillige Zusammenschlüsse –

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)



(Minister Hauk)

nehmen wir einmal Ökobauern, Biobauern etc. – selber dazu verpflichtet und Selbstverpflichtungen eingeht. Das ist doch vollkommen in Ordnung. Es herrscht der Markt; und wenn der Markt es verlangt, werden Sie auch die Produkte bekommen, von denen Sie jetzt klagen, dass sie nicht zu erhalten seien.

Meine Damen und Herren, zum Thema Koexistenz: Das am 4. Februar 2005 in Kraft getretene Gentechnikgesetz des Bundes soll die Möglichkeit gewährleisten, dass Produkte konventionell, ökologisch oder unter Einsatz gentechnisch veränderter Organismen erzeugt und in den Verkehr gebracht werden können. Das ist die Koexistenz.

Hier wird das rot-grüne Gentechnikgesetz aber seinem eigenen Anspruch und dem Anspruch der EU nicht gerecht. Sie, Herr Kollege Walter, sprachen vorhin sogar von einer Lebenslüge.

(Abg. Walter GRÜNE: Jawohl! Gut verstanden!)

Die Lebenslüge müssen Sie sich gemeinsam mit Frau Künast schon selber ansehen. Mitwirkung in Brüssel, Umsetzung in Berlin: Dort steht Koexistenz, und Sie sprechen davon, das sei schlichtweg nicht machbar.

(Abg. Walter GRÜNE: Genau!)

Meine Damen und Herren, einer der wesentlichen Ausschlusspunkte, weshalb nicht einmal größere Versuche laufen, ist die Haftungsregelung. Diese verhindert regelrecht die Koexistenz.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist auch der Sinn der Sache!)

Die Übertragung von gentechnisch veränderten Bestandteilen auf ein Nachbargrundstück stellt nach diesem Gesetz eine wesentliche Beeinträchtigung dar,

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

wenn der konventionell oder ökologisch wirtschaftende Nachbar deswegen seine Erzeugnisse nicht oder nur gekennzeichnet in den Verkehr bringen kann.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Walter GRÜNE: Hervorragender Gesetzestext!)

Der GVO-Anbauer haftet auch dann, wenn kein Verschulden vorliegt. Kommen mehrere Nachbarn als Verursacher in Betracht, so gilt gesamtschuldnerische Haftung. Das haben Sie in Berlin angerichtet.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Ich frage Sie: Welcher Landwirt kann denn von der von uns gewollten und der von Ihnen zumindest propagierten Wahlfreiheit überhaupt noch Gebrauch machen, wenn alle Haftungsrisiken bei ihm liegen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz offen: Kehren Sie zurück in die Monarchie. Das BGB war eine der

besten Errungenschaften der deutschen Monarchie, des deutschen Kaiserreichs. Die Schadenersatzregeln, die dort festgelegt sind, wären auch die richtigen, die hier Anwendung finden müssten, aber keine Regelrechte und keine Umkehrung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das hat doch nichts mit dem Kaiserreich zu tun! Wollen Sie wieder einen Kaiser? – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk:** Gerne, Frau Kollegin Kipfer.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Minister, damit gestehen Sie aber ein, dass eine Vermischungsmöglichkeit zwischen nebeneinander liegenden Feldern immer gegeben ist – immer!

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk:** Frau Kollegin Kipfer, wer in der Welt will denn überhaupt bei irgendeinem Thema irgendetwas ausschließen? Natürlich schließe ich zunächst einmal gar nicht aus.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Also gibt es keine Wahl zwischen öko und konventionell?)

Das Unheil ist doch Folgendes: Sie wollen ja nicht einmal Prüfungsversuche der staatlichen Anstalten zulassen, damit wir überhaupt prüfen können, wie sich entsprechende Anbauten auswirken. Das ist doch das Fatale.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das stimmt überhaupt nicht! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das stimmt doch gar nicht! Das ist kalter Kaffee, Herr Minister! – Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch Kappes!)

– Natürlich, so ist es doch. Sie verhindern mit dem bürokratischen Aufwand, der dort betrieben werden muss, die Prüfung, welche Auswirkungen gentechnisch veränderte Organismen haben könnten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ist ja gar nicht wahr!)

Zur Frage der Wahrscheinlichkeit hat Herr Kollege Kiefel vorhin zu Recht das eine oder andere gesagt. Kartoffeln können Sie nebeneinander anbauen; da passiert gar nichts. Beim Raps – das ist die problematischste Kulturart in diesem Bereich – ist es in der Tat schwierig; das sage ich ganz offen.

(Abg. Walter GRÜNE: Aha!)

– Mein Gott, gegen die Gesetze der Biologie kann niemand an, meine Damen und Herren.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Gott sei Dank könnt ihr das nicht! – Abg. Walter GRÜNE: Ihr versucht es ja!)

– Herr Kollege Kretschmann, es fragt sich nur, welche Folgen daraus entstehen. Darüber will ich mich jetzt nicht nä-

(Minister Hauk)

her verbreiten, aber es ist wie bei der Züchtung auch: Bestimmte Zuchtmerkmale sind eben rezessiv veranlagt, und das bedeutet, dass sie auch wieder herausgezüchtet werden, wenn sie im Prinzip verwildern. Die Urform kehrt, wann auch immer, wieder zurück.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist aber eine sehr eigenwillige Evolutionstheorie, die Sie hier vertreten!)

Meine Damen und Herren, ich plädiere eindringlich dafür, dass der Bund einen Ausgleichsfonds einrichtet. Wenn man schon diese Regelung der Haftungsumkehr hat, dann sollte ein Ausgleichsfonds die Schäden abdecken, die Landwirten entstehen, die ohne Verwendung von GVOs wirtschaften.

(Abg. Walter GRÜNE: Und wer zahlt dann diese Haftung? Der Steuerzahler?)

– Genau. Wenn der Gesetzgeber solche unsinnigen Regelungen in sein Gesetz hineinschreibt, dann bin ich allerdings auch der Meinung, dass der Gesetzgeber dafür verantwortlich ist

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist ja Unsinn!)

und im Zweifelsfall mit öffentlichem Geld für die Folgen seiner Regelungen zu haften hat.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Beifall des Abg. Seimetz CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Verstaatlichung des Haftungsrechts!)

Es gibt eine andere Möglichkeit: Ändern Sie die Haftungsregelung. Wenn Sie es nicht tun, werden wir es ab Herbst tun. Dann haben wir das Thema gänzlich vom Tisch und brauchen auch keinen Fonds.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, je kleinstrukturierter ein Gebiet ist, desto schwieriger möglich ist die Koexistenz. Sie ist außerdem abhängig von den Kulturarten. In einem abgeschlossenen kleinstrukturierten Gebiet können freiwillige gentechnikfreie Zonen eine Möglichkeit sein, Beeinträchtigung der Nachbarfelder durch GVO-haltige Felder zu vermeiden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Im Schrebergarten!)

Herr Kollege Walter, wir unterstützen es, wenn entsprechende Anträge kommen. Derzeit gibt es außer in Nürtingen gar keine Bereiche, wo ein Praxisanbau mit gentechnisch veränderten Organismen stattfindet. Wenn Sie so wollen: Außer den Versuchen an der Fachhochschule Nürtingen ist Baden-Württemberg gentechnikfrei. Das ist der Sachverhalt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Darum geht es nicht! Es geht um die Zukunftschancen!)

Deshalb verstehe ich Ihre Aufregung gar nicht und weiß nicht, warum Sie da einen solchen Popanz aufbauen.

Meine Damen und Herren, die Wissenschaft beklagt – ich habe es vorhin kurz erwähnt –, dass die unangemessene Risikoeinschätzung zu mehr Bürokratie führt und den Trans-

fer von Ergebnissen der Grundlagenforschung zur konkreten Anwendbarkeit in der Wirtschaft erschwert. Das ist auch Teil Ihrer Strategie, Herr Kollege Kretschmann. Sie wollen erschweren und damit von vornherein verunmöglichen nach dem Motto „Es könnte ja sein, dass irgendetwas ist“.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: So ist es halt!)

Aber wenn man dann prüfen will, ob tatsächlich etwas vorkommen kann, dann erschweren Sie schon allein die Prüfung. Ihr Ansatz ist bei der Atomenergie genau der gleiche. Sie haben es in Gorleben genauso getrieben, indem Sie von vornherein verunmöglichen, dass überhaupt entsprechende Lösungen gefunden werden.

(Abg. Walter GRÜNE: Obrigheim bleibt trotzdem stillgelegt!)

Solange die Haftungsregelung des Gentechnikgesetzes gilt, insbesondere für zufällige und technisch nicht zu vermeidende Auskreuzungen, so lange wird Forschung an gentechnisch veränderten Organismen in Deutschland kaum noch möglich sein. Die Konsequenz heißt: Die Forschung wandert ab. Das haben Sie in Ihrer Regierungszeit in Berlin mit zu verantworten.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Das Land überwacht die europäischen Kennzeichnungsvorschriften und stellt damit die von Brüssel und von uns ausdrücklich mit eingeforderte Wahlfreiheit sicher.

Zweitens: Das Gentechnikgesetz muss insbesondere durch eine ausgewogene Haftungsregelung so verändert werden, dass eine echte Koexistenz zwischen gentechnikfreier Landwirtschaft und dem Anbau gentechnisch veränderter Organismen möglich ist. Das richtet sich dann in der Tat auch nach der Kulturart. Da muss man sicherlich differenzieren.

Und zum Dritten: Die Rahmenbedingungen für die Forschung sind so zu gestalten, dass die Biotechnologie, auch die grüne Biotechnologie, in Deutschland eine Zukunft hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hauk, Ihre Einstiegsrede als Landwirtschaftsminister hat mich doch ziemlich enttäuscht. Es war die Rede eines Technokraten und nicht die eines Visionärs. Was ich erwartet hätte, war, dass Sie sich zumindest einmal die Fragen stellen: Wohin soll die Reise mit unserer Landwirtschaft gehen? Welche Zukunft hat sie? Wie wollen wir die Strukturen, die wir nun einmal haben und die auch Sie nicht beseitigen können, nach Möglichkeit nutzen?

Ich habe vorhin ein paar Beispiele genannt. Man kann natürlich in einer so kurzen Rede nicht alles skizzieren. Aber ich möchte nochmals wiederholen: Wir müssen uns aufgrund unserer Strukturen von der anonymen Massenware unterscheiden. Wenn der Eindruck entsteht, dass in Baden-

(Walter)

Württemberg Gentechnik so benutzt wird wie in Kanada oder sonst irgendwo, dann unterscheiden wir uns nicht mehr. Der Kollege Kiefl hat zu Recht darauf hingewiesen: Man muss dann auch mehr Geld dafür bekommen. Aber wenn ich als Verbraucher denke, im Supermarkt ist die Ware aus Baden-Württemberg genauso verunreinigt wie die aus Kanada, aus Brasilien oder sonst woher, warum soll ich dann für baden-württembergische Waren mehr bezahlen?

Ich kann nur nochmals an Sie appellieren: Gehen Sie endlich von diesem Weg ab, der offensichtlich auch vom Staatsministerium über viele Jahre eingeschlagen wurde, von Ihrem Abteilungsleiter oder von sonst wem. Sie und der neue Ministerpräsident haben die Chance, jetzt endlich das zu tun, was die Bevölkerung und die Landwirte mehrheitlich wollen, nämlich ein gentechnikfreies Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE und bei der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir tun das, was wir für richtig halten!)

Sie sprechen von der Entscheidungsfreiheit. Vor kurzem kam in der Zeitschrift „Öko-Test“ ein Test von Waren aus Kanada. Dort haben die Verbraucherinnen und Verbraucher keine Freiheit mehr, weil die gesamte Produktpalette verunreinigt ist.

(Abg. Kiefl CDU: Weil die in Kanada ein falsches Gesetz haben!)

Wenn das der Weg ist, den Sie gehen wollen, dann sagen Sie das ehrlich. Wir wollen einen anderen Weg gehen. Die Freiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und auch der Landwirte heißt: Es muss noch möglich sein, konventionellen und ökologischen Landbau in diesem Land zu betreiben.

Die Abstände, die Sie, Herr Kollege Kiefl, genannt haben, sind doch völlig absurd. 80 Meter! Sie wissen doch genau, was bei der Auskreuzung beispielsweise beim Raps passiert. Sie wissen genau, welche weiten Wege Bienen zum Teil zurücklegen. Es ist doch völlig absurd, hier von 80 oder sonst ein paar Metern zu reden. Dieser Weg ist ein Irrweg. Sie kommen nicht daran vorbei, dies endlich einmal einzuräumen.

Jetzt sagt Herr Kollege Hauk, die Grünen verhinderten die Biotechnologie.

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

Es waren doch unter anderem Sie, die im Bundesrat Gesetze verhindert haben, mit denen beispielsweise die weiße Gentechnologie massiv vorangetrieben worden wäre. Die weiße Gentechnologie – das ist der große Unterschied zur Agro-Gentechnologie; ich will das nicht grüne Gentechnologie nennen, weil wir mit diesen Dingen nichts zu tun haben – unterscheidet sich beispielsweise von der Agro-Gentechnologie dadurch, dass die weiße Gentechnologie im Labor stattfindet. Dort gibt es nicht die Möglichkeit einer Auskreuzung oder sonst irgendetwas Derartiges. Die Gefährlichkeit dieser Risikotechnologie sieht man auch daran: Selbst Verstrahlung nimmt irgendwann einmal ab; aber wenn Sie eine Auskreuzung haben, dann gilt: Je mehr dieser

gentechnisch veränderten Organismen Sie in der Landschaft haben, umso mehr werden sie sich vermehren.

(Minister Hauk: Aber in der Regel sind sie rezessiv!)

Das werden Sie nicht zu verhindern wissen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zum Arbeitsplatzargument sagen. Herr Kollege Hauk, Arbeitsplätze werden in der bäuerlichen Landwirtschaft wesentlich mehr geschaffen als in einer von der Gentechnik dominierten Landwirtschaft.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

– Herr Kollege Kiefl, wenn Sie das Argument bringen, mit Gentechnik würden Arbeitsplätze geschaffen, ist das genau eines der Heilsversprechen, die ich vorhin angesprochen habe. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Sie haben vorhin gesagt, es habe eine einseitige Förderung von Bio gegeben. Ich kann nur sagen: Die Zuwächse, die es hier im Handel gibt, sind immens, und der Fehler, den wir in Baden-Württemberg begehen, ist, dass wir uns offensichtlich nicht, zumindest nicht im Landwirtschaftsministerium, die Frage stellen, wie groß das Stück des Kuchens ist, das es da zu verteilen gibt und das wir uns in Baden-Württemberg abschneiden können. Da müssen Sie einmal die Frage beantworten, wie es mit dem MEKA weitergeht. Gibt es zukünftig eine bessere Förderung des Ökoanbaus?

(Minister Hauk: Wir haben die beste überhaupt im Bundesgebiet!)

– Ja, und was ist mit den Neuanträgen? Es passiert doch gerade gar nichts mehr, Herr Kollege Hauk.

(Minister Hauk: Bei allen!)

– Ja, bei allen. Sie verzögern hier. Sie müssen endlich einmal das MEKA erstens wieder so aufstellen, dass es überhaupt Neuanträge gibt, und zweitens müssen Sie Mitnahmeeffekte vermeiden.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Ja, der Reihenabstand, Frau Kollegin.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich rede vom MEKA!)

7,5 Millionen € im Jahr könnten wir doch besser für die Förderung des ökologischen Landbaus gebrauchen.

Meine Damen und Herren, die Chancen – ich will es noch einmal zusammenfassen – nehmen wir dann wahr, wenn wir unserer Landwirtschaft ein positives Image geben. Da schätze ich Ihren Einsatz, Frau Gurr-Hirsch, für regionale Küche sehr. Wenn Sie aber gleichzeitig auf den Bauerntagen wieder die Sprüche von Monsanto verbreiten, konterkarieren Sie Ihre eigene Arbeit. Wir müssen, um die Chancen wahrzunehmen, meine Damen und Herren, strikt darauf dringen, dass wir umweltfreundlich erzeugte, hochwertige Lebensmittel haben, die sich von der anonymen Massenware im Supermarkt unterscheiden.

(Walter)

(Abg. Scheuermann CDU: Die müssen auch gekauft werden!)

– Ja, die müssen gekauft werden. Dafür muss man auch ein Bewusstsein schaffen. Da reicht es beispielsweise nicht, wenn das MLR eine HQZ-Schnupperwoche macht. Dann muss es das eben das ganze Jahr geben. Oder dann darf es unten in unserer Landtagsgaststätte nur noch regionale Produkte geben.

(Lachen des Abg. Mappus CDU)

– Es soll auch gesund sein und gewichtstechnisch, Herr Kollege Mappus, vorteilhaft.

(Heiterkeit)

Sie sind ja gerade dabei. Ich nehme an, dass es badische Erzeugnisse sind, beispielsweise Spargel, die Ihnen dabei helfen.

(Abg. Seimetz CDU: An Magersucht leidet Herr Walter nicht!)

Frau Kollegin, hören Sie bei der Bewusstseins-schärfung, beispielsweise im Biolab, damit auf, bei den Schülerinnen und Schülern einseitig für die Gentechnik zu werben. Werben Sie für regionale Produkte! Tun Sie etwas dafür, dass in den öffentlichen Kantinen mehr regionale Produkte zum Einsatz kommen! Tun Sie etwas dafür – Sie haben es vor kurzem in Konstanz verkündet –, dass in den Ganztags-schulen regionale Produkte verwendet werden! Das ist Ihre Aufgabe, aber nicht hier eine Technologie voranzutreiben, deren Produkte weder von den Menschen, die sie kaufen sollen, noch von den Menschen, die sie erzeugen wollen, ge-wollt werden.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die grüne Gentechnik ist eine Risikotechnologie – das wird nicht bestritten –, eine Technologie ohne die Möglichkeit von Rückrufaktionen. Sie hat drei Risiken: zum Ersten das toxische Risiko für Menschen und zum Zweiten das Risiko für die Biologie, nämlich durch die Möglichkeit der Auskreuzung und Vermischung. Unumstritten ist der horizontale Gentransfer. Transferaktivitäten von Bakterien unterschiedlicher Arten sind möglich, wenn auch selten. Die Vergiftungen von Schad- und Nutzinsekten sind nicht selektiv, auch die Herbizidresistenz ist nicht selektiv. Zum Dritten besteht ein wirtschaftliches Risiko für die Landwirtschaft, und zwar durch die Vermischung und durch die Abhängigkeit von den Saatgutmonopolen. Die Landwirte werden von ganz wenigen Saatgutmonopolen abhängig – von so wenigen, dass sie selbst ein altgedienter Schreiner mit den Fingern einer Hand aufzählen kann.

(Heiterkeit der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Walter GRÜNE – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Mit wie vielen Fingern? Das ist gut!)

Gegenüber der Vielfalt der Saatgut- und Pflanzenzüchter, die es heute noch gibt, ist das ein wesentliches Merkmal.

Somit sind der Anbau und dessen Folgen von hohem gesellschaftlichen Interesse, und die Politik der Landesregierung darf nicht einfach zusehen. Sie tut das ja auch nicht. Im Gegenteil, sie treibt die Landwirtschaft förmlich in die grüne Gentechnik. Was macht sie? Zum Beispiel beschimpft der Staatsrat für Lebens- und Gesundheitsschutz, Professor Beyreuther,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Guter Mann! Sehr guter Mann!)

diejenigen, die GVOs ablehnen, und bezeichnet sie sinngemäß als Fortschrittsverhinderer. Dies habe ich einem Zitat entnommen. Der vormalige Ministerpräsident sagte vor wenigen Wochen in einer BLHV-Versammlung – ich zitiere –:

*Gentechnik ist die Chance einer Schlüsseltechnologie, die genutzt werden muss.*

Der jetzige Ministerpräsident Oettinger sprach vor seiner Amtseinführung mehrfach davon, die Chancen der Gentechnik dürften nicht verpasst werden,

(Abg. Kiefl CDU: Richtig!)

und die Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium trommelt für gesunde Ernährung und wirbt gleichzeitig für Gentechnik.

(Abg. Kiefl CDU: Kein Widerspruch!)

Das Erstere, Frau Staatssekretärin, ist löblich, beides zusammen ist schizophren.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU schüttelt den Kopf. – Abg. Kiefl CDU: Das ist kein Widerspruch!)

Ihr Vorgänger im Amt, Herr Minister Hauk, warb einerseits bei den Landwirten für die Gentechnik – „eh nicht aufzuhalten“, wie er sagte – und sagte vor wenigen Wochen – ich zitiere –:

*Wir können sie*

– gemeint sind die GVOs –

*nicht gegen die Menschen durchsetzen, wenn diese sie nicht wollen.*

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Etwas anderes habe auch ich nicht gesagt!)

Richtig! Willkommen im Boot! Die Landesregierung lässt die Landwirte in dieser kritischen Lage eigentlich allein. Vor Landwirten von großen Chancen zu faseln, aber die Risiken zu verschweigen und die Verbraucher zu ignorieren,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Habe ich nicht gemacht!)

das alles ist für diejenigen, die keine GVOs wollen, eine Katastrophe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Alfred Winkler)

Ich möchte einen Vorfall ansprechen, der nur durch Zufall entdeckt wurde. Dieser Vorfall wurde durch die Sicherheitskontrollen der pompösen EU-Kontrollinstanzen nicht entdeckt, zunächst auch nicht durch die Sicherheitskontrollen der Hersteller. Die Maissorte Bt10 der Syngenta in Amerika wurde weltweit als Saatgut geliefert. Das war eine nicht zugelassene Maissorte mit einem Antibiotikaresistenzgen, einem Eiweiß, das beim Menschen Antibiotikaresistenzen hervorruft.

(Abg. Kiefl CDU: Wir haben es gewusst!)

Diese Maissorte wurde zwei, drei Jahre lang in die ganze Welt geliefert. Das hat niemand gemerkt, zunächst nicht einmal die Firma selber. So viel zu den Kontrollinstanzen und zur Sicherheit. Das Größte dabei war, dass die Syngenta, nachdem das nach drei Jahren per Zufall entdeckt wurde, zwar die amerikanischen Behörden informiert hat, nicht aber die europäischen. So weit sind wir.

Jetzt zu dem Punkt, auf den es ankommt:

Wäre dieser Mais im normalen Anbau statt im Forschungsanbau vorhanden gewesen und wäre er als Grundnahrungsmittel in unserer Region angebaut worden, dann, meine Damen und Herren der Regierung, gute Nacht für die Landwirtschaft als Erzeuger eines Maises, der nicht zugelassen war und gesundheitsschädlich verbreitet worden wäre. Dann hätten wir den x-ten Lebensmittelskandal samt seinen Auswirkungen.

Meine Damen und Herren, viele gesellschaftliche Gruppierungen schließen Aktionsbündnisse gegen den GVO-Anbau. Ich beginne bei der Jungen Union in Südbaden. Die Kirchen haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Der Beauftragte der Evangelischen Landeskirche hat gesagt, die grüne Gentechnik passe nicht in die kleingliedrige Landwirtschaft Baden-Württembergs. Verbraucherorganisationen, Landfrauen- und Landjugendverbände haben sich ebenfalls mit diesem Thema befasst. Die CDU selber hat dazu – intern, nicht öffentlich – einen Fachkongress durchgeführt

(Abg. Dr. Birk CDU: Öffentlich! Der war öffentlich! Sie hätten sich anmelden können!)

und ist in sich völlig gespalten.

(Abg. Walter GRÜNE: Der war öffentlich, aber gespalten waren sie auch! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie hätten sich anmelden können!)

Es gibt innerhalb der CDU keine offene Diskussion. Landauf, landab werden von Bürgern und von Bürgermeistern Aktionsbündnisse gegen Gentechnik gebildet.

(Abg. Fleischer CDU: Das Thema ist so differenziert behandelt worden, wie es sich gehört!)

Bei uns in der Region wurden mit Schweizer Bürgermeistern grenzüberschreitend Aktionsbündnisse geschlossen.

Am 17. Mai gab es in Brüssel eine Konferenz mit 162 europäischen Regionen zum Thema Gentechnik. Sie gaben folgende Erklärung heraus: Sie wollen Qualitätsprodukte statt gentechnisch veränderte Lebensmittel herstellen. Sie ver-

langen gemäß dem Verursacherprinzip europäische Haftungsregeln gegen Umweltschäden, Erlösausfälle und Rückrufkosten. Sie fordern das Recht, über ihre landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie selbst zu entscheiden, und sie wollen die regionalen genetischen Ressourcen schützen. Das machen 162 Regionen in Europa – und Baden-Württemberg ist nicht dabei.

(Zuruf von den Grünen)

Meine Damen und Herren, der Slogan „Schmeck den Süden“ könnte eine neue Note bekommen. „Schmeck den Süden“ könnte sich in „Schmeck den Süd-Gen“ ändern.

(Abg. Mappus CDU: Was ist das für ein Deutsch? Das Gen, nicht der Gen!)

– Das Gen. – Wenn Baden-Württemberg zum Gentechnik-Land wird, können wir das HQZ – in Baden-Württemberg mit riesigem Aufwand als Label eingeführt – höchstens noch für Katzenfutter verwenden.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Dann haben Sie gentechnisch veränderte Katzen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Wenigstens meine Katze kriegt gentechnikfreie Nahrung! – Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: Was haben Sie gegen Katzen?)

– Sie dürfen sich wieder beruhigen.

Welche wirtschaftlichen Risiken liegen in der Verarbeitung von durch Gentechnik veränderten Lebensmitteln? Die deutsche Margarineindustrie weigert sich, für Margarine Soja zu verwenden, wie sie es bisher tat, weil sie nicht garantieren kann, dass sie GVO-freies Soja auf dem Markt erhält. Dieses Risiko will sie nicht eingehen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Gut! – Abg. Walter GRÜNE: Wer isst schon Margarine?)

Der hier gebrauchte Begriff der Koexistenz ist eine grandiose Volksverdummung. Ich denke, dass das bei Soja überhaupt nicht stimmt, weil auf den Äckern die Vermischung nicht aufgehalten werden kann – von wegen Koexistenz. Der Begriff Panaschieren wird in der Zukunft nicht mehr dem Kommunalrecht vorbehalten bleiben, sondern eine neue Dimension bekommen. Kein noch so abgebrannter Zucker würde trotz Gewinnmargen von 7 bis 8 % in der Gentechnik ein solches Risiko eingehen. Doch wir in Baden-Württemberg wären dazu bereit und schubsen die Landwirte sogar offiziell in dieses Problem.

Die Fortschrittsmedaille hat drei Seiten: Die erste, die Kopfseite sind die Gefahren: Toxizität, Kanzerogenität, allergene Risiken; die zweite Seite sind die wirtschaftlichen Vorteile, die nicht bei den Landwirten, sondern bei den Konzernen liegen; ganz am Rand der Medaille steht, klein geschrieben, die Inschrift: Risiken und Nebenwirkungen spüren Sie erst in einigen Jahren.

Meine Damen und Herren, wir machen uns Sorgen um die Landwirte, um ihre Familien, um die Natur und um die Verbraucher. Wir machen uns keine Sorgen um die drei, vier oder fünf Agrokonzerne; die wissen sich zu helfen.

(Alfred Winkler)

Die Forschung ist nicht gefährdet. Wir wollen den Krieg auf den Äckern – wie etwa in Kanada – verhindern. Die Messlatte für grüne Gentechnik ist hoch, die Haftung ebenso, und das ist richtig so.

Wir fordern Sie, meine Damen und Herren von der CDU, auf, sich diese unsere Sorgen zu Eigen zu machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

(Abg. Walter GRÜNE: Ausschussüberweisung!)

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/3328 ist ein Berichtsantrag. Er ist durch die Diskussion wohl erledigt. Wollen Sie Abstimmung über Abschnitt II?

(Abg. Walter GRÜNE: Nein, alle Anträge bitte an den Ausschuss überweisen! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was?)

Es ist beantragt, alle Anträge an den Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu. Damit sind die Anträge zur weiteren Beratung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft überwiesen.

Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – Stellenabbauprogramm im Justizbereich – Drucksache 13/2603**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Kosten im Rahmen der Verwaltungsreform – Drucksache 13/3164**

**c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Veränderung der Aufgaben der Landratsämter nach Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes – Drucksache 13/3267**

**d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Ablehnung der Übernahme von Beschäftigten der Vermessungsverwaltung durch verschiedene Landkreise im Rahmen der Verwaltungsreform – Drucksache 13/4206**

**e) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Veränderung der Revier- und Postenstruktur bei der Polizei in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2938**

**f) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform – Drucksache 13/4233**

**g) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Änderungsbedarf im Rahmen der Verwaltungsreform bei der Flurneuordnung – Drucksache 13/4129**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung sämtlicher Anträge der Fraktion der SPD insgesamt zehn Minuten, für die Begründung des Antrags der Fraktion GRÜNE fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

**Abg. Gall SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anträge, die wir heute zusammengefasst unter Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln haben, sind, auch wenn der eine oder andere noch aus dem Jahr 2004 stammt,

(Abg. Heinz CDU: 2003!)

aktueller denn je. Das öffentliche Interesse – nicht nur das der Beschäftigten – an den Auswirkungen und vor allem auch an den Unzulänglichkeiten Ihrer Verwaltungsreform nimmt zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Scheuermann CDU)

Deshalb wollen wir es Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, nicht ersparen, daran erinnert zu werden,

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

dass Sie Ihre Hand erhoben und damit Ihre Zustimmung zu einer Verwaltungsreform gegeben haben,

(Unruhe)

die die allermeisten von Ihnen in Wirklichkeit selbst nicht gewollt hatten, sich aber dem Druck des damaligen Ministerpräsidenten gebeugt haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Mit der Faust in der Tasche! – Abg. Blenke CDU: Sie brauchen uns nicht daran zu erinnern! Das wissen wir selbst noch! Wann wurde Ihnen diese Rede geschrieben?)

Meine Damen und Herren, Sie sollten sich Ihre künstliche Aufregung weiß Gott ersparen. Denn damals hat man Ihnen angesehen, dass Sie gar nicht hinter der Verwaltungsreform gestanden sind.

(Abg. Fleischer CDU: Wer brüllt, hat Unrecht!)

Der eine oder andere von Ihnen hat dies in Gesprächen sogar zugegeben.

(Abg. Fleischer CDU: Wer brüllt, hat Unrecht! Seien Sie ein bisschen leiser! Sie stören!)

Im Übrigen bin ich mir auch sicher, dass der Abgang des damaligen Innenministers Dr. Schäuble

(Abg. Hofer FDP/DVP: Er ist die Gelassenheit selbst! – Abg. Fleischer CDU: Seien Sie gelassener!)

(Gall)

auch mit der Verwaltungsreform zu tun hatte. Denn ihm hat man angesehen, wie er darunter gelitten hat, diese Verwaltungsreform durchsetzen zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Den müssen wir allerdings jetzt nicht bedauern; denn Sie haben ja dafür gesorgt, dass er ausreichend Schmerzensgeld erhält.

Hätten Sie, meine Damen und Herren, schon damals und nicht erst einige Monate später Ihrem Ministerpräsidenten die Gefolgschaft verweigert,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

dann hätten Sie diesem Land einiges erspart; denn dann wäre diese Reform bis heute nicht auf den Weg gekommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: So ist es! Gut! – Abg. Schneider CDU: Ortsvorsteher! – Gegenrufe von der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Landrat, tut es weh?)

Meine Damen und Herren, bereits ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der Verwaltungsreform kann man Bilanz ziehen. Um es einmal vorsichtig auszudrücken: Sie fällt mehr als ernüchternd aus. Nahezu alle Befürchtungen, die von unserer Fraktion und auch von vielen Experten vorgebracht wurden, sind eingetreten. Leider, muss ich sagen, sind sie eingetreten; denn wir hätten es uns eigentlich nicht gewünscht.

(Lachen des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Konkret, bitte!)

Der auf den Weg gebrachte Verschiebebahnhof hat eben nicht, wie immer wieder und auch heute noch, zumindest von Ihnen, behauptet, mehr Effizienz, sondern weniger Effizienz gebracht.

(Abg. Blenke CDU: Butter bei die Fische!)

Es gibt mehr Bürokratie anstatt weniger Bürokratie. All dies geschieht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch zulasten der Beschäftigten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen aus einer E-Mail vorlesen, die ich heute Morgen von einem ehemaligen Revierförster, der jetzt in der Kreisbehörde irgendwelche Akten sortiert, erhalten habe.

(Abg. Schneider CDU: Aber bitte mit Namen!)

Ich lasse das ganze Lob in Richtung SPD weg, damit wir uns intensiv mit der Verwaltungsreform und ihren Problemen beschäftigen.

(Abg. Schneider CDU: Bitte mit Namen!)

– Das werde ich Ihnen gerade sagen, Herr Schneider! Wie Sie mit Namen umgehen, weiß ich.

„Von Effizienz“ – heißt es da – „keine Spur, im Gegenteil ...“

(Beifall des Abg. Stickelberger SPD – Abg. Schneider CDU: Quatsch! – Abg. Capezzuto SPD: Unverschämt, was der Herr Landrat veranstaltet! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. Sonst können die Ausführungen des Redners nicht verstanden werden.

(Abg. Fleischer CDU: Der soll nicht immer so brüllen! Der brüllt wie ein Stier! Das ist ungesund!)

– Herr Kollege Fleischer, Sie bzw. Ihre Fraktion haben ja nachher auch das Wort. Dann können Sie alles widerlegen, was Ihnen nicht richtig erscheint.

(Abg. Fleischer CDU: Der soll nicht so brüllen! – Abg. Dr. Caroli SPD: Der Fleischer weint ja gleich! – Abg. Capezzuto SPD: Die Wahrheit tut halt weh!)

Herr Gall, bitte fahren Sie fort.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das geht doch nicht gut! – Abg. Fleischer CDU: Herr Gall, denken Sie an Ihre Stimmbänder!)

**Abg. Gall SPD:** Danke sehr. – Herr Fleischer, seien Sie doch einmal ruhig. Dann brauche ich nicht zu brüllen.

*Von Effizienz*

– steht da –

*keine Spur, im Gegenteil: Viel Doppelarbeit, Abstimmungsprobleme, Fehlbuchungen. Führungskräfte, die seither mit dem Objekt Wald beschäftigt waren, ersticken nun in Bürokratie.*

(Oh-Rufe von der CDU)

So die E-Mail vom heutigen Morgen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Namen! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich werde Ihnen weitere Beispiele nennen.

Beispiel Lebensmittelkontrolle: Ich will in Erinnerung rufen, dass unser Wirtschaftskontrolldienst im Land Baden-Württemberg in seiner ehemaligen umfänglichen Struktur Vorbildcharakter für andere Bundesländer hatte. Vielfach haben Sie sich damit, auch zu Recht, gerühmt. Den Wirtschaftskontrolldienst haben Sie aber wider besseres Wissen zerschlagen. Selbst das nun zuständige MLR sprach im März dieses Jahres davon, nicht glücklich über die Entscheidung der Landesregierung zu sein, den WKD aufzulösen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Blenke: Wer hat da gesprochen?)

– Mitteilung der Pressesprecherin des MLR.

Meine Damen und Herren, da stellt sich nun die Frage: Warum hat der damalige Landwirtschaftsminister diese Befürchtungen nicht im Kabinett vorgebracht? Sollte er sie

(Gall)

vorgebracht haben, ist zu vermuten, dass man seine Einwände nicht ernst genommen hat.

Von einer Unternehmensberatungsfirma – auch dies ist bemerkenswert; da erinnere ich an die Debatte von gestern – mussten Sie sich die Nettoarbeitszeit der Beamten, die im ehemaligen WKD mit Lebensmittelkontrolle beschäftigt waren, ausrechnen lassen. Sie haben dann festgelegt, von ehemals 500 Kontrolleuren 222 Stellen den Ämtern zuzuweisen. Das sind viel zu wenig Stellen, wie heute viele sagen. Deshalb finden auch viel zu wenig Kontrollen vor Ort statt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Eine Horrorbilanz!)

Anstatt in der Bundesrepublik Spitzenreiter in der Lebensmittelkontrolle zu sein, ist Baden-Württemberg nun Schlusslicht, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU – Abg. Heinz CDU: Woher wissen Sie das überhaupt?)

Ich sage Ihnen: Dies ist Verbraucherschutz auf Sparflamme. Das ist nicht nur nicht bürgerfreundlich – mit dieser Reform wollten Sie ja mehr Bürgerfreundlichkeit erreichen –,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

es ist auch verbraucherfeindlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Die Folgen der Zerschlagung des effizienten, verbraucherdienlichen und erfolgreichen WKDs sind noch weitreichender als eben beschrieben. War es bisher üblich, dass die Beamten des WKD, die im Bereich der Lebensmittelüberwachung tätig waren, zeitgleich auch im Bereich des Umwelts, im Bereich des Gewerberechts, aber auch im Bereich der Bekämpfung der Schwarzarbeit tätig waren, so haben wir jetzt vor Ort die Situation eines Nebeneinanders, dass nämlich unterschiedlich, ineffizient, bürokratisch mit den anderen Behörden abgestimmt werden muss, wenn Kontrollen vor Ort stattfinden. Dies ist hochgradig ineffizient und bürokratisch.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Gall, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Blenke?

**Abg. Gall SPD:** Bitte sehr.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt können Sie ein bisschen ausschneifen!)

**Abg. Blenke CDU:** Ja, jetzt können Sie einmal kurz verschneifen. Das tut auch gut.

**Abg. Gall SPD:** Danke sehr.

**Abg. Blenke CDU:** Lieber Herr Kollege Gall, ist Ihnen bekannt, dass die 236 Stellen, die zur Lebensmittelüberwachung vom Polizeivollzugsdienst an die Landratsämter übertragen wurden, exakt die 236 Stellen sind, die zuvor die Aufgabe der Lebensmittelüberwachung wahrgenommen

haben, und dass die restlichen Stellen des WKD zuvor nicht Aufgaben der Lebensmittelüberwachung, sondern Aufgaben des Gewerberechts und des Umweltrechts bearbeitet haben?

**Abg. Gall SPD:** Herr Blenke, selbstverständlich ist mir klar, dass der WKD in der alten Form auch mit anderen Tätigkeiten beschäftigt war. Interessant ist aber, dass Sie sich die Stellenzahl von einer Unternehmensberatungsfirma berechnen lassen mussten. Klar ist doch: Wenn sich Kreise inzwischen beschweren, wenn bekannt wird, dass weniger Lebensmittelüberwachung stattfindet, ist doch offensichtlich, dass diese Berechnung einfach nicht stimmt.

(Abg. Scheuermann CDU: Stimmt doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, wird sich diese Situation dann noch verschärfen,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Namen!)

wenn das bisher landeseigene Personal wieder zurück zur Polizei geht und durch Landkreispersonal ersetzt werden muss.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung lehnt, übrigens auch von der Mehrheit dieses Hauses unterstützt, nicht nur eine Verstärkung der Kontrollen durch die Landesfinanzverwaltung ab – eine solche Verstärkung haben wir in diesem Haus schon mehrfach beantragt; dadurch könnten Schwarzarbeit und Lohndumping entschiedener bekämpft werden –, sondern sie behindert genau durch diese Verwaltungsstruktur auch die bisher gute Zusammenarbeit mit den Kontrollbehörden des Bundes. Auch dies ist eine schlechte Auswirkung Ihrer Reform.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Verheerende Bilanz!)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Beispiel – Sie wollten ja Beispiele hören –,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

an dem deutlich wird, wo Ihr Handeln nicht, wie vom damaligen Ministerpräsidenten immer wieder behauptet, vom Bürger her gedacht wurde – denn so verquer, wie diese Verwaltungsstrukturreform gemacht wurde, denkt der Bürger einfach gar nicht;

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr richtig!)

sie wurde vielmehr von Pensionären gemacht, die sich im Ruhestand anscheinend langweilen, und von einem Ministerpräsidenten, der sich von dieser Reform einen Befreiungsschlag erhoffte, der wiederum auch nicht gelungen ist –, ist die Straßenbauverwaltung.

(Abg. Schneider CDU: Oh!)

Sie wurde in der Vergangenheit ebenfalls mehrfach umstrukturiert. Sie war inzwischen gut aufgestellt und arbeitete effizient. Nun heißt es ebenfalls: zurück in die Kleinräumig-



(Gall)

keit, zurück zum Kompetenz- und zurück zum Aufgabewirrwarr. Auch hier haben wir – genau wie andere, wohl-gemerkt – nachdrücklich zum Beispiel vor der Trennung in Unterhalts- und in Erhaltungsmaßnahmen gewarnt. Dieser eklatante Konstruktionsfehler führt nun dazu, dass nicht, wie etwa von Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung versprochen, die Verkehrsinfrastruktur im Land verbessert wird, sondern sie führt dazu, dass die Landesstraßen zunehmend zu Schlaglochpisten verkommen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Schreckliche Bilanz!)

Die im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform den Kreisen zugewiesenen Pauschalen reichen bei weitem nicht aus – Quelle Landkreistag Baden-Württemberg. Ich will einige Beispiele nennen: Bereits im Landkreis Esslingen und im Landkreis Göppingen fehlen schon heute je 1 Million €. Stellen Sie sich vor, was das für den Dienstwagen unseres Präsidenten bedeutet. Andere Beispiele ließen sich anfügen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Blenke CDU: Vizepräsident! – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Meine Damen und Herren, das bedeutet in der Konsequenz, dass diese Schäden aufwendige Erhaltungsmaßnahmen notwendig machen, die damit wieder in die Zuständigkeit des Landes, in den Landeshaushalt fallen. Sie wissen: Auch der Straßenbauetat reicht ja bei weitem nicht aus.

Also auch in diesem Bereich nicht etwa Vereinfachung, keine klaren Zuständigkeiten, sondern auch hier ein Kompetenzwirrwarr zwischen Land und Kreisen – zulasten der Bürgerinnen und Bürger, sehr zur Freude derer, die Stoßdämpfer herstellen.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Meine Damen und Herren, immer deutlicher und zunehmend härter, Herr Schneider, wird nun auch die Kritik derer – zum Teil sind es Ihre Kollegen –,

(Abg. Schneider CDU: Wer denn?)

die einst zu den gefürchteten und zu den glühenden Befürwortern dieser Verwaltungsstrukturreform gehört haben.

(Abg. Schneider CDU: Nennen Sie doch wenigstens einen mit Namen!)

– Sie kennen doch Ihren neuen Präsidenten. Den brauche ich doch nicht ständig zu erwähnen. Von ihm stammt doch zum großen Teil die Kritik.

(Abg. Schneider CDU: Das ist doch Blödsinn!)

Vorbei scheint der Glanz des Machtzuwachses, eingeholt von der bitteren Realität der tatsächlichen Wirkung dieser Reform.

(Lachen des Abg. Hofer FDP/DVP)

Auch bei der Flurneuordnung war dies der Fall. Auch da stammt doch die Kritik aus dem Haus des Landkreistags. Ihr Präsident hat doch gesagt, die Reform bei der Flurneuordnung sei völlig schief gelaufen.

(Abg. Schneider CDU: Was?)

Er hat doch gesagt: „Dort haben wir Grundteams, Poolteams, dort haben wir Doppelabordnungen. Das ist verwaltungstechnischer Unsinn.“ Das hat doch Ihr Präsident gesagt und habe nicht ich gesagt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Jetzt regen Sie sich doch nicht so auf!)

– So ist es.

(Abg. Fleischer CDU: Regen Sie sich doch nicht so auf!)

– Darüber rege ich mich ja gar nicht auf. Darüber sollten Sie sich aufregen; denn es ist ja Ihre Reform und nicht unsere.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was gibt es denn da zu lachen?)

Bemerkenswert ist, dass diese Kritik, die geäußert wurde, seitens der Landesregierung unwidersprochen blieb. Was schließt man daraus? Dass auch die Landesregierung diesen Unfug zwischenzeitlich erkannt hat. Und was tut sie? Nichts, gerade so, als ob es in diesem Bereich nichts zu verbessern gäbe, obwohl das nachdrücklich vom Landkreistag eingefordert wurde. Also wird weiterhin – wie der Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 13/4129 zu entnehmen ist – kein Bedarf für Nachbesserungen des VRG gesehen. Ein solcher Bedarf wird auch angesichts der Problematik im kompletten EDV-Bereich nicht gesehen und nicht bei den IuK-Migrationskosten, wo es ja nach wie vor erhebliche Meinungsunterschiede über die Kostenanteile gibt.

Stichwort Vermessungsverwaltung: Auch in diesem Bereich, meine Damen und Herren, wird zumindest einigen Landräten zunehmend bewusst, dass die zu erbringende Effizienzrendite doch schwerer zu erwirtschaften sein wird, als in der ersten Euphorie erhofft. Vor allem wird dies nicht durch Aufgabenabbau erreicht, da keiner stattgefunden hat und wohl auch zukünftig keiner stattfinden wird.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Je mehr sich der Finanzkonflikt mit dem Land, den es gibt, zuspitzt – Baustellen dafür gibt es ja genug –, desto mehr wird das zulasten der Beschäftigten gehen. Auf deren Schultern – bis hin zu massiven finanziellen Verlusten beim Einkommen – werden die Unzulänglichkeiten Ihrer verkorksten Verwaltungsreform jetzt ausgetragen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Marianne Wonnay SPD: Skandal! – Abg. Blenke CDU: Wer hat die Rede eigentlich geschrieben?)

– Herr Kollege Blenke, wahrscheinlich im Gegensatz zu Ihrer Fraktion schreiben wir unsere Reden selbst.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das merkt man!)

– Warum fragen Sie dann?

(Abg. Blenke CDU: Die klingt so gar nicht nach Ihnen! – Unruhe)

Mit „Augen zu und Ohren zu“, Herr Innenminister, nach dem Motto „Nichts sehen und nichts hören“ – das gilt auch

(Gall)

für Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP –, ist es aber nicht getan.

(Abg. Fleischer CDU: Nichts riechen! – Abg. Blenke CDU: Ich wollte nur einmal Ihre Parlamentarische Beraterin würdigen, Herr Kollege!)

Auch wenn Ihnen, Herr Minister, laut dpa vom 8. April 2005 derartige Fälle, in denen es Landräte und Landkreisverwaltungen gibt, die sich weigern, Personal zu übernehmen – wohlgemerkt; und bezeichnend ist: es geht vorwiegend um Mütter – –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ja! Zum Beispiel im Kreis Esslingen!)

Ist das das Kinderland Baden-Württemberg, das Sie sich vorstellen? Auch wenn Sie sagen, diese Fälle seien Ihnen nicht bekannt, gibt es sie. Wir könnten sie Ihnen alle zeigen.

(Abg. Schneider CDU: Drei sind es! Ich sage doch, dass es drei sind!)

– Es sind wesentlich mehr, Herr Kollege Schneider: Landratsamt Karlsruhe, Landratsamt Rottweil, Rhein-Neckar-Kreis, Ortenaukreis, Hohenlohekreis, Alb-Donau-Kreis, Reutlingen, Schwäbisch Hall, Heidenheim.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Erzählen Sie hier doch nicht jedes Mal solchen Stuss!

(Abg. Blenke CDU: Das ist ja hier wie auf der Schwäbischen Eisenbahn! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Da hat er doch Recht!)

Wenn es diese Fälle nicht gäbe, warum sonst, Herr Rech, hätte Ihr Ministerkollege Pfister Ihnen dies mit Schreiben vom 17. März ans Herz gelegt und Sie gar aufgefordert,

(Abg. Fleischer CDU: Wie sieht denn das mit Ihrem Adrenalinpiegel aus? – Abg. Blenke CDU: Ist ein Arzt im Saal?)

gegebenenfalls kommunalaufsichtlich gegenüber den Landkreisen diesbezüglich tätig zu werden? Auch dies ist ein bemerkenswerter Vorgang.

(Abg. Capezzuto SPD: Was? – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Das Fazit, meine Damen und Herren, nach einem halben Jahr Verwaltungsreform ist leider so, wie wir es zwar nicht gewünscht, aber erwartet haben: Sie ist ineffizient, teuer, bürokratisch. Das kann man auch schon dadurch belegen, Herr Kollege Schneider, dass der Landkreistag an die Herren Minister – die Damen hat er da vergessen; sei es drum – appelliert hat, die Zahl der Erlasse aus Anlass der Verwaltungsreform – da gibt es anscheinend genügend –

(Abg. Fleischer CDU: Ja, hoffentlich! Das muss ja umgesetzt werden!)

zu beschränken.

Ihre Verwaltungsreform, meine Damen und Herren, stärkt nicht etwa die kommunale Selbstverwaltung, sondern belastet sie.

(Beifall der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Dass Sie mit dieser Reform das Parlament schwächen und es teilweise auch selbst entmachtet haben,

(Abg. Fleischer CDU: Sie schwächen sich doch selbst die ganze Zeit durch diesen Beitrag!)

sei nur am Rande und am Schluss meiner Ausführungen und unserer Begründung bemerkt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Fischer SPD: Gut, Reinhold! – Abg. Blenke CDU: Herr Gall macht jetzt Chill-out! – Abg. Fischer SPD: Da hat sogar der Herr Haas geklatscht! – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Abg. Mappus CDU: Die müssen wir jetzt in die Reha schicken! – Weitere Zu- und Gegenrufe von der SPD und der CDU – Unruhe)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Das ist unglaublich.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Kollege Haas.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Haas, das muss Ihnen nicht peinlich sein!)

Das gibt mir doch wieder Gelegenheit, zum Thema zu reden.

(Heiterkeit – Zurufe)

Fünf Monate Verwaltungsreform in Baden-Württemberg – das gibt sicherlich die Gelegenheit, eine Zwischenbilanz zu ziehen,

(Abg. Fleischer CDU: Wirklich?)

auch wenn die CDU-Fraktion und der Innenminister des Landes sicherlich sagen werden, das sei viel zu früh. Aber die Zwischenbilanz ist deswegen nicht zu früh, weil die Berechtigung der Kritik, die an der Verwaltungsreform geübt wird, an der jetzigen Umsetzung so richtig deutlich wird. Diese Kritik wird nicht nur von der Opposition in diesem Haus geübt,

(Abg. Köberle CDU: Doch!)

sondern auch von denjenigen, die von der Verwaltungsreform und von deren Umsetzung direkt betroffen sind. Ich darf nachher noch einmal darauf zurückkommen.

(Abg. Zimmermann CDU: Das ist wie mit dem Frosch und dem Teich! Das kennt man!)

(Oelmayer)

Dass wir als Oppositionsfraktion diese Art von Verwaltungsreform, die nicht vom Bürger aus gedacht war, sondern von oben herab installiert worden ist, nicht mitgetragen haben, ist ja nichts Neues. Neu ist aber, dass die Kritik, die wir damals geübt haben, sich offensichtlich jetzt bei der Umsetzung manifestiert. Ich darf das für unsere Fraktion folgendermaßen zusammenfassen: Die Verwaltungsreform ist mal unnützlich und mal schädlich.

(Abg. Schneider CDU: Ach ja!)

Das sind die zwei Effekte dieser Verwaltungsreform, wie sie sich heute, Anfang Juni 2006 – ich meine natürlich 2005, Entschuldigung –,

(Abg. Heinz CDU: 2006 wäre es besser gewesen, darüber zu reden, Herr Oelmayer!)

darstellen. Ich darf das vielleicht einmal an den Bereichen festmachen, die jetzt auch in den Anträgen genannt werden, die dem Plenum heute zur Beratung vorliegen.

Beim Thema Flurneuordnung ist es offensichtlich: Der neu gewählte Präsident des Landkreistags, Herr Schütz, der, wenn ich richtig informiert bin, kein Sozialdemokrat und erst recht auch kein Grüner ist

(Abg. Stickleberger SPD: Noch nicht! – Abg. Blenke CDU: Will der wechseln?)

– zumindest noch nicht –, hat seine Kritik in einem Interview so formuliert, dass er gesagt hat, die Flurneuordnung sei – das zitiere ich wörtlich – „vollkommen schief gelaufen“. Wenn wir das jetzt, meine Damen und Herren, hier im Landtag – der ja letztendlich die Verantwortung für die Umsetzung der Verwaltungsreform trägt, die ja auch hier beschlossen worden ist – hören, müssen wir doch einfach feststellen, dass handwerkliche Fehler gemacht wurden. Wir wollen ja gar nicht so weit gehen, zu sagen, man müsse die Reform komplett zurücknehmen; wir sind ja nicht vermessen.

(Abg. Schneider CDU: Sehr gut!)

Politik beginnt tatsächlich bei der Betrachtung der Wirklichkeit.

(Abg. Blenke CDU: Jetzt wird es besser!)

Aber dort, wo wir die handwerklichen Fehler entdeckt haben, müssen wir auch in der Lage sein, sie zu korrigieren. Und es ist nun ganz offensichtlich, dass dies bei der Flurneuordnung der Fall ist.

Weiter sagt Herr Schütz, das sei „verwaltungstechnischer Unfug“. Das, meine ich, ist ja nun die schärfste Kritik, die ein Präsident des Landkreistags an dieser Reform üben kann. Und woher rührt das? Es ist die Aufteilung des Personals der Flurneuordnungsämter in so genannte Grund- und Poolteams, die einfach im verwaltungstechnischen Ablauf so viel Reibung verursacht, dass die Effizienz dieser Behörden durch die Verwaltungsreform, die Sie hier mehrheitlich beschlossen haben, im Prinzip dezimiert worden ist. Deswegen müssen wir hier im Land – Herr Kollege Schneider, Sie liebäugeln ja durchaus schon mit einer Reform der Re-

form; das schließe ich aus ihren körpersprachlichen Äußerungen –

(Abg. Schneider CDU: Das ist gar nicht wahr!)

alles dafür tun, dass diese Flurneuordnung tatsächlich geändert wird.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Der Hauptfehler dieser Verwaltungsreform wird auch darin manifest, dass Sie mit einem Personalabbau von 20 % die Effizienzrendite quasi in diese Verwaltungsreform integriert haben.

(Abg. Schneider CDU: Ja!)

Das bedeutet natürlich im Klartext, dass Sie den grundlegenden Fehler erst jetzt zu spüren bekommen. Ich mache Ihnen das einmal anhand von Unterlagen, Briefen und Dokumentationen deutlich, die wir zum Beispiel von dem im Juli des vergangenen Jahres als Ombudsmann für den Bürokratieabbau bestellten Staatssekretär Böhmler erhalten haben. Es wäre logisch gewesen, sich zunächst einmal über den Bürokratieabbau zu unterhalten, sich zu einigen und Aufgaben abzubauen, um dann Personal abzubauen, und nicht umgekehrt, so, wie Sie das hier beschlossen haben und jetzt auch umsetzen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Immer weniger Menschen haben die gleiche Gesamtmenge an Arbeit zu tun. Darunter leidet natürlich die Effizienz. Von Effizienzrendite keine Spur! Aber Sie haben in dieser Verwaltungsreform natürlich auch festgeschrieben, dass den Preis für diese Effizienzrendite – das werden Sie daran feststellen, Herr Kollege Schneider, wie sich die Kreisumlage in den nächsten Jahren entwickeln wird – die Kommunen in diesem Land zu bezahlen haben. Deswegen schadet die Verwaltungsreform den Kommunen, aber sie nützt ihnen nicht.

(Abg. Blenke CDU: Warten Sie es doch einfach einmal ab! Es kommt nicht so! – Abg. Scheuermann CDU: Warten Sie doch mal ab!)

Ein weiteres Thema, das ich ansprechen möchte, ist die Lebensmittelkontrolle. Dazu hat Herr Kollege Gall schon viel Zutreffendes gesagt. Ich will gar nicht die Details ausbreiten. Tatsache ist, dass von den rund 500 ehemals beim WKD tätigen Beamten noch 222 übrig bleiben.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Dass dies zur Reduktion der Lebensmittelkontrolle im Land führt, ist klar. Wir sind jetzt das Schlusslicht unter allen Bundesländern.

(Abg. Schneider CDU: Nein, Sie verwechseln da etwas!)

Das ist ein Armutzeugnis und ein defizitäres Ergebnis dieser Verwaltungsreform. Das wird im Übrigen nicht nur von

(Oelmayer)

uns kritisiert. Ich zitiere aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 30. März. Frau Birgit Bienzele vom Referat für Lebensmittelüberwachung sagt:

*Wir haben Schwierigkeiten mit der Zahl der Kontrolleure. Wie sich das weiterentwickelt, muss man kritisch prüfen.*

Dann prüfen Sie einmal, meine Damen und Herren!

(Abg. Capezzuto SPD: Nicht nur prüfen! – Abg. Scheuermann CDU: Nach fünf Monaten!)

Auch die Landesregierung täte gut daran, diese Entwicklung zu prüfen und die notwendigen Korrekturen anzubringen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Nur noch zwei Bereiche will ich kurz anschneiden.

Beim Thema Schulverwaltung sehen wir ein katastrophales verwaltungstechnisches Ergebnis.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

– Das haben Sie natürlich nicht, Kollege Schneider. Im Landkreis mag das ja noch angehen, was Sie sich da ausgedacht haben. Aber an den Schnittstellen zwischen Stadtkreisen und Landkreisen, wie wir sie in Ulm und im Alb-Donau-Kreis haben, hat das zu absurden Ergebnissen geführt. Wir haben dort jetzt zwei Schulverwaltungen, zwei Schulämter mit verschiedensten Zuständigkeiten. Der Austausch unter diesen Verwaltungseinheiten ist immens schwierig und verursacht unheimlich viel Aufwand und Kosten. Das ist alles andere als effizient und auch gar nicht bürgerfreundlich. Die Menschen wissen gar nicht mehr, woran sie sind. Insofern stellen wir auch hier ein defizitäres Ergebnis fest.

Als Letztes – leider ist der Finanzminister dieses Hauses nicht mehr da – möchte ich das Thema Finanzverwaltung nennen. Wenn man sie betrachtet und als Bestandteil dieser Verwaltungsstrukturreform sieht, muss man sagen, dass mit verschiedenem Maß gemessen worden ist. Offensichtlich war auch politisches Gutdünken Vater des Gedankens dieser Reform der Finanzverwaltung. Sonst könnte es nicht sein, dass Finanzämter, die im ländlichen Bereich liegen, zulasten derer, die im städtischen Bereich liegen, aufgestockt werden. Effizienz hätte etwas ganz anderes bedeutet: nicht mehr Verwaltungsbürokratie, sondern weniger. Jedenfalls – Herr Kollege Schneider, Sie nicken; das freut mich sehr – hat die Effizienz der Finanzverwaltung nicht zugenommen, sondern abgenommen.

Abschließend kann ich feststellen: Die Effizienz ist nicht gesteigert worden und auch nicht die Bürgernähe. Bisher gibt es keinen Deut Bürokratieabbau. Wenn schon Ombudsmänner bestellt werden und wenn sich auch die FDP/DVP dieses Hauses den Bürokratieabbau auf die Fahnen schreibt, hätten wir längst erwartet, dass Sie endlich eine Konzeption vorlegen, wie das gehen kann.

Wir haben dazu Vorschläge gemacht. Darauf sind Sie bisher jede Antwort schuldig geblieben. Für eine ordentliche und effiziente Verwaltungsreform wäre das eigentlich die

Prämisse gewesen. Das sind Sie bis heute schuldig geblieben.

(Abg. Capezzuto SPD: Völliges Durcheinander!)

Wir werden sehen, ob Sie das zu irgendeinem Zeitpunkt nachliefern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Heinz.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt kommt der Kollege Heinz und sagt, es sei alles bestens!)

**Abg. Heinz CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich es richtig sehe, will die Opposition mit ihren zahlreichen Anträgen zum einen auf die bei ihr vielleicht vorhandenen Probleme mit der Verwaltungsreform aufmerksam machen und zum anderen – das klingt ja bei beiden Rednern an – vielleicht eine Zwischenbilanz bzw. eine Bilanz ziehen. Herr Gall hat von einer Bilanz gesprochen, Herr Oelmayer von einer Zwischenbilanz – immerhin: etwas besser, Herr Oelmayer!

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Vielen Dank, Kollege! – Abg. Schneider CDU: Oelmayer war deutlich besser als die SPD! – Abg. Blenke CDU: Das ist eigentlich immer so!)

Wenn ich es an meinen Fingern richtig abzähle, sind seit dem Inkrafttreten der Verwaltungsreform gerade fünf Monate verstrichen.

(Zuruf von der SPD: Es geht um handwerkliche Fehler! – Zurufe der Abg. Gall SPD und Oelmayer GRÜNE – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

– Wir reden gleich über handwerkliche Fehler. Bleiben Sie ruhig! Herr Gall hat sich inzwischen wieder erholt, aber auch Mario Capezzuto soll einfach ruhig bleiben. Das kann nicht schaden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt räumen Sie es halt schon ein!)

Ich finde, die Umsetzung der Verwaltungsreform ist angesichts der Dimension, die man sich einmal vor Augen führen muss, mit mehr als 350 Behörden, die zusammengelegt oder eingegliedert worden sind, mehr als 12 000 Beschäftigten, die zu den Landkreisen gewechselt sind, und 7 000, die in die Regierungspräsidien gegangen sind, eine Herkulesaufgabe, die vom Land und von den Landkreisen nahezu perfekt umgesetzt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rückert CDU: Richtig!)

Ich denke, man muss einfach einmal die Zahl von 12 000 nehmen, und dann nehme ich einmal die 20 – der Kollege Schneider sprach von noch weniger –, die in dem Antrag zur Vermessungsverwaltung drinstehen. Diese 20 Beschäftigten haben bei ein paar Landkreisen keine Stelle gefun-

(Heinz)

den. Wenn Sie die Antwort gelesen hätten, dann hätten Sie gemerkt, dass auch von diesen 20 inzwischen schon wieder einige Probleme gelöst sind. Wenn man genau hinschaut, dann stellt man fest, dass von den 20 viele noch beurlaubt waren und eigentlich im Januar noch gar keinen konkreten Anspruch hatten. Das heißt, dieses Problem ist eigentlich heute fast auch schon gelöst. Den 12 000 auf der einen Seite stehen da 20 gegenüber, bei denen es noch ein kleines Problem gab und von denen einige beurlaubt waren.

Dann lese ich in der „bw-Woche“ – da würde mich interessieren, was der Kollege Stickelberger denn dazu meint;

(Abg. Fischer SPD: Guter Mann!)

der ist heute gar nicht da – –

(Abg. Fischer SPD: Doch!)

– Wo ist er denn?

(Abg. Fischer SPD: Der ist immer da!)

Genau den Satz, der dort von ihm steht, würde ich gerne zitieren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Von dem können Sie noch viel lernen! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Aber ihr auch!)

Dort steht:

*In der Vermessungsverwaltung gehen die Veränderungen voll zulasten der Beschäftigten, denen die Landkreise trotz Verpflichtung die Übernahme verwehren.*

Vielleicht hat er die Stellungnahme des Innenministeriums nicht gelesen, wie ich einmal zu seinen Gunsten annehmen will. Denn dann hätte er gemerkt, dass die Probleme inzwischen eigentlich alle gelöst sind.

(Abg. Schneider CDU: So ist es! – Abg. Fischer SPD: Na, na!)

Dann kommt der zweite Teil, die Absicht, eine Bilanz oder eine Zwischenbilanz zu ziehen. Dafür ist es fünf Monate nach der Reform schlicht und einfach zu früh. Da liegen Sie völlig daneben.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Kreistage selber, aber auch die Landräte und die Kommunen ganz genau beobachten werden, Herr Oelmayer – nicht nur Sie von den Grünen –, wie es nun mit der Effizienzrendite steht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das hoffe ich!)

Darauf werden noch mehr Leute die Augen richten und schauen, wie das geht. Aber da haben wir doch im Gesetz einen Termin festgelegt. Fast auf den Tag genau heute in einem Jahr werden wir einmal nachschauen. Dann ist ein ganzes Rechnungsjahr vorbei, und man kann Vergleiche ziehen. Da würde ich sagen: Gelassen bleiben!

(Abg. Blenke CDU: So, wie der Herr Gall gelassen bleibt!)

Dann schauen wir einmal.

Da bin ich bei Ihnen. Da würde ich gern einmal mit Ihnen rechnen. Dann setzen wir uns zusammen, nehmen den Taschenrechner und schauen mal, zu welchem Ergebnis wir kommen. Dann können wir hier darüber reden, wer Recht hat. Aber wir können doch nicht fünf Monate, nachdem die Reform erfolgt ist, sagen wollen: Ich mache einen Vergleich.

Nun komme ich noch zu einem anderen Thema. Wir werden sehen, dass das in jedem Landkreis anders sein wird. Das ist ja auch klar. Jeder Landkreis ist ein eigenes Gebilde. Ich denke auch, dass wir dann ein Benchmarking machen werden, damit wir genau sehen, wo welcher Landkreis liegt.

(Abg. Schneider CDU: Genau so machen wir es!)

Ich bin überzeugt davon: Da gibt es gute und weniger gute Landkreise, und die weniger guten schauen, wie es die guten gemacht haben.

(Abg. Schneider CDU: So ist es!)

Das ist ein Benchmarking im besten Sinne, und dann wird es im nächsten Jahr wieder anders aussehen. Da, denke ich, kann man ohne Probleme vergleichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich noch zwei, drei Dinge herausgreifen, die ich noch ansprechen will. Die Finanzierung des Verwaltungsreformgesetzes und die Effizienzrendite sind eigentlich in dem Gesetz klar beschrieben. Das möchte ich nicht noch einmal wiederholen. Das können Sie alles nachlesen. Das schenke ich mir im Moment.

(Abg. Fischer SPD: Wenn die Effizienzrendite einmal umgesetzt ist, dann gibt es erst Probleme!)

Eines möchte ich noch ansprechen; das habe ich gerade mit der Vermessungsverwaltung getan: Es ist eindeutig, dass diese Probleme im Moment bis auf ein, zwei Fälle gelöst sind.

Lassen Sie mich den WKD noch einmal unter die Lupe nehmen. Das finde ich auch abenteuerlich. Ich habe die Antwort des Innenministeriums gelesen. Da stehen die Zahlen für 2003 und 2004 genau drin. Es sind im Jahr 2004 immer mehr Kontrollen gewesen, obwohl man sagen könnte: Da waren die Beamten vom WKD schon damit beschäftigt, sich zu wehren, und haben gar nicht mehr Zeit für die Kontrollen gehabt. Das könnte man sagen, wenn man böswillig wäre; das will ich nicht sein.

(Abg. Gall SPD: Können wir diese Aussage auch bei dem WKD verwenden? – Abg. Fischer SPD: Herr Heinz, Herr Kollege Schneider hat schon ähnliche Behauptungen aufgestellt! – Gegenruf des Abg. Schneider CDU: Das ist auch so! Dazu stehe ich!)

– Ich habe doch gerade gesagt, die Zahlen sind gestiegen. Aber nach fünf Monaten, nach denen wir noch gar keine Zahl haben, kann man doch jetzt noch gar nichts vergleichen.

(Abg. Blenke CDU: Panikmache!)

(Heinz)

Da muss ich jetzt einfach warten: Wie sieht es denn aus, wenn ich die Zahlen für das Jahr 2005 habe? Diese Zahlen nehme ich dann und vergleiche sie mit denen von 2004 und von 2003. Ich bin überzeugt: Wir werden die Spitzenposition, die Baden-Württemberg hatte, halten. Daran wird sich gar nichts ändern, Herr Oelmayer.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das glaube ich nicht!)

Nur eines wird geschehen: Wir werden die Aufgabe kostengünstiger als vorher erledigen. Davon bin ich überzeugt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Auf Kosten der Beschäftigten!)

– Nein. Wenn die nicht mehr zum Sport und nicht mehr schießen müssen, haben wir schon etwas gespart. Das ist keine Frage.

(Abg. Fischer SPD: Sie müssen für gewisse Aufgaben die Polizei dazuholen!)

Bei der Flurneuordnung haben wir noch einen offenen Punkt, bei dem wir sehen, dass die IuK-Migrationskosten noch einmal geklärt werden müssen. Das wird geschehen. Da werden wir die Dinge noch abklären.

Lassen Sie mich noch einmal die Flurneuordnung ansprechen. Natürlich gibt es da ein Problem mit den Grund- und Poolteams. Ich sehe auch, dass das nicht einfach ist.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Immerhin!)

Da sage ich einmal: Solange uns nichts Besseres einfällt, bleiben wir einmal bei dem. Aber wenn hier neue Ideen kommen,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Die waren doch effizient!)

wird man schauen, ob man das noch besser machen kann. Aber es ist so, dass wir unter Abwägung aller Vorschläge, die auf dem Tisch lagen, gesagt haben: Das ist das, was wir uns eigentlich noch vorstellen können.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Bis auf wenige Einzelfälle ist es gelungen, die Mammutaufgabe Verwaltungsreform so zu bewältigen, dass überhaupt kein Sand im Getriebe ist, wie es in der „bw-Woche“ behauptet wurde. Ich finde, Thomas Schäuble und Heribert Rech haben gemeinsam mit den Landräten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreise eine Meisterleistung abgeliefert. Die Behördenlandschaft, die sich im Lauf der letzten Jahrzehnte total zersplittert hat, ist wieder klar in drei Stufen gegliedert, und wir haben für den Bürger eine klare und durchschaubare Struktur und eindeutige Zuständigkeiten für jede Dienstleistung.

Wir werden von heute aus gesehen in einem Jahr – dann ist nämlich ein ganzes Haushaltsjahr herum – eine Bilanz ziehen, und ich biete Herrn Oelmayer an – ich bringe meinen Taschenrechner mit –, eine Zwischenbilanz zu ziehen und zu schauen, was übrig geblieben ist. Wir sind optimistisch.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, niemand bestreitet, dass es unseriös wäre, fünf Monate nach Inkrafttreten der Reform eine Bilanz oder auch nur eine Zwischenbilanz zu ziehen. Der Gesetzgeber hat das übrigens nach drei Jahren vorgesehen. Ich habe auch den Eindruck – nehmen Sie es mir nicht krumm –, dass es Ihnen in diesen Diskussionen, die vielleicht auch schon ein bisschen vom Vorwahlkampf geprägt sind, gar nicht so sehr um die Seriosität geht.

(Abg. Gall SPD: Nur!)

Es lässt sich wahrscheinlich jetzt schon abschätzen, dass die Dramaturgie darin bestehen wird, dass die Verhältnisse der Verwaltungsreform bis zum Wahltermin schlechter und schlechter werden, und am schlechtesten werden sie kurz vor der Wahl sein. Dies wird die Dramaturgie sein.

Nun muss ich Ihnen sagen: Es ist doch etwas erstaunlich. Wir bekommen ja immer die Pressespiegel. Wir lesen die auch immer gerne durch, vor allem, wenn Reden gehalten werden. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie in den Pressespiegel hineinschauen, wundern Sie sich, dass da so gut wie nichts über die Verwaltungsreform berichtet wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schneider CDU: So ist es!)

Wahrscheinlich liegt das daran, dass die Presse zu wenig kritisch ist. Aber ich kann Ihnen sagen: Wenn nur annähernd etwas von dem repräsentativ wäre, was Sie sagen, würde die Presse wackeln von Überschriften. Aber es ist nichts zu lesen.

(Beifall bei der CDU und des Ministers Pfister)

Wie sehr Sie selber übertreiben, zeigt Folgendes: Sie sprechen von „massiven Beschwerden“ im Vermessungsbereich. Wenn man dann nachliest, zeigt sich, dass die Beschwerden bei 2 200 Mitarbeitern 20 Fälle betreffen.

(Minister Pfister: Es sind nur noch zwölf!)

Nun nehme auch ich jeden Einzelfall ernst, aber wenn Sie die 20 Fälle – ich kann das nur noch einmal wiederholen – durchgehen, stellen Sie fest, dass die Landkreise, die genau rechnen, in den meisten Fällen Recht hatten. Die meisten Fälle dieser Vermessungsleute, die dazugekommen waren, sind nach dem finanziellen Stichtag gekommen. Da wurde festgestellt: Die sind versetzt worden und sind in unseren Kosten nicht drin. Dann hat man gesagt: Die kommen in eure Kosten hinein. Prompt war das Problem gelöst. Nicht in einem einzigen Fall ist das auf dem Rücken der Bediensteten geschehen, sondern die Landkreise haben eine finanzielle Rechnung aufgemacht, und dann war das Thema erledigt.

In einem einzigen Fall – Donau-Iller – hat man ermahnt, doch bitte den Mitarbeiter zu übernehmen. Wenn Sie da von massiven Beschwerden reden – accept reality! –, nehmen Sie die Realität nicht wahr, sondern behaupten etwas munter drauflos, völlig unkontrollierbar. Jeder Einzelfall wird im Grunde genommen ver Hundertfacht.

(Hofer)

Zum Thema Kosten kann ich auch nur stichwortartig sagen: Natürlich würde ich heute auch noch nicht sagen, dass das ein voller Erfolg ist. Das wird man abwarten müssen. Aber einige Dinge zeichnen sich schon ab.

Jeder, der in einem Landkreis tätig ist – und viele sind ja in den Kreistagen tätig; ich weiß es auch aus dem Landkreistag –, weiß: Allein die Unterbringung der Behörden, die Tatsache, dass man sie jetzt zentral unterbringt und nicht mehr unbedingt dort lässt, wo sie bisher in gemieteten Räumen untergebracht waren, bringt den Landkreisen – und das kann ich laut sagen – wahrscheinlich schon im ersten bzw. im zweiten Jahr die volle Effizienzrendite.

(Abg. Schneider CDU: Mit Sicherheit!)

Die sagen das aber nicht so laut; auch ich würde es nicht laut sagen, wenn ich Geld bekomme, sondern es nur dann laut sagen, wenn mir Geld fehlt.

Bei den Kosten für die IuK geht es, wie Herr Heinz gesagt hat, nur um die Migrationskosten. Natürlich! Da war man einmal auseinander, da ist man auch noch auseinander. Ursprünglich lag man bei 7 Millionen € einerseits und 26 Millionen € andererseits, war also weit auseinander.

(Abg. Schneider CDU: Richtig!)

Inzwischen sehen die Landkreise, dass sie auch ein paar Vorteile haben, und gehen etwas herunter. Inzwischen ist man bei 7 bzw. 10 Millionen €

(Abg. Schneider CDU: Ja!)

und hat vereinbart – ich habe mich erkundigt; da werden wirklich vertrauensvolle Gespräche geführt –, dass das wie auch manche andere finanzielle Sache bereinigt wird.

(Zustimmung des Abg. Schneider CDU)

Dann komme ich zu den Kosten im Vermessungsbereich. Die Landkreise haben in früheren Diskussionen immer gesagt: Wenn wir den Durchschnitt von 1998 und 2003 nehmen, also die vorwiegend guten Zahlen, kommen wir schlecht weg, wenn die Baukonjunktur sinkt. Nun diskutiert man darüber, ob man die Jahre 2003 und 2004 als Grundlage für den Finanzausgleich heranzieht. Man redet also vertrauensvoll miteinander, sodass es sich um ein „Nichtproblem“ handelt. Denn das wird wie alle anderen Randprobleme noch gelöst.

Übrigens, weil Sie von massiven Protesten bei den Schülern gesprochen haben, Herr Oelmayer: Auch ich habe einmal einen Protest von der GEW gehört. Ich meine, es wäre verwunderlich, wenn die nicht protestieren würden.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich kenne die eigentlich nur als häufige Protestanten. Ich darf Ihnen aber an dieser Stelle einmal sagen:

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich habe sechs schulpflichtige Kinder!)

Es hat ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der GEW und dem Landkreistag gegeben. Da hat man die Dinge vertrauensvoll besprochen und gesagt: Wenn es irgendwelche Pro-

bleme gibt, kommt bitte sofort zum Landkreistag! Bis heute ist noch niemand gekommen, weil es keine Probleme gegeben hat. So einfach ist das.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich will weitere Dinge aufzählen; alles kann man aber nicht aufzählen. Natürlich – da stimme ich Herrn Heinz zu – müssen die Geschichte mit dem Pool und die Geschichte mit den Vor-Ort-Ausstattungen im Bereich der Flurbereinigung nachgebessert werden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aha!)

– Moment mal! Man wäre doch nicht glaubwürdig, wenn man nur sagen würde, alles sei bestens. In dem einen oder anderen Punkt wird es durchaus noch Nachjustierungen geben, zumal die Pools bisher auch noch andere Aufgaben wahrgenommen haben.

Nehmen Sie bei der Forstverwaltung – die Sie immer als ein großes Problem angesehen haben – bitte einmal zur Kenntnis: Sämtliche Waldarbeiter sind, ohne dass darüber groß diskutiert worden wäre, auf die Landkreise übergegangen, obwohl es unterschiedliche Tarifverträge gegeben hat. Sämtliche Waldarbeiter hat man mit Zustimmung der Gewerkschaft unter Besitzstandswahrung übernommen.

(Zustimmung des Abg. Schneider CDU)

Sie glauben gar nicht, wie gut die Dinge im Moment laufen. Sie sind himmelweit von dem entfernt, was Sie hier beschreiben.

(Beifall des Abg. Schneider CDU – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Letzte Bemerkung, weil mein Licht leuchtet – meine gestaffelte Redezeit ist ja kürzer, aber sie reicht noch, um kurz noch etwas zu den übrigen Bereichen zu sagen –: Glauben Sie mir, Sie müssen Einzelfälle benennen, und dann wird denen nachgegangen. Dann wird dort in aller Regel auch Abhilfe geschaffen. Es ist aber außerordentlich erstaunlich, dass dieses große Werk nahezu geräuschlos

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Ach!)

– nahezu geräuschlos! – über die Bühne geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn ich das mit den vergleichsweise geringen Reformen, die Sie einmal umgesetzt haben, vergleiche – jetzt komme ich kurz zur Bundespolitik –, meine ich: Angesichts dessen, was Sie mit einem Riesengeräusch an die Wand gefahren haben,

(Abg. Schneider CDU: Hartz IV! – Glocke des Präsidenten)

sollten Sie aufhören ...

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, nun wirklich zum Schluss zu kommen.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: ... – danke schön –,

(Heiterkeit des Abg. Mappus CDU)

hier Cassandra-Rufe zu machen. Es läuft ganz gut. Das Bessere ist der Feind des Guten, und um das Bessere werden wir uns ständig bemühen.

Ich danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie haben Ihre Redezeit um 50 % überzogen.

Das Wort erhält Herr Innenminister Rech.

**Innenminister Rech:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Die Kritik an der Verwaltungsreform und die Vehemenz, mit der sie vorgebracht wird, berühren mich schon ein bisschen, weil sie die Ursachen für unser Dilemma aufzeigen. Wir haben offensichtlich noch nicht erkannt oder wollen es nicht wahrhaben – jedenfalls die Opposition –, dass wir in den bestehenden Strukturen nicht weiterkommen und zu keinen Reformen kommen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von den Grünen)

Ein bisschen erinnert mich dies an ein Filmstudio in den Fünfzigerjahren: Die Hauptdarsteller sitzen in einem flotten Auto, meistens in einem Sportwagen, der Wind pfeift ihnen um das Haar, die Kulissen drehen sich. Aber im Gegensatz zu den Hauptdarstellern aus jenen Jahren meinen Sie immer noch, wir würden fahren. Wir stehen schon längst. Nur: Sie fahren den Karren nur deswegen nicht an die Wand, weil er steht und sich in diesem Land nicht mehr bewegt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Moser SPD: Aber in den Fünfzigerjahren sind die Autos immer gestanden, und die Leinwand ist gefahren! – Gegenrufe von der CDU: Das meint er doch! – Heiterkeit)

– Ja, natürlich. Aber die Filmschauspieler in jenen Jahren waren klüger; denn sie haben gewusst, dass sie stehen, während die Opposition immer noch meint, sie würde fahren. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit)

Dies erschüttert mich deswegen, weil es zeigt, wie sehr wir in Strukturen verhaftet sind und offensichtlich überhaupt nicht mehr darüber hinausdenken können. Sie verfahren nach dem Motto „Das haben wir immer so gemacht“. Das Motto „Weiter so“ trägt halt den veränderten Herausforderungen nicht mehr Rechnung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

**Innenminister Rech:** Ja.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön.

**Abg. Stickelberger** SPD: Herr Minister, erinnern Sie sich an Ihren Amtsvorgänger, Herrn Dr. Schäuble, der noch wenige Wochen ...

**Innenminister Rech:** Er wird uns unvergessen bleiben.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: Frage beantwortet!)

**Abg. Stickelberger** SPD: ... – im Übrigen auch uns – bevor Sie Ihre Verwaltungsreform auf den Tisch gelegt haben, hier vehement bestritten hat, dass man eine Strukturreform wolle? Erinnern Sie sich, dass die Opposition – die SPD und wohl auch die Grünen – keineswegs im damaligen Status quo verharren wollte, sondern eigene Konzepte vorgelegt hat, die hier zur Abstimmung standen und die Sie abgelehnt haben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

**Innenminister Rech:** Diese Konzepte wurden zu Recht abgelehnt, weil man sich, wenn man Strukturveränderungen vornimmt, genau ansehen muss, in welcher Struktur sich dieses Land befindet. Ihre Vorschläge taugen vielleicht für irgendein anderes Land, aber jedenfalls nicht für Baden-Württemberg; das war der Grund.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Unsere Vorschläge waren besser!)

Regionalkreise und Ähnliches eignen sich für ein Land wie Baden-Württemberg nicht. Darüber haben wir weiß Gott lange genug diskutiert.

Lassen Sie mich zunächst einmal Folgendes sagen: Wir haben seit Inkrafttreten des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes am 1. Januar hier im Landtag noch keine Gelegenheit zu einer umfassenden Aussprache gehabt. Deswegen möchte ich die Debatte dazu nutzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Land für ihren Einsatz bei der Umsetzung dieser weitreichenden Verwaltungsreform herzlich zu danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn die innere Akzeptanz nicht vorhanden wäre, wie Sie es uns hier glauben machen möchten, dann wäre die Umsetzung nicht so gelaufen, wie es der Fall gewesen ist.

(Abg. Blenke CDU: Wieso hat die SPD nicht den Mitarbeitern gedankt? Kein Dank der SPD an die Mitarbeiter! Interessant!)

Ich habe zum Jahreswechsel die Umsetzung der Reform bekannt geben können. Heute können wir feststellen, dass wir mit der Integration auf einem guten Weg sind.

(Abg. Fischer SPD: Der ausbremst!)

Meine Damen und Herren, jeder, der einmal entweder in einem Wirtschaftsunternehmen oder in Verwaltungsorganisationen mit einer großen Fusion beschäftigt war, weiß, dass es natürlich Jahre dauern wird, bis alles zu einem neuen Ganzen zusammengewachsen und reorganisiert ist. Aber schließlich machen wir eine solche Reform nicht alle zwei Jahre.

Die Landesregierung – das will ich hier ausdrücklich sagen, damit wir uns nicht selber auseinander dividieren – ist für



(Minister Rech)

eine konstruktive Begleitung durch die Öffentlichkeit und insbesondere durch den Landtag offen. Aber wir sollten bitte schön auch etwas Geduld haben und voreilige Kritik vermeiden, wenn die neuen Strukturen nicht gleich hundertprozentig funktionieren. Lassen Sie uns, wie vorgesehen und wie wir dies auch machen werden, in drei Jahren Bilanz ziehen.

Ich will einige Bereiche, die angesprochen worden sind, beispielsweise die Kosten, herausgreifen.

(Zuruf von den Grünen)

Das Land und die Kommunen haben im Vorfeld der Verwaltungsreform die wichtigsten Finanzfragen einvernehmlich gelöst. Das ist in Anbetracht der Komplexität und der Schwierigkeiten der Finanzfragen nicht selbstverständlich, sondern schon ein bemerkenswerter Vorgang. Ich will ihn ausdrücklich noch einmal würdigen.

Selbstverständlich haben sich seit der Verabschiedung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes noch einige Rahmenbedingungen in der Praxis verändert. Dies war überhaupt nicht anders zu erwarten. Es gibt auch einige Punkte zwischen dem Land und den Kreisen, die noch nicht geklärt werden konnten. Ich werde nachher einige herausgreifen. Ich bitte Sie jedoch herzlich, bei der Bewertung der wenigen Einzelfragen Augenmaß zu wahren und die Gesamtheit der Lösungen, die bereits einvernehmlich getroffen wurden, nicht aus den Augen zu verlieren.

Nun zu einigen Einzelfragen, die hier angesprochen worden sind.

Änderungsbedarf im Finanzausgleich: Der finanzielle Ausgleich – dies will ich vorab einräumen – für die Übertragung von Aufgaben auf die Kreise ist anzupassen, wenn auch nur geringfügig. Dazu müssen wir eine Änderung von § 11 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes vornehmen. Diese Änderung ist noch im Laufe dieses Jahres geplant.

Herr Kollege Oelmayer hat Änderungsbedarf in den Bereichen Flurneuordnung und Vermessung angemahnt. Bei der Flurneuordnung wurde im Finanzausgleich unterstellt, dass alle Landkreise ein Grundteam erhalten. Tatsächlich haben nach Verabschiedung des Reformgesetzes sechs Landkreise auf die Übernahme eines Grundteams verzichtet. Diese sechs Kreise würden ohne FAG-Änderung einen zu hohen finanziellen Ausgleich erhalten.

Bei der Vermessungsverwaltung besteht Einvernehmen zwischen Wirtschaftsministerium und Landkreistag, dass die finanzielle Abgeltung an den Stand der Personalverteilung der Vermessungsämter vom 1. Oktober 2004 angepasst werden soll. Bisher liegt der Abgeltung – wie in allen anderen Bereichen auch – die Personalverteilung vom 1. April 2003 zugrunde.

Außerdem soll bei der Anrechnung der den Kreisen überlassenen Vermessungsgebühren das Gebührenaufkommen des Jahres 2004 zusätzlich berücksichtigt werden. Darauf haben sich die Landräte und Herr Ministerpräsident a. D. Teufel anlässlich einer Dienstbesprechung am 13. Januar 2005 – also schon sehr früh – geeinigt.

In der Kritik sind immer wieder die IuK-Migrationskosten. Da wurde bezüglich der Erstattung der Kosten mit den Kreisen noch keine Einigung erzielt. Die Kreise haben zunächst knapp 40 Millionen € gefordert und diesen Betrag später auf 25 Millionen € reduziert, ohne diese Beträge jeweils näher zu begründen. Eine Begründung brauchen wir aber natürlich. Das Land hält einen einstelligen Millionenbetrag für gerechtfertigt. In dieser Frage, meine Damen und Herren Kollegen, werden die Gespräche mit dem Landkreistag fortgesetzt. Ich bin sicher, dass wir da zu einer Lösung kommen werden.

Jetzt zur Übernahme der Beschäftigten der Vermessungsverwaltung durch verschiedene Landkreise. Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen, dass der Wechsel des Personals insgesamt sehr erfolgreich verlaufen ist. In nahezu allen Fällen konnten sozialverträgliche Lösungen gefunden werden, die dann auch räumlich abgewogen sind und den Interessen der einzelnen Beschäftigten sehr weit entgegenkommen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Man muss sich aber einmal vor Augen halten, dass es ein Wechsel von 12 000 Beschäftigten war. Vorhin wurde das vom Kollegen Heinz erwähnt. 12 000 Beschäftigte sind zu den Kreisen gewechselt. Das war eine gigantische Herausforderung für alle Beteiligten.

(Beifall des Abg. Blenke CDU – Abg. Blenke CDU: Und die ist gut gemeistert worden!)

– Ja, die gut gemeistert wurde – nicht zuletzt dank der Flexibilität der Beschäftigten selbst.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Denen blieb ja gar nichts anderes übrig!)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich ausdrücklich bei den betroffenen Beschäftigten und den Mitarbeitern in den Personalabteilungen.

Dieses positive Fazit gilt grundsätzlich auch für die ehemals 2 200 Beschäftigten der bisherigen Staatlichen Vermessungsämter. Es gab in der Vermessungsverwaltung noch 20 Fälle – das wurde vorhin gesagt –, in denen der Wechsel zu den Kreisen noch nicht vollzogen werden konnte. Nur 20 von 2 200! Fünf Kreise haben für diese Beschäftigten eine Nachbesserung des Finanzausgleichs gefordert.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Mit Recht!)

Einer der Gründe ist, dass es im Vermessungsbereich nach dem 1. April 2003, also dem Stichtag, noch zu mehreren Versetzungen kam, die im Finanzausgleich nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Die Landesregierung hat sich sehr frühzeitig dieser Fälle angenommen. Mein Kollege, Herr Wirtschaftsminister Pfister, hat in Abstimmung mit dem Finanzministerium und meinem Haus dem Landkreistag schon Ende letzten Jahres zugesagt, dass der Finanzausgleich im Vermessungsbereich so angepasst wird, dass alle personellen Veränderungen bis zum Oktober 2004 berücksichtigt werden können. Das Finanzministerium hat dies auch, wie ich vorhin bereits erwähnt habe, für eine FAG-Änderung vorgemerkt.

(Minister Rech)

Meine Damen und Herren, es trifft zu, dass gerade in der Vermessungsverwaltung Problemfälle aufgetreten sind. Ich habe die Gründe dafür genannt. Ein Grund dafür war, dass im Landesbetrieb Vermessung vor der Verwaltungsreform für alle 35 Staatlichen Vermessungsämter der Stellenplan wie ein Stellenpool bewirtschaftet wurde. Auf ein Sollkonzept wurde im Unterschied zu den anderen Verwaltungsbereichen verzichtet, da bereits vor der Verwaltungsreform Einräumigkeit bestand. Nur im Rahmen eines Sollkonzepts hätten die absehbaren personellen Veränderungen berücksichtigt werden können.

Dass das Thema Polizeipostenstruktur heute nicht mehr angesprochen wurde,

(Abg. Blenke CDU: Sogar vom Antragsteller nicht!  
– Gegenruf des Abg. Oelmayer GRÜNE: Das liegt  
bloß an der mangelnden Zeit!)

zeigt, dass Sie die Realitäten und das Funktionieren vor Ort erkannt haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt kommen die Revie-  
re dran!)

Deswegen will ich darauf nicht mehr eingehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: 222!)

Der Übergang der Lebensmittelüberwachung von der Polizei auf die unteren Verwaltungsbehörden lief, wenn man die Gesamtdimension betrachtet, relativ reibungslos ab. Da gab es lediglich im Bereich der Gaststättennachschau noch Klärungsbedarf. Dazu werden wir schon in Kürze mit den kommunalen Landesverbänden und den betroffenen Ressorts ein klärendes Gespräch führen.

(Abg. Blenke CDU meldet sich zu einer Zwischen-  
frage.)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Blenke?

**Innenminister Rech:** Gerne.

**Abg. Blenke CDU:** Herr Innenminister, können Sie nach dem sehr bemerkenswerten Auftritt des Herrn Kollegen Gall vorhin

(Abg. Fischer SPD: Der war nicht bemerkenswert,  
der war sehr gut!)

– ja, der war sehr gut; er befindet sich jetzt ein bisschen in der Chill-out-Phase –, bei dem er bemängelte, die Zahl der Lebensmittelkontrolle ausübenden WKD-Beamten sei durch ein Gutachten eines Unternehmensberaters ermittelt worden

(Abg. Gall SPD: Mummert + Partner!)

– Mummert + Partner –, sagen, wie der Innenminister hieß, der im Jahr 1995 dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat?

(Abg. Gall SPD: Da können Sie auch mich fragen!)

– Aber er redet gerade.

**Innenminister Rech:** Zunächst einmal hat es mich vorhin auch ein bisschen nachdenklich gestimmt, dass man Gutachten aus dem Jahr 1995 für Fragen zurate zieht, die heute und für die Zukunft gelöst werden müssen. Aber ich habe es nicht erwähnt, weil ich den Kollegen Gall als engagierten Redner ebenso wie als engagierten Fußballkameraden schätze.

(Abg. Gall SPD: Und Feuerwehrmann!)

Aber jetzt muss ich es doch beantworten: 1995, in Zeiten der großen Koalition, wurde das Gutachten, wie gesagt, an Mummert + Partner vergeben. Wir sollten uns jetzt darüber mit keinem weiteren Satz unterhalten. Wir haben sachgerechte Strukturen. Wir haben Analysen, die uns zu besseren Ergebnissen kommen lassen, als es damals wohl möglich gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt: Änderungsbedarf im Rahmen der Flurneuordnung. Aufgrund der Besonderheiten in den Strukturen der Flurneuordnungsverwaltung war die Umsetzung in diesem Bereich nicht einfach. Das gebe ich zu. Es war auch nicht anders zu erwarten. Einerseits war es richtig, auch hier die Aufgaben auf die Landratsämter und die Regierungspräsidien zu verlagern, um den Grundsatz der Einheit der Verwaltung zu verwirklichen. Andererseits war darauf Rücksicht zu nehmen, dass der Bedarf an Flurneuordnungsverfahren regional und zeitlich verschieden ist, variiert. Ich denke, wir haben mit dem Modell, nach dem jeder Landkreis auf Wunsch ein Flurneuordnungsteam erhält und zusätzlich vom Land Poolteams bereitgehalten werden, eine Kompromisslösung gefunden. Jeder Landkreis hat eine Grundausstattung an Personal und sachlichen Mitteln erhalten, die es ihm erlaubt, Flurneuordnungsverfahren selbstständig durchzuführen. Mit sechs Ausnahmen haben alle Landkreise von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht. Mit den Poolteams kann das Land von überregionalen Standorten aus flexibel und bedarfsorientiert reagieren.

Natürlich haben wir vor der Verabschiedung der Reform auch denkbare Alternativen geprüft, beispielsweise die Volleingliederung der Ämter und des Personals in die Landratsämter. Das wurde ja vom Landkreistag gefordert. Bei dieser Alternative wäre es aber nach meiner Überzeugung wesentlich schwieriger geworden, sicherzustellen, dass das Personal dort eingesetzt werden kann, wo die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte liegen. Ich will an dieser Stelle aber betonen, dass allen Landratsämtern die Zuständigkeit und die fachliche Verantwortung für die Aufgaben der unteren Flurbereinigungsbehörden übertragen wurden, und zwar unabhängig davon, ob sie diese Aufgaben mit den Beschäftigten der Poolteams oder mit den Beschäftigten der Grundteams erledigen.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich werden wir die Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform aufmerksam begleiten und beobachten. Für eine Bilanz ist es ganz sicher noch zu früh. Wir sollten der neu strukturierten Flurneuordnungsverwaltung ausreichend Zeit geben, sich in der Praxis zu beweisen.

Die große Verwaltungsreform wird sich in ihrer Struktur und in ihren Zielen ganz sicher in der Praxis beweisen. Wir

(Minister Rech)

sollten den weiteren Prozess – der Zug fährt, auch wenn Sie nicht mit drin sitzen, und er fährt in der richtigen Richtung – jetzt begleiten, damit wir diese Ziele, wie vereinbart, auch erreichen können. Ich bin sicher, dass dies gelingen wird. Dann werden unsere Bürger die positiven Auswirkungen schon sehr schnell zu spüren bekommen – mit integrierten Entscheidungen, mit schnelleren Entscheidungen, mit Entscheidungen in einer Hand. Die Behörden werden sich wegen ihrer verschiedenen Interessen an einem Tisch zusammenraufen müssen. Genau dies brauchen wir in diesem Land – in Baden-Württemberg, aber auch darüber hinaus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

(Abg. Blenke CDU: Ist er wieder fit? Er hat sich ausgeruht! Gall, die Zweite! – Weitere Zurufe)

**Abg. Gall SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig rührend, wie Sie sich heute um mich zu kümmern scheinen.

(Abg. Blenke CDU: Mir liegt mein Ausschussvorsitzender am Herzen!)

Herr Kollege Blenke, bezüglich Ihrer Nachfrage zum Gutachten von Mummert + Partner aus dem Jahr 1995 will ich nur anmerken, dass dieses Gutachten entgegen der Auffassung des damaligen Innenministers vom Staatsministerium in Auftrag gegeben wurde. Selbst das Staatsministerium hat aber die Feststellungen des Gutachtens abgelehnt, während Sie, Herr Rech, genau diese Zahlen als Grundlage der Verschiebung zu den Kreisen herangezogen haben.

(Abg. Blenke CDU: Schwer recherchiert!)

– Schwer recherchiert. Es ist gut vorbereitet, aber Sie sind dem Ganzen im Prinzip ja auf den Leim gegangen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Herr Heinz, in Ihre Richtung will ich sagen: Diese Reform wurde nicht etwa, wie Sie gesagt haben, nach Abwägung unterschiedlicher Auffassungen auf den Weg gebracht. Sie erinnern sich doch ganz genau, dass hier überhaupt keine Abwägung stattgefunden hat. Andere Meinungen haben Sie bei diesem Verwaltungsvorhaben letztlich doch gar nicht interessiert.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Meine Damen und Herren, wir bleiben dabei: Insbesondere der Bürger – für ihn haben Sie die Reform augenscheinlich ja gemacht; zumindest haben Sie dies immer behauptet – hat nichts, aber auch gar nichts von dieser vermeintlichen Reform.

(Abg. Schneider CDU: Ach komm! 20 % Kosten weg!)

Das Argument der Einräumigkeit der Verwaltung, Herr Innenminister, das Sie eben auch genannt haben, ist doch letztlich nichts anderes als eine Worthülse.

(Abg. Blenke CDU: Ist eine Kostensenkung zugunsten der Bürger nichts?)

Denn kein Bürger, keine Bürgerin will doch – um Beispiele zu nennen – gleichzeitig zur Gewerbeaufsicht, zum Versorgungsamt oder gar zum Schulamt.

(Abg. Schneider CDU: Was? Beim Versorgungsamt? – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger wollen doch zum Beispiel, dass sie nicht etwa wegen der An- und Abmeldung eines Pkws 50 Kilometer zur nächsten zuständigen Behörde fahren müssen und hierfür auch noch Urlaub nehmen müssen.

(Abg. Blenke CDU: Wo ist das? – Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Dies wäre zum Beispiel vom Bürger her gedacht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich will aber auch noch ein Wort zu den Kosten dieser Reform sagen: Die Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 13/3164 zeigt doch auch,

(Unruhe)

wie wenig ernst – man könnte auch sagen: wie abschätzig – die Regierung das Parlament, und zwar in seiner Gesamtheit, behandelt.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

In dieser Stellungnahme werden Antworten gegeben wie – ich nenne Ihnen Beispiele; Sie können sie in der Stellungnahme nachlesen –:

*Ein Teil der einmaligen Aufwendungen steht nach Art, Höhe und Entstehungszeitpunkt derzeit noch nicht abschließend fest.*

(Abg. Schneider CDU: Ja, das ist doch klar!)

Man hätte auch schreiben können „keine Ahnung“.

(Abg. Schneider CDU: Ach komm!)

Weiter heißt es:

*Daneben werden ... mittelfristig weitere Kosten entstehen, die heute ebenfalls noch nicht beziffert werden können.*

Also auch „keine Ahnung“.

(Abg. Schneider CDU: Ach komm!)

Weiter heißt es, ob durch die Unterbringung von Landesbehörden Kosten entstünden, könne derzeit noch nicht gesagt werden und sei nicht absehbar. Also auch „keine Ahnung“. Solche Antworten, meine Damen und Herren, müssten doch auch Parlamentarier der Regierungsfractionen auf die Palme bringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Schneider CDU: Da hat nur einer keine Ahnung! – Abg. Blenke CDU: Haben Sie dem Innenminister nicht zugehört?)

(Gall)

Es bleibt dabei: Ihre Verwaltungsreform ist nicht etwa effizienter, sie ist bürokratischer.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Gall, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Gall SPD:** Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Das sagen wir aufgrund der Aussagen von Beschäftigten. Beschäftigte dieser Ämter sagen Ihnen dies doch sicherlich auch.

(Abg. Schneider CDU: Nein, eben nicht!)

Dass diese Verwaltungsreform nun formal vollzogen ist, meine Damen und Herren, ist kein Beweis für ihre Richtigkeit. Da stehe ich ausdrücklich und uneingeschränkt hinter der Meinung des ehemaligen Landtagsdirektors und beziehe mich auf ihn. Ihre Verwaltungsreform hat den Namen „Reform“ nicht einmal ansatzweise verdient.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Denn „Reform“ bedeutet eigentlich Hinwendung zum Besseren. Solche Vorschläge gab es. Ihre Reform – dessen bin ich mir sicher – wird, wenn die Schamfrist vorüber ist, ...

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Gall, kommen Sie bitte zum Ende.

**Abg. Gall SPD:** ... vor Ort jede Menge an Nachbesserungen erfahren müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Nichts! Nur behauptet! – Abg. Heinz CDU: Sonst fällt ihm nichts mehr ein! – Abg. Blenke CDU: Jetzt wird seine Redezeit auch endlich ausgeschöpft! – Weitere Zurufe von der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Anträge.

Die Anträge Drucksachen 13/2603, 13/3164, 13/3267, 13/4233 und 13/4129 sind Berichtsanträge und durch die Aussprache erledigt.

Wir kommen zum Antrag Drucksache 13/4206. Abschnitt I dieses Antrags ist ein Berichtsantrag und durch die Aussprache erledigt. Wird zum Abschnitt II Abstimmung gewünscht?

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Überweisung!)

Dann lasse ich über Abschnitt II abstimmen. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/4206 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2938. Abschnitt I ist ein Berichtsantrag und durch die Aussprache erledigt. Wünschen Sie Abstimmung über Abschnitt II?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Erledigt!)

– Abschnitt II ist erledigt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Zunächst einmal!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:21 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 13/4316**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Auszeichnung deutscher Soldaten in Afghanistan

Herr Kollege Behringer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Behringer CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Trifft es zu, dass Soldaten aus anderen Bundesländern, beispielsweise aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, für ihren schwierigen und lebensgefährlichen Dienst in Afghanistan spezielle Verdienstorden ihrer jeweiligen Bundesländer erhalten, während die baden-württembergischen Soldaten bisher leer ausgehen?
- Plant die Landesregierung, einen entsprechenden Landesorden für die baden-württembergischen Soldaten nach schwierigen Einsätzen zu schaffen oder sie in sonstiger Weise besonders auszuzeichnen oder zu ehren?

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister Stächele, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage namens der Landesregierung.

(Abg. Stickelberger SPD: Das war Vorschussbeifall!)

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele:** Herr Abg. Behringer, namens der Landesregierung beantworte ich Ihre Anfrage wie folgt:

Als sichtbares Zeichen für die Teilnahme an Einsätzen oder auch bei besonderen Verwendungen außerhalb des in Deutschland stattfindenden Dienstes, insbesondere bei humanitären, friedenserhaltenden oder Frieden schaffenden Maßnahmen, hat der Bundesminister der Verteidigung 1996 für Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr die

(Minister Stächele)

Einsatzmedaille der Bundeswehr gestiftet. Es handelt sich dabei um eine Auszeichnung im ordensrechtlichen Sinne.

Die Einsatzmedaille wird in drei Stufen verliehen. Voraussetzung für die Verleihung der Medaille in Bronze ist eine Einsatzdauer von mindestens 30 Tagen im jeweiligen Einsatzland, für die Verleihung der Medaille in Silber müssen es bereits 360 Tage sein, und für die Verleihung der Medaille in Gold bedarf es einer Einsatzdauer von 690 Tagen. Dabei muss der Dienst allerdings nicht unbedingt zusammenhängend erbracht werden, sondern er kann jeweils auch in Teilabschnitten geleistet werden.

Diese Einsatzmedaille kann mittlerweile für insgesamt – auch diese Zahl ist interessant – 26 verschiedene Auslandseinsätze der Bundeswehr verliehen werden, darunter auch für die Teilnahme am Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Afghanistan-Mission ISAF. Diese Einsatzmedaille der Bundeswehr im Rahmen der Afghanistan-Mission wurde bislang tatsächlich 16 986-mal verliehen. Wir haben allerdings keine Informationen darüber, wie sich diese Zahlen auf die einzelnen Bundesländer verteilen.

Die Einsatzmedaille selbst wird vom Bundesminister der Verteidigung verliehen. Dabei erfolgt die Aushändigung in der Regel im Einsatzland durch die dortigen Kommandeure vor der Rückkehr der jeweiligen Soldatinnen und Soldaten in die Heimat.

Eine Umfrage hat ergeben, dass es neben dieser Einsatzmedaille keine speziellen Orden der Länder zur Würdigung des Einsatzes von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gibt. Die Länder selbst haben also keine entsprechenden Orden hierfür eingerichtet.

Sie wissen, dass die Landesregierung diesen Einsatz immer in besonderer Weise würdigt. Das zeigt beispielsweise der viel beachtete Besuch von Ministerpräsident Teufel am 3. Oktober 2000 bei den Einheiten im Kosovo. Ministerpräsident Teufel hat dann bei uns hier in Deutschland zwei Einheiten der Bundeswehr – es waren Kommandospezialkräfte aus Calw – das so genannte Fahnenband des Landes Baden-Württemberg als Auszeichnung des Landes für diesen Einsatz überreicht und damit ihre Verdienste gewürdigt. Auch Ministerpräsident Oettinger plant, entsprechende Einsatzorte zu besuchen.

Aber, wie gesagt, die Verleihung und Aushändigung von Orden auf der Ebene des Bundes erfolgt durch den Bundesminister der Verteidigung.

(Abg. Behringer CDU: Danke schön!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine Zusatzfrage?

(Abg. Behringer CDU: Nein, keine Zusatzfrage!)

Dann rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – Stuttgart nicht mehr sicherste Großstadt in der Bundesrepublik

Herr Abg. Gaßmann, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Gaßmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Was sind die Ursachen für die extrem angestiegene Zahl von Straftaten in der Landeshauptstadt Stuttgart, insbesondere bei den Wohnungseinbrüchen und der Kinder- und Jugendkriminalität?
- Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um dem Kriminalitätsanstieg entgegenzuwirken und Stuttgart auf der Liste der sicheren Großstädte nicht weiter abrutschen zu lassen?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Köberle, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung namens der Landesregierung.

**Staatssekretär Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ihre Mündliche Anfrage, Herr Kollege Gaßmann, beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt – das wird eine sehr lange und ausführliche Antwort werden –:

Stuttgart war seit dem Jahr 2000 vier Mal in Folge die im Bundesvergleich sicherste Großstadt in Deutschland. Im aktuellen Vergleich für das Jahr 2004 liegt Stuttgart auf Rang 3 hinter München und Essen und vor Dortmund, Köln und Düsseldorf. Dabei ist der Abstand zu den beiden ersten Städten relativ gering, zu den genannten drei nachfolgenden Städten aber deutlich.

Der Anstieg der Zahl der Straftaten um insgesamt 4 405 Fälle oder 23,6 % kann im Wesentlichen auf fünf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden:

Erster Faktor: Serienstraftaten im Deliktsbereich „Waren- und Warenkreditbetrug“ führten zu einem Anstieg um 1 391 Fälle oder 116 %. Hierbei nahm die Verkaufsplattform Internet eine besondere Rolle ein.

Zweitens fanden in Stuttgart intensive polizeiliche Kontrollen statt. Allein im Rahmen des Konzeptionseinsatzes „Sichere Innenstadt“ zur Bekämpfung der Rauschgift- und Straßenkriminalität wurden ca. 10 000 Personen mehr als im Vorjahr kontrolliert. Dies führte zu einer Aufhellung des Dunkelfelds und zwangsläufig zu einem Anstieg bei der registrierten Rauschgift- und Straßenkriminalität. Insgesamt wurden in diesen beiden Deliktsfeldern 1 492 Fälle mehr registriert.

Der dritte Grund für den Anstieg der Zahl der Straftaten besteht darin, dass die Bundesgrenzschutzinspektion Stuttgart im Jahr 2004 1 813 Fälle mehr für die Kriminalstatistik angeliefert hat. Dies ist insbesondere auf eine vom Bundesgrenzschutz im Jahr 2004 geschlossene Ordnungspartnerschaft mit der Deutschen Bahn AG zurückzuführen, was zu einem stringenten Anzeigeverhalten der Deutschen Bahn AG führte und sich besonders bei der Zahl der Sachbeschädigungsdelikte bemerkbar machte.

Viertens: Ursächlich für die Zunahme der Zahl der Gesamtstraftaten ist auch das geänderte Anzeigeverhalten der Stuttgarter Straßenbahnen AG. Dies führte zu einem immensen Anstieg um 1 907 Fälle beim Deliktsfeld „Erschleichen von Leistungen“.

(Staatssekretär Köberle)

Als fünften und letzten der großen Gründe für den Anstieg nenne ich die Umstellung der Landesdatenhaltungssysteme der Polizei auf das neue, bundesweite Informationssystem der Polizei ab Mitte November 2003. Durch diese Umstellung kam es dazu, dass beim Polizeipräsidium Stuttgart für das Jahr 2003 etwa 1 500 Fälle zu wenig und in der Folge für das Jahr 2004 zu viel erfasst wurden. Straftaten, die im Jahr 2003 begangen wurden, sind dann also erst im Jahr 2004 mitgerechnet worden.

Beim Deliktsfeld Wohnungseinbruch wurde für das Jahr 2004 zwar ein Anstieg um 168 Fälle oder 30,5 % gegenüber 2003 verzeichnet. Im längerfristigen Vergleich ist die Lage aber deutlich entspannter. So verringerte sich die Zahl der Wohnungseinbrüche in den letzten zehn Jahren um 19,8 % auf 718 Delikte im Jahr 2004.

Im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität ist die Anzahl der Tatverdächtigen im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 1 458 oder 27,4 % angestiegen. Hierbei ist bei den Kindern eine Zunahme um 16,7 %, bei den Jugendlichen um 32,3 % und bei den Heranwachsenden um 27,1 % zu verzeichnen. Dagegen bewegt sich der Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen an der Gesamtzahl seit 2002 bei nahezu 25 %. Die deutlichen Anstiege resultieren vor allem aus Zuwächsen in den Deliktsbereichen Körperverletzung und Diebstahl, die in hohem Maße auch von der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung abhängig sind. Zudem wurden im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität die Kontroll- und Ermittlungsmaßnahmen verstärkt. Hierdurch konnte eine Vielzahl von Fällen vom Dunkel- ins Hellfeld überführt werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Kriminalitätsanstieg in Stuttgart zu einem gewissen Teil aus tatsächlichen Zuwächsen, mehr aber aus besonderen, einmaligen Verzerrungsfaktoren sowie einer deutlichen Aufhellung des Dunkelfelds resultiert. Der gewollte Anstieg durch verstärkte polizeiliche Aktivitäten zeigt, dass die Polizei in Stuttgart die Probleme angeht, Verfolgungsdruck aufbaut und sich um die Dinge frühzeitig kümmert, bevor sich Fehlentwicklungen verfestigen.

Jetzt zum zweiten Teil Ihrer Anfrage: Die Landesregierung wird auch im Jahr 2005 an ihrer bewährten Linie festhalten. Hierbei setzt die Polizei auf eine Doppelstrategie aus konsequent repressiven wie auch zielgruppengerechten präventiven Maßnahmen. Insbesondere verstärkte Präsenz sowie frühzeitige und niederschwellige Kontrollmaßnahmen, zum Beispiel intensivierete Bestreifung von Brennpunkten, Präventionseinsätze, verstärkte Jugendschutzkontrollen, sowie das bewährte Sicherheitskonzept „Sichere Innenstadt“ tragen zu einer insgesamt sehr guten Sicherheitslage bei.

Um dem Anstieg der Zahl der Wohnungseinbrüche entgegenzuwirken, wurden bereits ab Februar 2004 umfangreiche repressive und präventive Maßnahmen wie Intensivierung der Präventionsveranstaltungen, gezielte Präsenzeinsätze in betroffenen Wohngebieten sowie Fahndungsstreifen durchgeführt und Verhaltensempfehlungen gegeben. Zur weiteren Optimierung der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls wurde eine Ermittlungsgruppe Wohnungseinbruch eingerichtet, die seit 1. Februar dieses Jahres die zentrale Auswertung und umfassende Ausermittlung

sämtlicher Wohnungseinbrüche in Stuttgart übernommen hat.

Die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität bleibt nach wie vor ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit. Aus diesem Grund hat die Polizei die bewährten und erfolgreichen Arbeitstechniken aus dem Modellprojekt „Haus des Jugendrechts“ in Bad Cannstatt seit dem 1. Januar 2005 auf das gesamte Stadtgebiet und übrigens auch landesweit übertragen und damit ein breit angelegtes Maßnahmenpaket zur Eindämmung der Jugendkriminalität umgesetzt. Kernpunkte sind die Einführung des Wohnortprinzips in der polizeilichen Jugendsachbearbeitung, eine hierdurch optimierte Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Jugendhilfe im Rahmen eines Stufenmodells auf der Grundlage neu gefasster Diversions- und Zusammenarbeitsrichtlinien, eine frühzeitige und systematische Intervention gegen Schulschwänzen und Jugendgefährdungen sowie die gezielte Förderung der Jugendkriminalprävention aus Mitteln der Landesstiftung. Insbesondere mit dem Stufenmodell wird über die Möglichkeiten der informellen Verfahrenserledigungen hinaus auf das gesamte Spektrum möglicher Reaktionen zurückgegriffen, um so zeitnah und individuell auf delinquentes Handeln junger Tatverdächtiger reagieren zu können.

Darüber hinaus wurde auch die ursachenorientierte Präventionsarbeit deutlich forciert. Allein 18 Initiativen befassen sich mit der Zielgruppe Kinder und Jugendliche.

Fazit, Herr Gaßmann: Die Landeshauptstadt liegt mit deutlichem Abstand zu weiteren Städten unter den drei sichersten Großstädten bundesweit. Sie hat eine personell recht ordentlich ausgestattete Polizei mit einer zeitgemäßen Organisation. Die aktuellen statistischen Entwicklungen geben keinen Anlass, an der grundsätzlich guten Sicherheitslage Stuttgarts zu zweifeln. Gerade in den Deliktsbereichen, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung besonders beeinträchtigen wie der Straßenraub und nunmehr auch der Wohnungseinbruch, sind die Zahlen rückläufig. Auch weiterhin werden alle Anstrengungen unternommen werden, die Sicherheit in Stuttgart auch künftig auf hohem Niveau zu halten.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Gaßmann.

**Abg. Gaßmann SPD:** Herr Staatssekretär, welche Erklärung gibt es dafür, dass die Stuttgarter Polizei von 62 000 Straftaten im Jahr 2004 ausgeht, während das Innenministerium wenige Wochen zuvor von einer um etwa 10 % niedrigeren Zahl von Straftaten ausgegangen ist, nämlich von ca. 56 000? Welche Zahl ist nun richtig?

**Staatssekretär Köberle:** Ich muss der Frage nachgehen. Ich kann nicht aus dem Stand heraus sagen, warum da zwei unterschiedliche Zahlen vorliegen. Vielleicht hat es damit zu tun, dass bei der Übertragung der Zahlen von 2003 auf 2004 unterschiedlich gerechnet wurde.

Übrigens, um Vergleiche zu ermöglichen, wurden die Zahlen der Jahre 2003 und 2004 zusammengezogen und wurde ein Durchschnittswert genommen. Deshalb sollte man nachschauen, ob das jetzt der Durchschnittswert von 2003 und 2004 ist oder eine bereinigte oder nicht bereinigte Zahl.

(Staatssekretär Köberle)

Ich habe ja vorhin darauf hingewiesen, dass es durch die Umstellung der Datenerfassung teilweise nicht einfach ist, in der Jahresfolge von Jahr zu Jahr einen Vergleich zu ziehen. Deshalb sind für diese zwei Jahre, für diese Umstellungszeit auch Durchschnittszahlen gewählt worden. Aber ich kann, bezogen auf die Zahl, die Sie konkret nennen, noch im Einzelnen nachprüfen, wo der Grund dafür liegt.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Frau Abg. Weckenmann.

**Abg. Ruth Weckenmann SPD:** Herr Staatssekretär, wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die Staatsanwaltschaft die jetzt bekannten Fälle der Jugendkriminalität zeitnah behandeln kann? Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft beklagt ja – das wissen Sie auch –, dass sie noch Personal abbauen muss, sodass deswegen zu erwarten ist, dass eine zeitnahe Behandlung der Fälle überhaupt nicht möglich ist. Sie rechnet mit fünf bis sechs Monaten. Verstehen Sie darunter immer noch die Maßnahmen, die im „Haus des Jugendrechts“ getroffen waren, nämlich zeitnahe Verurteilungen auch sicherzustellen?

**Stellv. Präsident Birzele:** Das waren zwei Zusatzfragen. – Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Köberle:** So war es.

Liebe Frau Kollegin, es gehört ja zu unseren Zielen, eine zeitnahe Strafverfolgung und Verurteilung zu erreichen. Wir sollten uns jetzt aber hier nicht nur auf Stuttgart konzentrieren, denn die Aufklärung von Straffällen ist ein Thema für das ganze Land. Dafür muss sowohl die Polizei als auch die Staatsanwaltschaft die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung haben. Aber ich kann jetzt nicht hier, weil im einen oder anderen Fall mehr Delikte von einem auf das andere Jahr festgestellt worden sind, neue Stellen verteilen, sondern die Aufgaben müssen im Rahmen der gegebenen Stellenhaushalte bewältigt werden können.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Meine zweite Frage haben Sie noch nicht beantwortet! Die war nämlich: Wie wollen Sie sicherstellen, dass es bei dieser gestiegenen Zahl an Fällen von Jugendkriminalität zu zeitnahen Verurteilungen kommt?)

– Die Übertragung des Modells von Bad Cannstatt auf die ganze Stadt oder das ganze Land?

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Auf die ganze Stadt!)

– Das habe ich gerade beantwortet: im Rahmen des Personals, das wir momentan haben. Jetzt haben wir erst in diesem Jahr die Umstellung gehabt. Warten Sie einmal ab, ob die Aufgaben bewältigt werden können oder nicht. Wir können nicht von vornherein schon unterstellen, dass das personell nicht möglich wäre.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Gaßmann, zweite Zusatzfrage.

**Abg. Gaßmann SPD:** Herr Staatssekretär, die Stuttgarter Stadtverwaltung ist immer davon ausgegangen, dass die Stadt Stuttgart, von den statistischen Zahlen her gesehen, die sicherste Großstadt in der Bundesrepublik sei. Habe ich

Sie richtig verstanden, dass dann, wenn schon im Jahr 2003 zeitnah erfasst worden wäre, Stuttgart auch schon im Jahr 2003 nicht auf Platz 1 gestanden wäre?

**Staatssekretär Köberle:** Die Zahlen der drei Städte, die auf den vordersten Rängen liegen, sind sehr, sehr nahe beieinander. Andersherum könnten Sie dann sagen, dass die Zahlen für 2004 besser sind. Das wäre auch eine Schlussfolgerung. Ich habe ja vorhin die Zahlen von 2003 genannt, die auf 2004 übertragen werden mussten. Dann sieht die Situation 2004 entspannter oder besser aus.

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Fort- und Weiterbildung für die nach der Verwaltungsreform an den Regierungspräsidien verbliebenen und die in die Kommunalverwaltungen eingegliederten Bediensteten

Herr Abg. Haas, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident, nach Rücksprache mit Herrn Staatssekretär Köberle und Herrn Innenminister Rech ziehe ich diese Mündliche Anfrage zurück. Herr Staatssekretär Köberle und Herr Innenminister Rech haben zugesagt, mir zu diesem Thema noch im Laufe dieses Jahres einen ausführlichen schriftlichen Bericht zukommen zu lassen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Die Zukunft der Führungsakademie in Karlsruhe

Herr Abg. Haas, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt die Landesregierung den Vorschlag, die Führungsakademie von Karlsruhe in die landeseigenen Liegenschaften in Bad Wildbad zu verlegen?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister Stächele, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele:** Herr Abg. Haas, ich beantworte im Auftrag der Landesregierung Ihre Anfrage wie folgt:

Die Führungsakademie ist und bleibt mit ihrem Sitz in Karlsruhe. Für einen Umzug nach Bad Wildbad besteht kein Grund, und es sind auch keine Vorteile erkennbar, die den Aufwand eines solchen Umzugs rechtfertigen würden. Allerdings erscheint nicht ausgeschlossen, dass die Führungsakademie vielleicht die eine oder andere Veranstaltung in Bad Wildbad durchführt. Dafür würde sich Bad

(Minister Stächele)

Wildbad sicher anbieten. Auch aus liegenschaftlicher und baulicher Sicht kann einer Verlegung der Führungsakademie nach Bad Wildbad nicht zugestimmt werden. Sie kennen die Immobilien der Führungsakademie in Karlsruhe: Sie sind optimal und mit gutem Geld umgebaut worden. Schließlich wäre auch die Frage, ob man mit dieser Immobilie überhaupt etwas anderes anfangen könnte. Es gibt also insgesamt keinen Grund, weiter über einen Umzug nachzudenken.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Minister, könnten Sie sich einen Grund dahin gehend vorstellen, dass die Unterbringung in Bad Wildbad in landeseigenen Immobilien kostengünstiger wäre? Denn angeblich – wie mir berichtet wurde – erfolgt die Unterbringung der an der Führungsakademie Studierenden in Karlsruhe in Hotels, was für das Land eine höhere finanzielle Belastung bedeutet.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele:** Zunächst einmal zur Unterbringung der Akademie in Karlsruhe im Schwedenpalais: Sie wissen, dass wir seinerzeit 2 Millionen € für den Umbau aufgewandt haben. Aber darum geht es Ihnen wohl nicht. Denn das ist ja in Ordnung.

Sie haben mehr die Teilnehmer in Karlsruhe im Auge und argumentieren, sie würden teuer untergebracht. Das ist natürlich ein Argument, das schnell zu einer Aushöhlung mancher zentraler Standorte führen würde. Allerdings ist es so – das wissen Sie ja –, dass man die Teilnehmer durchaus in der Stadt selbst unterbringen kann und unter Umständen Vertragspreise vereinbaren kann. Andererseits ist sicher auch das Umland von Karlsruhe geeignet, viele Absolventen der Akademie aufzunehmen. Ich hätte keine Bedenken, dies so fortzusetzen.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich werde die Information weitergeben!)

Ungeachtet dessen sind wir immer dankbar, wenn im Hochschwarzwald – auch in Titisee-Neustadt – möglichst viele Tagungen stattfinden, damit die dortigen Beherbergungsbetriebe belegt sind. Dafür bin ich allerdings sehr zu haben.

(Abg. Fischer SPD: Aber Titisee-Neustadt ist nicht Bad Wildbad!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Blenke.

**Abg. Blenke CDU:** Herr Minister, wie beurteilt die Landesregierung den Vorschlag, den ich sehr unterstütze, in Bad Wildbad das leer stehende Gebäude der ehemaligen Versorgungskuranstalt künftig zum Zwecke der Lehrerfortbildung zu nutzen, um somit strukturelle Verbesserungen für die Stadt Bad Wildbad und eine Entlastung für das Land zu erreichen?

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele:** Herr Abg. Blenke, das wird in der Tat geprüft. Es macht auch Sinn, das zu prüfen. Denn wir wissen – entsprechende Anfragen sind gelaufen; wir haben uns in den vergangenen Monaten auch schon mehrfach über dieses Thema unterhalten können –, dass der vor allem aus Gründen der Verkehrssicherheit zwingend notwendige

Aufwand für Donaueschingen, um dort den Betrieb aufrechterhalten zu können, in die Millionen geht. Eine Zahl liegt etwa bei 7,7 Millionen €. Das ist ein gewaltiger Betrag. Das sind die amtlichen Berechnungen, Herr Kollege Schuhmacher; die wollen wir jetzt einfach einmal dahingestellt sein lassen. Andererseits haben wir die Berechnung für Bad Wildbad, eine Liegenschaft, die nutzbar wäre.

(Abg. Capezzuto SPD: Richtig!)

Auch da muss ich mich auf amtliche Berechnungen berufen, nach denen wir dort mit einem Drittel, etwa 2 bis 2,5 Millionen €, zurande kämen.

(Abg. Capezzuto SPD: Wird das untersucht?)

Darüber nachzudenken, wenn es die Regierung nicht von sich aus täte, müsste sogar die Opposition fordern.

(Abg. Capezzuto SPD: Wird hiermit gefordert!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Fischer.

**Abg. Fischer SPD:** Herr Minister, nachdem Sie eben eine klare Aussage über die Führungsakademie in Bezug auf die Gebäude in Karlsruhe gemacht haben, frage ich Sie, wie ernst die Äußerungen in der Öffentlichkeit und vonseiten der Regierung zu nehmen sind, die Führungsakademie generell aufzulösen.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele:** Die Führungsakademie leistet gute Arbeit. Ich weiß, dass ihre Absolventen insbesondere auch im europäischen Kontext meist diejenigen sind, die nach ihren internationalen Stationen auch im Rahmen unseres europäischen Personalpools verfügbar sind. Wir wollen im Moment dahin umlenken, dass man diese Stationen noch mehr innersuropäisch absolviert. Ich glaube, dass man in dieser oder in einer ähnlichen Form immer wieder auf eine qualifizierte Ausbildung unserer Mitarbeiter Wert legen müsste.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD – Abg. Capezzuto SPD: Bleibt die Einrichtung bestehen? – Abg. Fischer SPD: Also bleibt sie zunächst bestehen!)

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Es gibt da Beschlüsse. Ich bin im Moment nicht ganz darüber im Bilde, wer wo was fordert.

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Fragestunde, Tagesordnungspunkt 4, erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 3. Mai 2005 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 13/4294, 13/4333**

**Berichterstatter: Abg. Stickelberger**

Das Präsidium hat für die Aussprache fünf Minuten Redezeit je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Herrmann.



**Abg. Herrmann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien geht es im Wesentlichen neben ein paar Detailpunkten um drei Änderungen: Erstens kommt der gesamte Verkehrs- und Straßenbereich zum Innenministerium, zweitens wird der Bereich „Kindergarten und vorschulische Bildung“ dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zugeordnet, und drittens ressortiert die Jugendpolitik künftig beim Sozialministerium. Wir – die CDU-Fraktion – sind mit diesen drei Änderungen und Ergänzungen einverstanden.

Im Ständigen Ausschuss gab es einen Punkt, der strittig diskutiert wurde. Vonseiten der SPD-Fraktion wurde angesprochen, dass sie eine grundlegende Kabinettsreform, insbesondere eine Reduzierung der Zahl der Ministerien, für richtig gehalten hätte. Meine Damen und Herren, wir haben nun in Baden-Württemberg seit dem Ende der großen Koalition

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

die gleiche Anzahl von stimmberechtigten Mitgliedern der Landesregierung und von Staatssekretären. Wir haben neben dem Ministerpräsidenten zehn Minister, zwei Staatssekretäre mit Kabinettsrang, sechs Staatssekretäre ohne Kabinettsrang

(Abg. Gaßmann SPD: So viele? Wieso braucht ihr so viele?)

und einen ehrenamtlichen Staatsrat. Wir haben die Zahl der Ministerien um zwei und damit deutlich reduziert, als die große Koalition zu Ende war. Man hat 1992 in der großen Koalition wegen einer Abgeordneten der SPD ein Extraministerium schaffen müssen, das unnötig wie ein Kropf war. Man hat dieses Ministerium aufgelöst und zwei weitere Ministerien zusammengelegt

(Abg. Capezzuto SPD: Im letzten Jahrhundert! –  
Abg. Gaßmann SPD: Dafür habt ihr eine zusätzliche Vizepräsidentin!)

und damit eine sinnvolle Reduzierung erreicht.

Wir sind der Auffassung, dass für den Rest dieser Legislaturperiode die jetzige Anzahl der Minister und Staatssekretäre für ein großes Bundesland wie Baden-Württemberg richtig und sachgerecht ist. Deshalb stimmen wir hier den Vorschlägen der Landesregierung zu. Die von Ihnen geforderte Reduzierung haben wir durchgesetzt, als Sie nicht mehr an der Regierung beteiligt waren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Gall SPD: Sie haben jetzt eine neue Vizepräsidentin! – Gegenruf der  
Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Jetzt reicht es aber!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Stichelberger.

**Abg. Stichelberger** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herr Kollege Herrmann, es ist schon bezeichnend, dass Sie zur Rechtfertigung Ihrer Argumentation auf Vorgänge zurückgreifen, die zehn Jahre zurückliegen. Heute Morgen haben wir über die Verwaltungsreform diskutiert, und da ist man unseren

Einwänden damit begegnet, das seien Argumente aus den Neunzigerjahren. Eben diese Argumente wärmen Sie jetzt in einer veränderten Situation auf.

Wir haben eine katastrophale Haushaltslage. Wir haben eine Verwaltungsreform durchgeführt, die für viele Bedienstete massive Veränderungen bringt, die die Struktur des gesamten Behördenapparats veränderte und mit der ja – das ist heute Morgen deutlich geworden – entsprechende Kosteneinsparungen erzielt werden sollen.

Für umso dringender haben wir es gehalten, dass auch auf der Ebene der Landesregierung mit dem Sparen und mit einer Umstrukturierung begonnen wird. Welcher Zeitpunkt hätte sich da besser angeboten als der jetzige mit der Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Neubildung der Regierung?

Wir haben schon in dieser Legislaturperiode viele Minister und Staatssekretäre kommen und gehen sehen.

(Abg. Gall SPD: Oh ja! – Abg. Rückert CDU:  
Hier!)

– Ja, leider auch Sie, Herr Rückert.

(Abg. Capezzuto SPD: Der hat es aber verdient!)

Wir haben eine massive Veränderung der Zusammensetzung des Kabinetts gehabt mit dem Ausscheiden von Dr. Schäuble als Innenminister und Dr. Repnik als Sozialminister, aber auch mit dem Ausscheiden der Minister Dr. Döring und Dr. Palmer.

(Abg. Gaßmann SPD: Das war aber nicht freiwillig!)

Jetzt haben wir wieder eine schwerwiegende personelle Umstrukturierung. In diesem Zusammenhang wäre es endlich an der Zeit gewesen, einen neuen Kabinettszuschnitt vorzunehmen. Diese große Chance, die sich sachlich eigentlich aufgedrängt hätte, ist versäumt worden.

Der Hinweis, man mache das sinnvollerweise nur vielleicht zu Beginn einer Legislaturperiode, zieht natürlich nicht, wenn man schon während der Legislaturperiode derart tief greifende personelle Veränderungen vorgenommen und ein regelrechtes Bäumchen-wechsle-dich-Spiel veranstaltet hat.

Wie sieht es denn mit unseren Ministerien aus? Wir hätten uns vorgestellt, dass beim Landwirtschaftsministerium angesetzt und dort umstrukturiert wird. Das Landwirtschaftsministerium hat seine Struktur schon verändert. Der Herr Staatsminister hat im Ständigen Ausschuss zwar darauf hingewiesen, das sei nicht, wie man landläufig oft kolportiert, ein Bauernministerium, sondern dort würden auch vielfältige andere Aufgaben erledigt. Gleichwohl haben wir natürlich durch die Integration der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter und andere Umstrukturierungen gerade im Agrarbereich, wenn Sie so wollen, dort sozusagen eine Dame ohne Unterleib. Der verhaltungsmäßige Unterbau ist weggefallen, der Wasserkopf, wenn Sie so wollen, bleibt uns erhalten. Dort hätte man ansetzen können und ansetzen müssen.

(Abg. Capezzuto SPD: Staatsrat!)

(Stickelberger)

Dafür haben wir aber immer noch einen Minister, eine Staatssekretärin und einen ehrenamtlichen Staatsrat. Also in personeller Hinsicht haben wir dort die volle Breite des Angebots mit verringerten Zuständigkeiten, mit weniger Kompetenz, mit weniger Aufgaben.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir hätten uns auch vorgestellt, dass im Bereich des Wirtschaftsministeriums angesetzt wird. Das Wirtschaftsministerium – wir haben dies im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung diskutiert – hat ja, wenn man so will, nur noch einen Rumpfetat. Gerade die Wirtschaftspolitik ist auf viele Ressorts verteilt. So hat etwa das Staatsministerium einen erheblichen Anteil, auch das Innenministerium – wenn man an die Wohnungswirtschaft denkt –, auch das Landwirtschaftsministerium für den Agrarbereich. Dort wird überall massiv Wirtschaftspolitik betrieben. Wir haben es beim Wirtschaftsministerium doch nur noch mit einem reduzierten Aufgabenbereich und einem verkleinerten Haushaltsvolumen zu tun. Auch da hätte man ansetzen können.

Wir halten es wiederum nicht für sinnvoll, gerade zum jetzigen Zeitpunkt ohne nähere Begründung das Verkehrsressort vom Umweltressort abzulösen. Ich erinnere an die Feinstaubproblematik und die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart dazu, aus der der Zusammenhang der beiden Bereiche gut ersichtlich ist.

Wir wollen ja nicht annehmen, dass Frau Gönner die Probezeit nicht bestanden hat. Es müssen also andere schwerwiegende Gründe sein, die uns aber bisher nicht dargelegt wurden, aus denen man ihr ein anderes, wesentlich verkleinertes Ressort gibt.

(Abg. Blenke CDU: Sie ist für jedes Ressort geeignet!)

Im Bildungsbereich kritisieren wir,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

dass man zwar einerseits die Zuständigkeit für die Kindergärten in den Bildungsbereich gibt – wir haben einen erweiterten Bildungsbegriff: „Lebenslanges Lernen“; das ist sinnvoll –,

(Abg. Braun SPD: Aber die Jugendarbeit herausnimmt!)

dass aber gleichwohl die Bildungsarbeit für Kinder bis zum Alter von drei Jahren nach wie vor im Sozialressort bleibt. Auch das ist keine sachlich erkennbare Konzeption, die für uns nachvollziehbar wäre.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Insgesamt: kein überzeugendes Konzept, viel Personalwechsel. Die SPD-Fraktion stimmt dem nicht zu.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Palmer zur Geschäftsordnung.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, da diese Reform im Wesentlichen das Werk des Ministerpräsidenten ist, halten wir seine Anwesenheit bei der Debatte für erforderlich und beantragen, ihn herbeizurufen.

(Abg. Seimetz CDU: Oh!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie haben gehört, dass der Antrag gestellt ist, den Ministerpräsidenten herbeizurufen. Wer diesen Antrag unterstützt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zuruf von der SPD: Machen wir doch glatt!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Widerspruch bei der CDU)

– Herr Kollege Schebesta bestreitet das Abstimmungsergebnis. Ich lasse noch einmal abstimmen. –

(Abg. Capezzuto SPD: Jetztet! – Abg. Seimetz CDU: Ich bitte um namentliche Abstimmung!)

Gegenprobe! –

(Unruhe)

Das Erste war die Mehrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU)

– Das festgestellte Ergebnis wird erneut bestritten. Dann kommen wir, so wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, zum Namensaufruf. Vielleicht ist durch diese Verzögerung gewährleistet,

(Abg. Seimetz CDU: Dann wird das richtige Ergebnis herauskommen!)

dass erstens die Mehrheit richtig hergestellt wird und zweitens der Ministerpräsident in der Zwischenzeit anwesend ist.

Frau Haller-Haid, ich bitte Sie, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Unruhe und vereinzelt Heiterkeit)

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben G.

(Namensaufruf – Ministerpräsident Oettinger tritt während des Namensaufrufs den Plenarsaal.)

Der Namensaufruf ist abgeschlossen. Ich schlage vor, dass wir die Debatte weiterführen, während die Schriftführer das Ergebnis feststellen. Dem Petitum des Antragstellers ist ja Rechnung getragen.

Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war eine etwas kuriose Abstimmung, bei der ich nicht sicher bin, ob alle Kolleginnen und Kollegen wussten, worüber sie abstimmen. Mir ist jeden-

(Dr. Noll)

falls das Nein zu Ihrem Antrag sehr leicht gefallen, weil sich Ihr Antrag erübrigt hatte, nachdem der Ministerpräsident vor kurzem persönlich eingetroffen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Blenke CDU: Sehr richtig! Eine Lachnummer war das! – Abg. Drexler SPD: Wo ist er denn? Ist er jetzt selber oder höchstselbst da? – Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD)

Daher habe ich Ihren Antrag frohen Herzens ablehnen können.

Nun darf ich mich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, auf die Behandlung dieses Tagesordnungspunkts im Ständigen Ausschuss berufen, an der ich persönlich teilgenommen habe.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ich muss schon sagen: Mir hat sich das Gefühl aufgedrängt, dass man pflichtgemäß noch einmal ein paar Dinge thematisiert hat, das Ganze aber nicht wirklich ernst genommen hat. Sonst wären die Redebeiträge, die dort zu verzeichnen waren, doch etwas deutlicher ausgefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Daher darf ich gleich vorweg sagen: Wir werden der Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien so, wie vom Ständigen Ausschuss empfohlen, zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Das glaube ich!)

Im Übrigen ist klar, dass wir das Motto „Bevor du nur bei den Indianern sparst, spare auch bei den Häuptlingen“ im Jahr 1996, als wir die große Koalition ablösen konnten, deutlich befolgt haben und die Regierung verschlankt haben.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wer da in Berlin im Glashaus sitzt, mit einer Unzahl von Staatssekretärinnen und Staatssekretären, sollte an dieser Stelle nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Freudenberg! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Nein, jetzt bitte nicht. Das wollen wir jetzt nicht verlängern.

(Abg. Drexler SPD: Ich wollte nur fragen, wie Sie das mit der Vizepräsidentin gemacht haben! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Der Minister des Staatsministeriums hat im Ständigen Ausschuss angemerkt, und dem ist nichts hinzuzufügen –

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

ich zitiere –:

*... grundsätzliche Überlegungen bezüglich des Ressortzuschnitts, über den es im Übrigen immer unterschiedliche Meinungen gebe, erfolgten unter Berücksichtigung ...*

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:**

*... neuer Entwicklungen üblicherweise nach einer Landtagswahl im Rahmen der Regierungsneubildung.*

Auch diesmal ist es so. Wir haben keine neue Koalition gebildet. Wir haben einen neuen Ministerpräsidenten gewählt, aber wir werden nach einer Landtagswahl selbstverständlich erneut über Ressortzuschnitte zu diskutieren haben; das ist doch völlig klar.

(Abg. Stickelberger SPD: Wer weiß? – Abg. Capezzuto SPD: Wer's glaubt, wird selig!)

Dass da Fragen wie die, wie es im Bildungsbereich oder im Wirtschaftsbereich weitergeht, selbstverständlich wieder Thema sein werden – immer unter dem Motto „Verschlankung, sinnvolle Zusammenlegungen nicht von vornherein ausschließen“ –, ist für uns auch klar. Aber jetzt würde eine solche Diskussion zur Unzeit geführt.

Lassen Sie mich jetzt nur noch zu zwei Änderungen Stellung nehmen. Gerade, als der Umwelt- und der Verkehrsbereich zusammengelegt wurden, gab es viele – wie ich meine, auch aus der grünen Fraktion –, die damals sehr kritisiert haben, dass man kein eigenständiges Umweltministerium mehr habe und damit die Bedeutung des Umweltbereichs mindere. Jetzt haben wir wieder ein eigenständiges Umweltministerium geschaffen, und jetzt wird das auch wieder kritisiert.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Als Letztes: Erfreulich aber finde ich, dass der Bereich Kindergarten künftig bei der Kultusministerin ressortiert. Das halten wir für ein wirklich wichtiges Signal.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn im Kindergartengesetz haben wir den Bildungsauftrag des Kindergartens neu mit aufgenommen. Wenn Sie in den Geschäftsverteilungsplan hineinschauen, lesen Sie nämlich, dass das Kultusministerium künftig für Kindergarten und vorschulische Bildung zuständig sein wird. Das war es eigentlich schon immer, und deswegen ist es jetzt nur sachgerecht, dass man diesen Bereich tatsächlich in das Kultusministerium hinübernimmt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist ja richtig! Aber warum nicht für die Kinder bis zu drei Jahren?)

(Dr. Noll)

– Weil wir derzeit in der Diskussion darüber sind, wie wir die Finanzverantwortung zwischen Kommunen und Land verändern wollen. Klar ist aber – und deswegen konnten wir diesen Schritt schon jetzt vollziehen –, dass, wenn es um Bildungspläne, um Orientierungspläne für den Kindergartenbereich geht, dies originärer bildungspolitischer Verantwortung bedarf und deswegen tatsächlich in das Ressort der Kultusministerin gehört.

(Zuruf des Abg. Mack CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und für Zweijährige? – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das beantwortet doch die Frage nach den Kleinkindern nicht!)

Daher, denke ich, haben wir mit dieser Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien eine sachgerechte Lösung gefunden.

Wir stimmen dem zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

**Stelly. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Abg. Mappus CDU: Der neue Bundestagsabgeordnete!)

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Heike!

(Heiterkeit)

Vor eineinhalb Jahren hat die Kollegin Dederer hier im Landtag eine Rede mit einem Zitat von Karl Simrock begonnen. Sie sagte nämlich, man solle Ämter mit Leuten versehen und nicht Leute mit Ämtern versehen.

(Abg. Heike Dederer CDU: Sehr gut! – Beifall der Abg. Heike Dederer CDU)

Da hat sie Recht, unabhängig von der Zugehörigkeit zur Fraktion. Aber wenn wir die Kabinettsreform betrachten, die hier vollzogen worden ist, dann muss man sagen: Den Anforderungen der Abg. Dederer wurde dabei nicht entsprochen. Denn, Herr Ministerpräsident, Sie haben hier ein mutloses Konzept vorgelegt. Zu einer Kabinettsreform hat es nicht gereicht. Sie haben Personalpolitik betrieben und nach den Personen die Ressorts zugeschnitten. Es ist ja wohl wirklich ein offenes Geheimnis, dass es keinen Grund gab, das Umwelt- und Verkehrsministerium auseinander zu dividieren. Herr Mappus ist ja so erfolgreich in seinem Ministeramt gewesen, dass er danach Fraktionsvorsitzender werden konnte. Das Ministerium war also so schlecht nicht.

Der Grund, warum dieses Ministerium zerstückelt werden musste, war, dass Sie einen Strafposten für Frau Gönner gesucht haben. Die Frage dabei war nur: Was ist eigentlich härter: die Zumutung, ihr dieses zerstückelte Ressort zuzuschieben, oder die Tatsache, dass sie das nachher auch noch angenommen hat? Wahrscheinlich wollten Sie das gar nicht. Diese Art von Ressortzuschneidung, meine Damen und Herren, entspricht nicht einem guten Neuanfang.

Sie haben nicht den Mut zur Kabinettsverkleinerung gehabt. Das war wohl ein Zugeständnis an die Ära Teufel. Es ist wirklich nicht einsichtig, warum ein Staatsrat Beyreuther, eine Staatssekretärin Gurr-Hirsch und ein Minister Hauk, warum alle drei für das Thema Ernährung zuständig sein sollen. Hier hätte eine Verschlinkung an der Spitze wirklich gut getan.

(Zuruf des Abg. Mack CDU)

Sie haben immer noch keine Antwort darauf gefunden, warum – wenn jetzt hoch qualifiziertes Personal in die Landesvertretung einrückt – zusätzlich ein Herr Freudenberg in Berlin sitzen muss.

(Abg. Herrmann CDU: Das ist ja kein Regierungsmitglied!)

Herr Ministerpräsident, wir wollen Ihnen einmal zugestehen, dass Sie aus Rücksicht auf die Mehrheit in Ihrer Partei – weil Sie die alte Gefolgschaft Ihres Vorgängers nicht vergrätzen wollten – diesmal keine Chance hatten, einen vernünftigen Schritt zu tun und eine echte Kabinettsreform anzugehen. So viel konzedieren wir. Aber sollten Sie nach der nächsten Landtagswahl noch einmal die Chance haben, ein Kabinett zu bilden,

(Abg. Blenke CDU: Davon gehen wir aus!)

dann erhoffen wir uns doch etwas mehr Mut von Ihnen. Andernfalls machen wir es besser, und das Kabinett wird kleiner.

(Lachen des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Herrmann CDU: Wie in Berlin, oder? – Abg. Blenke CDU: Wie in Berlin! – Abg. Dr. Birk CDU: Wer kandidiert bei Ihnen denn für das Amt des Ministerpräsidenten? – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mit Ihnen wird es kein Kabinett geben!)

Zum Ressortzuschnitt sind zwei kritische Punkte schon genannt worden. Bei der Betreuung der Kinder bis zu drei Jahren sind Sie inkonsequent geblieben. Wenn Sie schon den Kindergartenbereich im Kultusministerium ressortieren lassen – und wir sind uns ja einig, dass es da einen Bildungsauftrag zu erfüllen gibt –, dann hätten Sie auch eine Entscheidung für die gesamte Phase treffen müssen, anstatt einen erneuten Schnitt mit Schwierigkeiten und einer Schnittstellenproblematik zu schaffen.

Die Zerlegung des Umwelt- und Verkehrsministeriums gibt nun aber wirklich Anlass zur Sorge. Zum einen gibt es Anlass zur Sorge, weil die Person, die diesen Strafposten im Umweltministerium ausfüllen muss, ganz offensichtlich nur um Profilierung bemüht ist, um sich in die Zukunft zu retten. Während der Ministerpräsident noch von einer Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken um fünf Jahre spricht und wenigstens noch überprüfen will, ob die Sicherheit dann gewährleistet bleibt, prescht die Ministerin erst einmal vor. Offenbar geht das nach dem Motto „Mehr fordern bringt mehr Schlagzeilen“. Sie will gleich 18 Jahre draufsatteln,

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

(Boris Palmer)

noch über die technische Laufzeit der Atomkraftwerke hinaus. Das hat nun wirklich nichts mit sicherheitsorientierter Politik zu tun und sollte selbst denjenigen unter Ihnen, die der Atomkraft freundlich gesinnt gegenüberstehen, die Haare zu Berge stehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen ist es schlicht und ergreifend völlig sachfremd, die Einheit „Umwelt und Verkehr“ zu zerstückeln. Das will ich Ihnen zum Schluss noch anhand der Feinstaubproblematik deutlich machen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oh Gott!)

Zunächst müssen Verkehrserhebungen durchgeführt werden; Feinstaub ist ein Verkehrsproblem. Dafür ist das Innenministerium zuständig. Sind diese Daten einmal erhoben, muss gefragt werden: Wo misst man? Die Messungen muss das Umweltministerium anordnen, weil es für die Umweltmessgesellschaft zuständig ist – also vom Innenministerium zum Umweltministerium zur Umweltmessgesellschaft. Hat Letztere die Daten vorgelegt, muss man über die Maßnahmen nachdenken. Die Zuständigkeit für die entsprechenden Maßnahmen ressortiert teilweise im Verkehrsbereich, teilweise im Umweltministerium. Sie reden immer von Bürokratieabbau! Da haben Sie wieder viele, viele zusätzliche und unnötige Konferenzen, weil Sie dieses Ressort zerlegen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Schnittstellen wird es immer geben, egal, wie Sie das sortieren!)

Hat man sich irgendwann auf einen Maßnahmenplan geeinigt, folgt die Frage: Wie wird das überwacht? Die technische Überwachung außerhalb des Verkehrs muss das Umweltministerium gewährleisten, beim Straßenverkehr muss die Umweltmessgesellschaft über die UMEG wirken. Wenn es aber um die Wirksamkeit der Maßnahmen und um Verkehrserhebungen geht, muss wieder das Innenministerium die Daten zusammentragen. Wenn man diese Daten hat, wird schließlich wieder alles in Konferenzen beratschlagt. Ganz am Ende müssen Sie das fortschreiben, und dann geht alles wieder von vorne los. Da müssen Umweltministerium und Innenministerium zusammensitzen und fragen: Wer ist wofür zuständig? Wer beauftragt wen? Wie geht es weiter?

Meine Damen und Herren, wer in einer Zeit, in der Umwelt und Verkehr so sehr zusammengehören, diese beiden Bereiche trennt, ist nicht auf der Höhe der Zeit. Ich hoffe, dass Sie diesen Fehler möglichst bald wieder rückgängig machen. Eine Trennung trägt nur zu Bürokratie, aber nicht zu einer besseren Regierung und nicht zu einer besseren Verwaltung bei.

Ihre Kabinettsreform ist erstens mutlos, zweitens sachfremd und drittens einer falschen Personalpolitik geschuldet. Deswegen können wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das wundert uns nicht! – Abg. Mappus CDU: Das überrascht mich jetzt aber! – Abg. Mack CDU: Palmer als UVM-Fan! Dass ich das noch erleben darf!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Motto „Ämter mit Leuten statt Leute mit Ämtern“ sollte auch für manche Parlamentsredner gelten, lieber Kollege Palmer.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Manchmal überlegt man sich schon – ich kann mir vorstellen, dass das auch für viele gilt, die hier auf der Zuhörertribüne sitzen –: Was haben die für Sorgen? Natürlich machen Sie von einem Parlamentsrecht Gebrauch, wenn Sie Regierungsmitglieder herbeizitiern. Aber jeder, der hier sitzt, weiß, dass das nichts anderes ist als Kinkerlitzchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

Ich bin nicht mehr bereit, den Eindruck hinzunehmen, den die Leute mitnehmen, die hierher gekommen sind, um den Landtag zu besuchen und über die Landtagsarbeit informiert zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber diese Oberlehrerhaftigkeit der Regierung geht einem jetzt schon auf die Nerven!)

– Diese „Oberlehrerhaftigkeit“, Kollege Drexler, besteht nur darin, dass Ihnen einmal gesagt wird, was Sache ist,

(Abg. Drexler SPD: Das machen Sie die ganze Zeit! Im Präsidium machen Sie es auch!)

damit Sie einmal wissen, dass es eine andere Meinung gibt.

(Abg. Drexler SPD: Die Dringlichkeit von Anträgen! Nehmen Sie mal die Hand aus der Hosentasche!)

Sie müssen sich daran gewöhnen, dass Ihnen eine andere Meinung entgegengesetzt wird.

Jetzt aber zu dem Thema, um das es hier geht, die Abgrenzung der Geschäftsbereiche. Das können wir ganz ruhig abhandeln.

Kollege Stickelberger, ein Ansatz, den man ernsthaft diskutieren muss, ist immer die Frage, wie man sparen kann.

(Abg. Stickelberger SPD: Den sehe ich nicht!)

Sie haben ausgeführt: Jetzt machen wir eine Verwaltungsreform und setzen diese in der obersten Etage nicht fort. Das war der Gedankengang.

(Abg. Stickelberger SPD: Ja!)

Nun muss man allerdings wissen: Verwaltungsreform heißt, dass wir eine Effizienzrendite von 20 % erbringen – nicht nur im nachgelagerten Bereich, der auf der Kreisebene einbezogen wird, sondern gleichermaßen bei den Ministerien. Der Spargedanke wird also gleichermaßen unten wie oben in der Ministeriumsspitze verwirklicht.

(Minister Stächele)

Das andere ist die inhaltliche Frage, wie man ein Kabinett zuschneidet, wie man Ressortzuschnitte macht.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das haben wir jetzt gerade erlebt! Sehr interessant!)

Im Grunde bietet sich nach jeder Landtagswahl, immer dann, wenn ein Parlament sich neu zusammensetzt, wenn eine Regierung gebildet wird, die große Chance, nicht nur die Regierung umzugestalten, sondern auch entsprechend den Inhalten, die man im Wahlkampf verkündet und zu denen man sich bekannt hat, Ressorts zuzuschneiden.

Jetzt stellt sich eine andere Frage: Wie viele Ministerien sollen es denn sein, um der Aufgabe gerecht zu werden? Ich warne davor, zu glauben, dass nach der Verwaltungsreform weniger Ressorts notwendig sind. Ganz im Gegenteil! Wer einigermaßen Kenntnis von den Abläufen hat, der weiß, dass die nun gebotene Fachaufsicht unter Umständen eher noch ein Quäntchen mehr an Zuneigung und Intensität braucht, als das vorher der Fall war. Fachaufsicht heißt, dass ich ganz akribisch Sorge tragen muss, dass das, was Gesetz und Recht ist, dass mein politischer Wille in der dienstrechtlich und organisatorisch eigenständigen Ebene der Kreise umgesetzt wird.

Ich weiß das im Besonderen aus dem Bereich, für den ich vier Jahre lang Verantwortung getragen habe, dem Agrarbereich. Ich glaube, wir tun gut daran, gerade den Agrarbereich ins Auge zu fassen, denn dort wird in der Tat beispielhaft ausgeführt, finanzwirksam ausgeführt, was den qualifizierten Fachbereich und die Fachaufsicht ausmachen muss. Insofern können diese Gesichtspunkte nicht gelten. Gelten kann nur – und das wird nach der nächsten Landtagswahl wieder der Fall sein –, dass ich, an den Themen orientiert, Ressortzuschnitte mache. Das steht denen zu, die nach der Wahl die entsprechende Mehrheit hier im Haus haben werden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

Nun weiß ich, dass immer wieder der Zuschnitt des MLR angesprochen wird. Ich weiß, dass an manchen Stammtischen draußen ein gängiges Diskussionsthema ist: Brauchen die ein eigenes Ministerium? Aber darüber können nur diejenigen reden, die die Inhalte kennen. Im MLR als Infrastrukturministerium für den ländlichen Raum sind nicht nur der Bereich der Landwirtschaft, sondern auch die Lebensmittelsicherheit, der ganze Block des Naturschutzes, die Forstwirtschaft und, was ganz wichtig ist, die Infrastruktur-entwicklung für den ländlichen Raum gebündelt. Ich sage in aller Deutlichkeit: Wer dieses Ministerium abschaffen möchte,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Abschaffen will es niemand!)

der meint es nicht gut mit dem ländlichen Raum, sondern der schadet dem ländlichen Raum. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das will niemand abschaffen!)

Nun zu dem Thema „Verkehr und Umwelt“. Wenn ich recht sehe, sind diese Bereiche in Berlin auch sauber getrennt. Da gibt es den Umweltminister Trittin und den Verkehrsminister Stolpe.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Nicht mehr lange!)

– Nicht mehr lange, aber es gibt sie noch. Also sind die Dinge getrennt.

Aber jetzt will ich Ihnen sagen, warum es Sinn macht, das auch auf der Landesebene zu trennen.

(Abg. Stickelberger SPD: Und warum gerade jetzt?)

Wir haben mit dem Innenministerium ein klassisches, typisches Infrastrukturministerium. Durch die Verwaltungsreform sind Zuständigkeiten hinzugekommen, die es sinnvoll machen, dann auch die Fachaufsicht im Innenministerium als dem für die Kreisebene zuständigen Ministerium anzugliedern. Das heißt also, gerade das, um was es geht – Kommunen und Land, Bau, Straßenbau, Verkehr und gemeinsame Großprojekte –, kann nun in diesem Infrastrukturministerium sinnvoll und bedarfsgerecht geführt und geleitet werden. Wir denken an die Verbesserung der Sicherheit. Der Verkehrsbereich hat enge Bezüge zur Polizei. Wie gesagt, wir denken, dass Verkehr als ein Schwerpunkt in diesem Innenministerium richtig angesiedelt ist und dass die andere Aufgabe im Umweltministerium möglicherweise gerade deswegen optimiert weitergefahren werden kann.

Ich denke, dass wir den richtigen Zuschnitt gefunden haben, und bitte Sie deswegen auch um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung ist zugestimmt.

Dann gebe ich das Ergebnis der Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag bekannt:

Es haben sich 111 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein 62.  
Es gab keine Enthaltungen.*

Herr Abg. Theurer, Sie erhalten das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Herr Präsident, ich lege Wert auf die Feststellung und bitte dies festzuhalten, dass meine Stimmabgabe mit Nein nicht bedeutet, dass ich gegen die Anwesenheit des Ministerpräsidenten irgendetwas einzuwenden hätte.

(Lachen bei der SPD – Unruhe)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 10. Mai 2005 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/4320, 13/4332**

**Berichterstatter: Abg. Herrmann**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Herr Abg. Mack, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Mack** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So viel Einsicht gab es selten. Der Ständige Ausschuss hat dem vorliegenden Antrag der Regierung einstimmig zugestimmt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hoi!)

Die Regierungsmitglieder sollen die Belange unseres Landes in Unternehmen wahrnehmen, bei denen das Land Einfluss hat. Dies, meine Damen und Herren, sind wichtige Unternehmen. Denken Sie an die Landesbank Baden-Württemberg, mittlerweile die viertgrößte Bank in Deutschland. Denken Sie an die Landesstiftung Baden-Württemberg, mittlerweile die zweitgrößte Stiftung, die wir in Deutschland haben. Denken Sie an die wichtige Aufgabe der Neuen Messe oder an das Unternehmen Carl Zeiss. In all diesen Unternehmen sind Regierungsmitglieder und Staatssekretäre dieser Regierung vertreten, die die Interessen des Landes Baden-Württemberg wahrnehmen. Wir betreiben damit auch aktive Standortpolitik.

Ich muss auch dazusagen: Unsere Vertreter in den Aufsichtsräten sind gut. Man schaue sich nur die Ergebnisse beispielsweise von Rothaus an. Rothaus hat bei einem Eigenkapital von 94 Millionen € im Jahr 2003 sage und schreibe ein Ergebnis von 20 Millionen € nach Steuern eingefahren. Oder nehmen Sie SHW, Wasseralfingen: Eigenkapital 62 Millionen €. Ergebnis nach Steuern 9 Millionen €.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt aber nicht an den Mitgliedern der Landesregierung!)

Das sind ausgezeichnete Zahlen. Da sieht man, dass unsere Leute in den Aufsichtsräten gute Arbeit begleiten. Jede „Heuschrecke“ würde sich danach die Fühler und alle sechs Beine abschlecken. Ich bitte den Landtag darum, dem Antrag der Landesregierung zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Bravo! – Gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Stichelberger.

**Abg. Stichelberger** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben der Vorlage im Ständigen Ausschuss zugestimmt. Die

Besetzung von Aufsichtsräten von Gesellschaften, an denen das Land federführend oder mehrheitlich beteiligt ist, mit Regierungsmitgliedern ist natürlich sachgerecht zur Repräsentation des Landes in diesen Gremien. Hier geht es darum, den Regierungsmitgliedern diese Tätigkeit zu genehmigen. Dieser Genehmigung stimmen wir zu.

Wir konnten auch deshalb zustimmen, weil der Herr Staatsminister im Ständigen Ausschuss in Aussicht gestellt hat, dass wir einen Bericht über die aktuellen Vertretungsverhältnisse im Land insgesamt erhalten. Es gibt ja viele Gesellschaften in Baden-Württemberg – Herr Mack hat wohl aus dem Beteiligungsbericht zitiert –, in denen Vertreter des Landes in den Aufsichtsräten tätig sind. Das hat natürlich jetzt zum Teil gewechselt. Wir haben auch noch ehemalige Minister und Staatssekretäre in diesen Funktionen. Wir wollen gern einen aktuellen Überblick darüber erhalten, warum zum Beispiel – Herr Rückert, nehmen Sie mir es nicht übel – nach dem Ausscheiden eine bestimmte Funktion beibehalten wird – Ähnliches gilt für Herrn Dr. Reinhart –, obwohl das Regierungsamt mittlerweile gewechselt hat oder das Amt aufgegeben wurde. Das werden wir ja dann diesem Bericht entnehmen können.

Das ist natürlich vor allem dann interessant, wenn man als Anknüpfungspunkt die sachliche Repräsentanz des Landes nimmt, wonach die Funktion im Aufsichtsrat dem Amt des Ministers folgt. Das ist ja auch richtig. Wenn es Ausnahmen davon gibt, werden wir das diesem Bericht entnehmen können. Insofern vertrauen wir auf Ihre Zusage und haben die Information erhalten, dass der Bericht wohl auch bald kommen könne.

Vielleicht noch ein Letztes zu diesem Thema: Auf Bundesebene wird ja sehr intensiv über die Transparenz von Managergehältern diskutiert. Der erste Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Bundestag hat dazu vorgeschlagen, auch die Managergehälter von Vertretern des Bundes in bundeseigenen Unternehmen oder in Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, offen zu legen. Die Stadt Stuttgart hat für ihre städtischen Gesellschaften diese Transparenz, also die Offenlegung von Managergehältern, ebenfalls vorgesehen. Wir könnten uns vorstellen, dass dies auch für die Beteiligungen des Landes gilt, sofern das Land zumindest mehrheitlich Anteilseigner ist. Das würde der Transparenz dieser Funktionen und Vertretungen in den Unternehmen des Landes sicher zugute kommen.

Insgesamt meinen wir, dass sich das Land überlegen muss, ob die große Zahl von Beteiligungen, die dem Beteiligungsbericht entnommen werden können, in Zukunft beibehalten werden muss. Natürlich ist die Situation bei Rothaus nicht mit allen anderen Fällen von Beteiligungen vergleichbar. Im Übrigen haben wir dort auch schon Erfolge erzielt, als noch kein Minister in der Geschäftsführung war.

(Unruhe)

Aber wir meinen – der jährlich erscheinende Beteiligungsbericht ist ja ein großes Paket –, dass vor dem Hintergrund der ganzen Privatisierungsdiskussionen, die in diesem Haus geführt werden, auch überlegt werden sollte, ob sich das Land nicht von der einen oder anderen Beteiligung trennen kann.

(Stickelberger)

Mit diesen Anmerkungen möchte ich schließen. Für die SPD-Fraktion kann ich signalisieren, dass wir der Beschlussvorlage zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch  
GRÜNE)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gute Verfassungstradition, dass für eine Tätigkeit eines Regierungsmitglieds in einem wirtschaftlichen Unternehmen eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden muss. Bei den Ausnahmegenehmigungen, die heute erteilt werden sollen, handelt es sich um Genehmigungen der Vertretung des Landes in landeseigenen Unternehmen oder in Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist. Dass die Landesregierung als Eigentümer dort selbstverständlich auch die Interessen des Landes durch Personen vertreten muss, ist völlig klar. Deshalb ist hier auch über alle Fraktionen hinweg Zustimmung signalisiert worden. Wir von der FDP/DVP-Fraktion sehen das genauso. Hierüber dürfte es gar keine Diskussion geben.

Die einzige Diskussion, die es geben darf und geben muss, ist eine Diskussion über die Frage, ob das Land in Zukunft in der Tat das eine oder andere Unternehmen privatisieren kann oder seine Beteiligung in eine andere Eigentümerschaft überführen kann. Das hat die FDP/DVP immer wieder angeregt. Es gibt auch Überprüfungen, in welchen Bereichen diese Privatisierung vorangetrieben werden kann.

Sehr geehrter Herr Kollege Stickelberger, wir nehmen mit großem Interesse zur Kenntnis, dass die SPD-Fraktion nun offensichtlich auch eine generelle Bereitschaft signalisiert, die Privatisierung mitzutragen. Es freut uns von der FDP/DVP natürlich, dass wir hier von Ihrer Seite eine politische Unterstützung bekommen. Wir sind gespannt, wie es nun gelingen kann, für diese Privatisierungsvorschläge eine Mehrheit im Landtag zu erhalten.

(Abg. Walter GRÜNE: Da sind wir auch gespannt!)

Die FDP/DVP-Fraktion möchte bestimmte Beteiligungen und Unternehmen aus ordnungspolitischen Gründen privatisieren.

(Abg. Walter GRÜNE: Nennen Sie doch einmal ein paar!)

Es ist ganz klar, dass es der bessere Weg wäre, wenn in diesen Fällen Private die Aufgaben erledigen würden; denn in vielen Bereichen können Private dies besser machen als der Staat, manchmal können sie es genauso gut. Dabei gilt das alte ordnungspolitische Prinzip des Gründers unserer sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, wonach immer dann, wenn auch Private es machen können, Private den Vorrang haben. Das, meine Damen und Herren, muss man gerade in der heutigen Zeit immer wieder sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist jedoch nicht Gegenstand der Debatte. Solange aber hier nicht darüber entschieden ist, ob diese Privatisierung durchgesetzt wird, müssen natürlich die Interessen des Landes auch durch Personen der Landesregierung in den entsprechenden Unternehmen vertreten werden. Deshalb stimmen auch wir der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Mack hat schon darauf hingewiesen, dass der Beschluss des Ständigen Ausschusses einstimmig gefasst worden ist.

(Abg. Mappus CDU: Schöne Krawatte! – Zuruf des  
Abg. Fleischer CDU)

– Ja, ich weiß, Sie ist ungefähr so schön wie deine, eigentlich noch schöner.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Er hat gesagt, ich hätte eine schöne Krawatte. Dann habe ich gesagt, meine sei schöner als seine.

(Abg. Fleischer CDU: Alles hat gestimmt! – Abg.  
Fischer SPD: Herr Kollege Fleischer schaut seit  
drei Tagen auf seine Krawatte!)

Meine Damen und Herren, wir haben dem Antrag natürlich unter der Prämisse zugestimmt, dass Sie, Herr Minister, uns demnächst einen aktuellen Bericht vorlegen werden. Wir gehen davon aus, der neue Staatsminister hält sein Versprechen ein. Herr Minister, da habe ich keine Zweifel. Deswegen war es auch kein Problem, hier einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen.

Herr Kollege Theurer – er ist schon verschwunden –, ich weiß, es ist eine alte Forderung der FDP/DVP, dass alles privatisiert werden muss.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das stimmt so nicht!)

Bei vielen Firmen ist dies im Prinzip auch möglich. Aber es sind leider keine Beispiele genannt worden. Es gibt aber genügend Beispiele, bei denen der Staat seine Sache ordentlich macht. Viele Landesbeteiligungen zeigen, dass es gar nicht notwendig ist, Private ins Boot zu holen, weil man nichts Besseres erreichen kann. Beispielsweise würde auch ein Verkauf der Rothausbrauerei, den auch Sie immer wieder ins Spiel gebracht haben, nur kurzfristig Geld in den Haushalt bringen, aber langfristig würden Einnahmen wegbrechen.

(Abg. Fleischer CDU: Gute Rendite! Sehr richtig!)

Es stellt sich wirklich die Frage, ob man das alles über einen Kamm scheren kann, wie Sie es gerne tun, oder ob man da nicht differenziert argumentieren muss.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht von sich auf andere schließen! – Zuruf des Abg. Drautz  
FDP/DVP)



(Walter)

– Nein, Herr Kollege Drautz, Ihr Weingut beispielsweise wollte ich nie verstaatlichen, da brauchen Sie keine Angst zu haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber vielleicht Meersburg privatisieren!)

– Auch Ihre Zahnarztpraxis bleibt, wo sie ist.

Wir sind auch offen für eine Diskussion, manchen Betrieb, der nur landeseigen ist, zu privatisieren. Aber dann müssen Sie gute Argumente vorlegen, warum dies im jeweiligen Fall geschehen soll. Dann werden wir uns dieser Debatte bestimmt nicht verschließen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele:** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Bei so viel Einmütigkeit traut man sich gar nicht, herauszugehen. Man kann es nur noch kaputtmachen. Aber ich möchte trotzdem für die Zustimmung und die Genehmigung danken. Den zugesicherten Bericht werden wir verfassen und unmittelbar zusenden. In diesem Sinne also danke schön.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4332. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 abgeschlossen.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 7 aufrufe, mache ich darauf aufmerksam, dass bereits heute Morgen gesagt wurde, dass im Anschluss an Tagesordnungspunkt 7 der bisherige Tagesordnungspunkt 10 behandelt wird. Ich gebe ferner bekannt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnungspunkte 8 und 9 für heute abzusetzen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern – Entwicklung der Landeszuschüsse und Eigenbeteiligung der Eltern – Drucksache 13/2604**

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4368, mit auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags Drucksache 13/2604 fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Käppeler.

**Abg. Käppeler SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Erneut beraten wir einen Antrag meiner Fraktion aus dem Jahr 2003, der seit der Stellung-

nahme des Finanzministeriums nichts an Aktualität und Brisanz verloren hat, im Gegenteil.

Lassen Sie mich mit einem Zitat unseres früheren Ministerpräsidenten Erwin Teufel aus der Plenardebatte vor knapp einem Jahr beginnen. Er sprach über die Verwaltungsreform und die Übertragung von Aufgaben an die Kommunen. Er sagte:

*Wissen Sie, die Geschichte ist mir ja nicht neu. Wir haben über die Kosten diskutiert, als wir die Aufgabe der Schülerbeförderung auf die Kreise übertragen haben. Damals habe ich an diesem Pult gesagt: „Wir wollen keine Mark einsparen, sondern wir wollen, dass das bürgernäher erledigt wird.“ Deswegen haben wir das vom Land an die Kreise gegeben. Nun will ich Ihnen Folgendes sagen: Es gibt Kreise, die haben von der Übertragung der Zuständigkeit für die Schülerbeförderung so viel profitiert, dass sie damit ein neues Landratsamt bauen konnten.*

An dieser Stelle verzeichnet das Protokoll: „Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP“.

*Wenn Sie wollen, nenne ich Ihnen die Orte.*

(Abg. Drexler SPD: Ja! Sagen Sie uns die Orte!)

– So weit das Zitat.

Wolfgang Drexler bekam übrigens keine Antwort auf seine Frage.

Ich sage, Landesregierung und Landräte sanieren ihre Haushalte auf Kosten der Familien und Schüler im ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD)

Ich selbst kenne seit der vergangenen Kommunalwahl nun auch das Landratsamt in Reutlingen. Das ist bei Gott kein Neubau. Wissen Sie, was der Kreistag in Reutlingen am 16. März dieses Jahres mehrheitlich beschloss, weil niemand eine Erhöhung der Kreisumlage riskieren wollte? Die Erhöhung der Eigenanteile für die Schülerinnen und Schüler.

Unser Kreis war nicht allein. Landauf, landab blieb den Kreisräten auch im Zusammenhang mit dem Subventionsabbau – bekannt als Koch/Steinbrück-Papier – nichts anderes übrig, als die nicht gedeckten Schülerbeförderungskosten an die Eltern weiterzugeben. Der Alb-Donau-Kreis zum Beispiel hat in diesem Jahr eine Erhöhung um 6,50 € auf 28,50 € beschlossen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was?)

Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Die schrittweise Kürzung der Ausgleichszahlungen beträgt in diesem Jahr 4 %, im nächsten Jahr 8 %, 2007 dann schon 12 %. Im Grunde handelt es sich um eine Verschlechterung der Chancengleichheit auf Bildung. Denn wer wird seit Jahren immer stärker zur Kasse gebeten? Die Eltern von Grundschulern, von Hauptschülern und von Förderschülern, wie auch die Stellungnahme zu unserem Antrag deutlich gemacht hat.

(Käppeler)

Was bleibt übrig vom Recht auf kostenfreien Besuch der Pflichtschule? Vor Jahren war genau für diese Gruppe die Schülerbeförderung noch kostenfrei. Heute werden die Eltern dieser Kinder kräftig geschröpft – ein weiterer Beweis dafür, dass Sie an der Sozialauslese unbeirrt und angesichts der PISA-Ergebnisse offensichtlich auch ohne jede Einsicht weiter festhalten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD:  
Schlimm ist das! – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Auch der Landeselternbeirat beobachtet die Entwicklung der Elternanteile an der Schülerbeförderung mit Sorge. Im vergangenen Jahr befürchtete der LEB eine weitere Erhöhungswelle nach der Kreistagswahl. Nun wissen wir: Die Befürchtungen haben sich bewahrheitet.

Inzwischen sagen Sie das auch offen, wie zum Beispiel beim CDU-Forum in Biberach – ich zitiere aus einem Artikel aus der „Schwäbischen Zeitung“ vom 13. Mai dieses Jahres –:

*Die Bildungsbudgets werden nicht erhöht werden können. Hier müsse man auch an mögliches „Schlachten heiliger Kühe“ heran, wie die Lernmittelfreiheit und/oder die kostenlose Schülerbeförderung.*

(Abg. Göschel SPD: Das ist Familienfreundlichkeit!)

So, wie Sie das über die Verlagerung der Zuständigkeit nach unten bei gleichzeitigem Einfrieren der Landeszuschüsse machen, erinnert mich das Vorgehen an den langsamen Tod durch Verdursten. Wie können Sie vom „Kinderland Baden-Württemberg“ sprechen, gleichzeitig aber diejenigen, die sich für Kinder entschieden haben, in unverhältnismäßig starkem Ausmaß zur Kasse bitten? Wie überzeugen Sie junge Leute zur Gründung von Familien, wenn diese in der Zeitung lesen, dass sie dann, wenn ihre Kinder in die Schule kommen, enorm hohe Schülerbeförderungskosten zu tragen haben, von anderen Kosten ganz zu schweigen?

Sie senden an Eltern und Schüler bildungsferner und damit meist auch sozial unterprivilegierter Schichten ein fatales Signal. Man kann und sollte von dieser Gruppe durchaus mehr individuelle Anstrengungen in Schule und Ausbildung einfordern, wozu nicht zuletzt auch die Bereitschaft gehören muss, lange Fahrzeiten in Kauf zu nehmen. Ihnen aber noch zusätzlich in die Tasche zu greifen ist nicht nur sozial ungerecht, sondern blockiert in bestimmten sozialen Milieus jede Einsicht in die Notwendigkeit einer guten Ausbildung zur Verbesserung der eigenen Lebensperspektive.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Genau so ist es!)

Einmal mehr benachteiligt ist der ländliche Raum. 95 % der Fahrgäste im ländlichen Raum sind Schüler und Azubis. Das heißt, dort wirken sich die Kürzungen überproportional aus. Die Eigenanteile der Eltern werden weiterhin deutlich ansteigen. Die Ausdünnung der Fahrpläne ist als Einsparungsmaßnahme untauglich.

Am Beispiel meiner zwei Söhne, die ein berufliches Gymnasium in Reutlingen besuchten, möchte ich Ihnen dies ver-

deutlichen: Abfahrt morgens in meinem Heimatort Zwielfalten – also typisch ländlicher Raum – um 5:25 Uhr,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Rückkehr gegen 18 Uhr, bei längerem Unterricht gegen 20 Uhr.

Was ist zu tun? Das Land darf die Landkreise nicht im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD:  
So ist es! – Abg. Zeller SPD: Diese Landesregierung macht das aber!)

Wir fordern die Landesregierung deshalb in unserem Änderungsantrag auf, eine Konzeption vorzulegen, mit der sich das Land an den Kostensteigerungen bei der Schülerbeförderung zur Hälfte beteiligt bzw. mit der die 1997 eingefrorenen Beiträge wieder dynamisiert werden.

(Abg. Scheuermann CDU: Womit? – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich möchte Ihnen einige sehr konkrete Vorschläge machen, wie ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden kann:

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Entzerren Sie die Fahrgastspitzen durch einen späteren Schulbeginn! Dies wäre ohnehin lernpsychologisch vernünftiger.

(Zurufe der Abg. Scheuermann CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Schaffen Sie die Zwangstickets für Studierende dort ab, wo sie im Vergleich zu den Schülermonatskarten unverschämt billig sind, wie zum Beispiel in Pforzheim, wo der Student 1,66 € zahlt, der Schüler aber 33 €.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Oi! – Abg. Hofer FDP/DVP: Das zahlt die Stadt Pforzheim! Die Stadt Pforzheim zahlt das doch!)

Wohlgemerkt: Die Studierenden zahlen 1,66 € im Monat, nicht pro Fahrt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sag einmal! – Abg. Braun SPD: Unglaublich!)

Setzen Sie verstärkt auf Ganztagschulen! Dann entfallen die zwei Fahrten über die Mittagszeit, die für die Schüler und Schülerinnen angeboten werden müssen, die Nachmittagsunterricht haben.

Nebenbei: Warum verlangen Sie keinen Nachweis von den Kommunen über die Verwendung der nicht unerheblichen Landeszuschüsse? Dann wäre schnell nachzuvollziehen, ob die Kreise mit dem Geld wirklich teure Neubauten von Landratsämtern bezahlt haben

(Abg. Scheuermann CDU: Ach!)

oder damit den eigenen ÖPNV finanzieren.

(Käppeler)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch etwas zu den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sagen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wer hat dir denn das aufgeschrieben?)

Unser bestehendes Beziehungsgeflecht mit Umlagen und Ausgleichstock, organisiert durch Städte und Gemeinden, Landkreise, Regierungspräsidien und Ministerien, funktioniert nicht mehr richtig. Ich beobachte prosperierende Kommunen, die sich jeden Fördertopf greifen können, weil es für sie kein Problem darstellt, die Kofinanzierung zu gewährleisten. Aber es gibt auch Städte und Gemeinden in strukturschwachen Regionen, wo genau dieses Geld für den Eigenanteil an den Förderprogrammen nicht mehr aufgebracht werden kann mit der Folge, dass Anträge schon gar nicht mehr gestellt werden oder erst nach mühseligem Diskussions- und Abwägungsprozess und dann unter Umständen zu spät.

Meine Damen und Herren von der Regierungsbank und von der Regierungskoalition, auch hier besteht Handlungsbedarf.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Lazarus.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt kommt der Rechtfertigungsversuch!)

**Abg. Ursula Lazarus CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion vom November 2003 ist ein Berichtsantrag, dessen Fragen im Wesentlichen durch ein Tabellenwerk, für dessen Erstellung es eines großen Zeitaufwands bedurfte, beantwortet wurden. Es ist zuzugeben, dass dieser landesweite Überblick durchaus interessant ist. Zum einen liefert er eine Momentaufnahme der Jahre 2002 und 2003, zum anderen wird die Verschiedenheit der Lösungen von Stadt- und Landkreisen bei der Schülerbeförderung sichtbar.

So weit, so gut. Aber die Absicht der SPD war natürlich nicht nur, Zahlen zu bekommen, sondern sie auch zu bewerten sowie Kritik und Forderungen damit zu verbinden.

Die Kritik an den Landeszuschüssen zu den Schülerbeförderungskosten steckt im Antrag zumindest in der Begründung. Die damit verbundene Forderung nach der Erhöhung des Landesanteils ist im Frühjahr 2004 verbal sehr heftig vorgetragen worden. Dieser Zeitpunkt lag ja auch kurz vor der Kommunalwahl 2004. Es gab sogar einen Antrag – so wie heute wieder –, jeweils die durch Tarifierhöhungen entstehenden Verschlechterungen auszugleichen. Doch an der Stelle, wo es schließlich zum Schwur kommt, nämlich bei den Haushaltsberatungen, herrschte Schweigen. Da gab es keinen Antrag.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Die Financer – so nennen sich ja die Mitglieder des Finanzausschusses häufig – in der SPD haben wohl eingesehen, dass es enormer Summen bedürfte, wenn sie nicht die Wirkung eines Tropfens haben sollten.

Der 1997 eingeschlagene Weg der Deckelung auf die 170 Millionen € hatte jedoch nicht nur finanzielle Gründe. Dazu muss ich ganz kurz die Entwicklungsgeschichte der Schülerbeförderungskosten darstellen, die übrigens viele gar nicht mehr kennen, weil deren Ursprung so lange zurückliegt.

Es gab nämlich schon immer Schülerbeförderung, vor allem im ländlichen Raum,

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist klar!)

wenn weiterführende Schulen in einer Stadt besucht wurden. Doch war dies lange Zeit Sache der Eltern. Mitte der Sechzigerjahre begann – damals aus pädagogischen Gründen –

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

eine Zusammenlegung von Grund- und Hauptschulen. Man wollte keine Zwergschulen mehr. Die dadurch entstandenen Beförderungskosten wurden vom Land getragen, dies aber mit wenigen Millionen D-Mark.

Der finanzielle Sprung nach oben – immerhin schon auf 100 Millionen DM pro Jahr – kam 1973. Damals wurde nämlich teilweise der Kostenanteil für Realschulen und Gymnasien übernommen. Alles war durch Richtlinien des Kultusministeriums geregelt.

Die nächste und heute noch entscheidende Wende kam 1983 mit der Kommunalisierung der Schülerbeförderung, indem man sie ins FAG aufgenommen hat. Das erfolgte durchaus im Einvernehmen mit den Stadt- und Landkreisen. Denn man wollte den öffentlichen Nahverkehr damit besser steuern können – da sind wir ja bei einem Thema –, und das ist teilweise durchaus auch gelungen. Das ist teilweise so gut gelungen, dass es in manchen Landkreiskassen – ich sage nicht: zum Bau von Landratsämtern – durchaus auch ein Plus gegeben hat.

(Abg. Zeller SPD: Können Sie das einmal belegen? Das würde mich interessieren!)

– Das ist belegbar.

(Abg. Zeller SPD: Können Sie sagen, welche das sind?)

– Ich habe eben gesagt: in bescheidenem Maß.

(Abg. Zeller SPD: Ja, trotzdem würde es mich interessieren!)

Das Kultusministerium hatte ab 1983 keine Vorgaben mehr zu machen. Das ist auch heute noch ein wesentlicher Punkt.

Nachdem die Summe einmal auf 415 Millionen DM angewachsen war, wurde ein Schnitt gemacht. Was ist in diesen Jahren, ab 1997, in Stadt- und Landkreisen geschehen? Nach dem Stand von 2003 haben die meisten Landkreise – bis auf zwei – wie zuvor schulartbezogen Eigenanteile fest-

(Ursula Lazarus)

gelegt und bis auf sechs Ausnahmen die Schülerwege zu den Grundschulen freigestellt. Zwei Landkreise und sechs Stadtkreise bezahlen Zuschüsse zu den Schülerfahrkarten. Bei Stadtkreisen ist dies wohl auch verständlich, denn sie rechtfertigen sich teilweise dadurch, dass diese Karten auch für den Freizeitbereich der Schüler benutzt werden können und es damit vor allem für die über Zehnjährigen ein echter Vorteil ist, dass sie sich mit diesen Karten im ganzen Netz frei bewegen können. Ich kann das sagen, weil das auch in meiner Heimatstadt so gehandhabt wird.

Keine Freiheit von Schülerbeförderung bei Grundschulern: Dazu kann man nur sagen: Wir halten immer die kommunale Zuständigkeit hoch. Sie ist 1983 eingeführt worden, und wir legen dies in die Verantwortung der Stadt- und Landkreise und haben das damals auch so getan.

Bisweilen hört man, die Selbstbeteiligung sei heute quasi ein neues Schulgeld geworden. Dem widerspreche ich energisch.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Zum einen hat die jahrzehntelange Entwicklung – deswegen habe ich sie aufgezeigt – gezeigt, dass aus kleinen und bescheidenen Anfängen riesige Summen geworden sind, und zum anderen ist das System von Baden-Württemberg auch heute noch immer eines der besten, die es in der Schülerbeförderung gibt. Andere Bundesländer haben völlig andere Systeme. Da gibt es zum Beispiel für die Eltern Gastbeiträge, die erhoben werden, wenn man in einem anderen Schulbezirk wohnt. In Rheinland-Pfalz gibt es gar keinen extra im Landshaushalt ausgewiesenen Zuschuss für die Schülerbeförderung. Da wird eben alles aus den allgemeinen Zuweisungen finanziert.

Über alles hinweg haben die Gerichte längst Recht gesprochen, nämlich dass unsere Schülerbeförderung ausdrücklich nicht zur Lernmittelfreiheit gehört. Ich denke, darüber brauchen wir uns auch nicht zu streiten.

Dazu kommt, dass die Belastung der Eltern in Baden-Württemberg im Ländervergleich insgesamt geringer ist als anderswo, da nämlich die Ausgaben für Bildung in Baden-Württemberg an der Spitze liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Das ist nachweisbar, und zwar aus den Daten des Statistischen Bundesamts. Da sind die prozentualen und absoluten Angaben für die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Ländervergleich aufgeführt. Dabei liegen wir mit 27 % ganz vorn.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Man kann der Meinung sein, dass das nie genug ist. Aber leider sind die Ausgaben in unserem Haushalt mit den Einnahmen zu verrechnen, und dadurch sind wir im Moment nicht in der Lage, eine Änderung durchzuführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! Hervorragend!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wurde schon darauf hingewiesen, dass die Stellungnahme zum vorliegenden Antrag vom Februar 2004 stammt. Es gibt deswegen keinen großen Sinn, auf die einzelnen Zahlen einzugehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Zeller SPD: Das Problem hat sich aber vergrößert! Das ist der Punkt!)

Aber eine deutliche Aussage will ich machen: Wir stehen zur im Jahr 1997 beschlossenen Deckelung. Herr Zeller, wenn Sie ein Beispiel wollen, kann ich sagen: Wir hatten kürzlich bei uns im Kreistag in Böblingen eine Darstellung, die die Entwicklung der Schülerbeförderungskosten aufzeigt. Daraus ging hervor, dass bis 1997 ein leichter – wirklich nur ein leichter – Überschuss für den Kreis zu verzeichnen war. Aber ich weiß auch, dass das in verschiedenen anderen Kreisen dezidiert noch viel kräftiger war.

(Abg. Zeller SPD: Ja, wenn Sie das wissen, dann sagen Sie es doch einmal!)

– Ich habe mich nicht darauf vorbereitet,

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch eine Behauptung!)

weil ich eigentlich gedacht habe, dass Sie das selbst recherchiert haben, wenn es Sie interessiert.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Käppeler SPD: Wie sieht es denn heute aus?)

Die entsprechenden Zahlen gibt es beim Statistischen Landesamt.

Die Stadt- und Landkreise haben diese Entwicklung auf ganz unterschiedliche Weise aufgefangen. Teilweise haben sie generell die Eigenanteile erhöht. Die Organisation der Erstattung der Schülerbeförderungskosten wurde effizienter gestaltet. Das ist ein sehr positiver Nebeneffekt. In einigen Kreisen wurden auch Leistungen, zum Beispiel für die inneren Schulverkehre, ausgegrenzt. In etlichen Kreisen – das hat die Kollegin Lazarus schon erwähnt – wurden auch zusätzliche Anstrengungen unternommen, um Schülertickets attraktiver zu machen, zum Beispiel durch kreis- oder verbundweite Geltung. Das ist ja ein echter Vorteil, gerade dann, wenn man Schüler und Jugendliche an den öffentlichen Nahverkehr heranführen will. Damit wurde der Absatz der Schülertickets gesteigert.

Diese unterschiedliche Entwicklung zeigt auch, wie richtig es war, damals dem Wunsch der kommunalen Landesverbände zu folgen, die ausdrücklich keine Vorgaben des Landes für die Umsetzung der Kürzungen und die künftige Ausgestaltung der Erstattung der Schülerbeförderungskosten gewünscht hatten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Sämtliche Landkreise haben im Übrigen Regelungen in ihren Satzungen, die eine Überforderung der Eltern verhin-

(Heiderose Berroth)

dem sollen. Regelmäßig wird ab dem dritten Kind auf die Erhebung von Eigenanteilen verzichtet, und in der Regel gibt es auch zusätzliche Härtefallklauseln. Das Katastrophengemälde der SPD findet sich bisher in der Realität nicht wieder.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Allerdings gibt es inzwischen eine gravierende Neuentwicklung durch die Umsetzung der – wohlgermerkt – vom Bundesgesetzgeber, und zwar aufbauend auf der so genannten Koch/Steinbrück-Liste, beschlossenen Kürzungen bei den Ausgleichsleistungen nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes und den entsprechenden Paragrafen im Eisenbahngesetz. Das hat im Jahr 2005 teilweise zu deutlichen Preiserhöhungen im öffentlichen Personennahverkehr geführt.

Bei Eigenanteilsregelungen – und das gilt in der Regel für die Landkreise; die Stadtkreise haben, wie die Kollegin Lazarus bereits erwähnte, vor allem Zuschussregelungen – gibt es keinen Nachteil für die Kommunen. Aber bei den Eigenanteilsregelungen entstehen für die Kreise und die Kommunen deutlich höhere Kosten, wenn nicht zugleich die Eigenanteile erhöht werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb hat ein großer Teil der Kreise diese Eigenanteile auch erhöht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Ein ganz kräftiger Brocken ist da übrigens gerade im Verband Region Stuttgart, also beim VVS, angefallen. Herr Käppeler, das betrifft bei weitem nicht nur den ländlichen Raum. Allerdings muss man beim Stichwort „ländlicher Raum“ auch einmal dazusagen: Wer im ländlichen Raum immer nur jammert,

(Abg. Zeller SPD: Was heißt hier „jammert“? Das ist ja ungeheuerlich!)

muss gelegentlich daran erinnert werden, dass man dafür dort wesentlich niedrigere sonstige Lebenshaltungskosten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich bin selbst im Übrigen neun Jahre lang mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule gefahren und habe von daher reichlich Erfahrung.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch was!)

Wir haben damals im Übrigen die Fahrten insgesamt noch selbst bezahlt.

(Abg. Zeller SPD: Eine eigenartige Begründung ist das!)

Das will heute keiner mehr. Aber aufgrund der von mir dargestellten Entwicklung im Hinblick auf den § 45 a drohen in der Tat für die Zukunft erhebliche Probleme, weil durch die Wirkungsweise des Ausgleichs nach § 45 a Kürzungen zu deutlich höheren Preissteigerungen führen würden,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

wenn man sie ganz oder teilweise auf den Ausbildungsverkehr umlegte.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Insbesondere da hätte der ländliche Raum, der ja einen sehr hohen Anteil an Schülern und Auszubildenden im ÖPNV hat, möglicherweise gravierende Probleme.

(Abg. Käppeler SPD: Also doch!)

Wir müssen deshalb dringend die Struktur der Förderung nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes überprüfen und nach neuen Lösungen suchen; das ist gar keine Frage.

(Abg. Zeller SPD: Dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

Das politische Ziel einer Verringerung der Bezuschussung des ÖPNV muss mit dem Ziel, einen attraktiven ÖPNV in allen Teilen des Landes zu erhalten und auszubauen, kompatibel bleiben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Sehr gut! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist aber inkompatibel!)

Der Gemeindetag – das ist jetzt eine Frage an die Landesregierung; es ist aber leider vom Verkehrsministerium niemand anwesend, obwohl ich mich gerne erkundigt hätte, wie sich dieser Sachverhalt inzwischen tatsächlich darstellt – hat im November berichtet,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Stimmen Sie mit! Wir zitieren ihn her!)

es gebe ein Bemühen der Länder um eine Öffnungsklausel, um zu erreichen, dass die Länder künftig den § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes selbst gestalten können. Das wäre dringend nötig, und ich fordere die SPD hiermit auf, uns diesen Freiraum zu geben.

Wir können Ihrem Antrag nicht folgen; denn es wäre unverantwortlich, jetzt schon einen Wert festzulegen. Wir gehen zügig an die Neuordnung heran.

Eines muss ich Ihnen noch sagen: Es gab zwar eine Senkung nach § 45 a, aber es waren nicht die Kommunen, denen das Geld weggenommen wurde, denn die Zuteilung nach dem FAG wurde dadurch nicht verringert. Das heißt, es wird nur anders verteilt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb müssen wir uns dringend darum kümmern, dass die Förderung des ÖPNV und damit auch der Schülerverkehre wieder neu und sachgerecht geordnet wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Schon wieder?)

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der Leere der Plätze auf den Regierungsbänken und der Übermacht der Opposition hier im Landtag neige ich fast dazu, den Antrag zu stellen, den Herrn Verkehrsminister herbeizuzitieren, damit er sich anhören kann, worum es hier geht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wer ist der Herr Verkehrsminister?)

– Der Herr Staatssekretär trifft soeben ein. Vielleicht findet die Rede ja doch noch die nötige Aufmerksamkeit, Herr Staatssekretär.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wer ist denn der Verkehrsminister?)

– Der Verkehrsminister ist der Herr Innenminister, soweit ich informiert bin. Er soll jetzt beide Ämter in Personalunion wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, zur Schülerbeförderung: Den Ausgangspunkt haben die Kolleginnen und Kollegen, hat Frau Lazarus hier bereits analysiert. Seit der Kürzung im Jahr 1997 und der Deckelung steigen kontinuierlich – das zeigen –

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Frau Kollegin, ich kann nicht zwei Mal innerhalb einer Stunde solche Abstimmungen beantragen.

(Abg. Capezzuto SPD: Doch, das gefällt Frau Haußmann!)

Sie können sich ja zur Geschäftsordnung melden.

Diese Analysen zeigen eindeutig, dass das Einfrieren seit 1997 – und dafür besten Dank an die SPD-Fraktion – dazu führt, dass die Elternbeiträge Jahr für Jahr ansteigen. Sie erreichen jetzt ein Niveau, das man wirklich als problematisch bezeichnen muss. Die Frage, die sich stellt, lautet: Wie kann man das weitere Ansteigen der Elternbeiträge begrenzen und in den Griff bekommen?

Nach unserer Auffassung ist es nicht möglich, im Landshaushalt dreistellige Millionenbeträge zusätzlich bereitzustellen, um das Niveau der Förderung vor 1997 zu erreichen. Deswegen stellen wir solche Anträge nicht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bravo! – Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn das so ist, müssen wir uns aber umso mehr Gedanken darüber machen, was jenseits einer solchen Erhöhung der Zuschüsse möglich ist. Die SPD-Fraktion hat hierzu einige Vorschläge genannt, die wir ebenfalls für sinnvoll halten. Wir glauben allerdings, dass man nicht darum herumkommt, von der dauerhaften Deckelung abzusehen und zumindest für die jetzigen, gekürzten Beträge eine Dynamisierung einzuführen, das heißt, real nicht jedes Jahr weitere Kürzungen vorzunehmen, sondern in Zukunft auf dem jetzigen Niveau zu fördern. Eine solche Dynamisierung scheint uns als Beitrag des Landes finanzierbar und sinnvoll.

Darüber hinaus zeigt sich, dass ein großes Problem darin besteht – insofern ist es gut, dass der Staatssekretär jetzt anwesend ist –, dass der Flickenteppich der Verbundstrukturen – Ich sehe den Staatssekretär schon wieder nicht mehr. Hat er den Raum wieder verlassen?

(Abg. Capezzuto SPD: Jedes Mal, wenn Sie reden, Herr Kollege! Das ist ganz schlimm! – Abg. Kiefl CDU: Er will herbeizitiert werden! – Heiterkeit)

Es scheint, als müsse man doch ein Regierungsmitglied herbeizitieren.

(Zurufe)

Der Flickenteppich der Verbundstrukturen führt dazu, dass in einigen Kreisen überhaupt kein Problem entsteht. Denken Sie zum Beispiel an das Rhein-Neckar-Dreieck: Dort haben die Schüler mit dem MAXX-Ticket, mit dem der gesamte Verbund, der sehr groß ist, genutzt werden kann, so attraktive Angebote, dass wir hier nicht über Probleme bei den Elternbeiträgen sprechen müssen. Man hat das Problem über eine vernünftige Verbundstruktur gelöst. Dort gibt es real kein Problem.

Das Problem haben wir überall dort, wo winzige Verkehrsverbünde faktisch nur den Weg zur Schule anbieten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist der VVS winzig?)

– Der VVS ist nicht winzig. Wenn Sie dort ein Pass-Orange-Ticket erwerben, haben Sie auch ein vernünftiges Angebot. Ich würde sehr dafür plädieren, dass sich der VVS dem Beispiel des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar anschließt und genau ein solches MAXX-Ticket anbietet. Ich halte das Problem auch im Bereich des VVS für lösbar, ohne dass wir etwas in der Schulstruktur ändern.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das Schülerticket gibt's doch!)

Aber schauen Sie nach Villingen oder Rottweil, in den Schwarzwald, nach Freudenstadt, wo Sie praktisch nur die Strecke zur Schule bekommen, und auch das nur während der Schulzeit. Dann sind 25 oder 30 € ein sehr happiger Betrag.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das stimmt gar nicht!)

Deshalb ist einer der Ansatzpunkte die Verbesserung der Verbundstrukturen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Sie haben den Ostalbkreis vergessen, Herr Kollege!)

– Auch im Ostalbkreis gibt es keinen vernünftigen Verbund. Deshalb gibt es auch dort dieses Problem, Herr Kollege Capezzuto. Damit haben Sie völlig Recht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt doch nicht!)

– Keinen vernünftigen. Es gibt einen kreisweiten, aber damit hat es sich.

(Boris Palmer)

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Kommen Sie mal in den Kreis Freudenstadt! – Gegenruf der Abg. Fischer und Göschel SPD: Da gibt es nichts Gescheites!)

Vernünftig ist ein großflächiger Verbund wie der VRN und sind nicht die Zwergverbände, die Sie aus der Provinz gewöhnt sind, Frau Kollegin.

(Heiterkeit – Abg. Göschel SPD: Kirchturmverbände!)

Meine Damen und Herren, meine Redezeit neigt sich – zu Ihrer Freude – dem Ende entgegen.

Es muss auch über Schulreformen gesprochen werden. Das ist nicht nur ein Thema der Organisation des Verkehrs, sondern auch der Schulen. Das dreigliedrige Schulsystem führt im ländlichen Raum in Anbetracht des demografischen Wandels zu Problemen, weil die Schulen zu klein sind, die Wege länger werden und Zwergschulen schließen müssen, wie Sie das zum Beispiel in Sachsen beobachten können.

Deswegen glauben wir Grünen, dass ein wichtiger Schritt zur Begrenzung dieser Kosten auch darin besteht, es gar nicht erst notwendig werden zu lassen, immer weiter zu fahren, sondern gerade mit Blick auf den ländlichen Raum zu einer Basisschule zu kommen, die mehr als nur vier Jahre abdeckt und nach dem Vorbild der PISA-Sieger in Skandinavien ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Damit kämen wir pädagogisch voran, würden aber auch für den ländlichen Raum und hinsichtlich einer Begrenzung der Schülerbeförderungskosten Fortschritte erzielen.

(Abg. Seimetz CDU: Na ja! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Herr Kollege Seimetz, Sie können selbstverständlich den Weg „Weiter so“ wählen, das heißt immer höhere Schülerbeförderungskosten. Die Eltern werden es Ihnen danken. Wir setzen auf intelligente Reformen, und deshalb kommt dieses Land mit uns besser voran als mit Ihnen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Seimetz CDU: Die Wähler werden es anders sehen!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt heißt „Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern“,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und deswegen sprechen Sie?)

und deswegen spricht der Finanzminister.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das erklärt einiges!)

Ich sage dies, weil Sie vorhin die Frage gestellt haben, lieber Herr Palmer. Wir sind zuständig. Wir haben Ihre Fragen beantwortet, und deswegen will ich jetzt auch versuchen, Ihnen die Antwort zu geben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt sagen Sie etwas über Verkehrsverbände!)

– Ich kann über Verkehrsverbände nicht so viel sagen, weil in meiner Wohngegend, wie Sie gesagt haben, der allerbeste Verkehrsverbund ist.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich muss sagen, der ist wirklich gut, wenngleich ich den öffentlichen Personennahverkehr dort relativ selten benutze, wie ich zugeben muss.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber jetzt öfter als früher! – Heiterkeit)

– Das war eine unverschämte Zwischenbemerkung.

(Zuruf des Abg. Mack CDU)

Meine Damen und Herren, das Land hat die Zuständigkeit für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten an die Schulträger bereits zum Schuljahr 1983/84 auf die Stadt- und Landkreise übertragen. Gleichzeitig hat das Land den Kreisen das Recht eingeräumt, die Höhe und das Verfahren der Erhebung von Eigenanteilen der Eltern festzulegen. Zum Ausgleich der Kosten erhalten die Kreise vom Land pauschale Zuweisungen. Bereits im Jahr 1986 betrug diese 301 Millionen DM. Die Zuweisungen des Landes an die Kreise wurden damals jährlich – das waren noch Zeiten! – um 5 % angehoben, ab dem Jahr 1990 um 4 %. 1993 erfolgte eine Kürzung um 50 Millionen DM. Warum erfolgte diese Kürzung? Es fand damals eine Prüfung des Rechnungshofs statt, und dieser, Herr Zeller, hat damals tatsächlich festgestellt, dass es Fälle gegeben hat, in denen die Zuweisungen des Landes höher waren als das, was die Kreise weitergegeben haben. Ich darf Sie auf diese Prüfung hinweisen.

(Abg. Zeller SPD: Dann hätte man die Kreise ja entsprechend angehen können!)

– Ich erwähne das nur, weil Sie vorhin die Frage gestellt haben. Ich habe das auch nicht da. Es gibt aber die Prüfungsergebnisse des Rechnungshofs aus dieser Zeit, aus denen Sie das entnehmen können.

Im Jahr 1997 – viele erinnern sich noch sehr gut daran – gab es dann einen großen Einschnitt. Man hat nämlich die Zuweisungen um 100 Millionen DM gekürzt. Das war damals ein Teil eines umfangreichen Kürzungsprogramms. Auch darauf möchte ich als Finanzminister hinweisen. Es war damals eine Riesenanstrengung, um 50 Millionen € zu kürzen – wenn ich daran denke, welche Beträge wir in den Haushalten der letzten Jahre kürzen mussten.

Wir haben dann die Summen festgelegt, und durch die Festschreibung der Zuweisungen haben alle Beteiligten, vor allem die Kreise, ein hohes Maß an Planungssicherheit bekommen. Ich darf hier ausdrücklich darauf hinweisen, dass seit 1997 die Zahlungen des Landes nicht mehr angetastet worden sind. Natürlich sind in der Zwischenzeit Preise und Fahrkosten gestiegen. Aber wenn man an die diversen Sparrunden denkt, dann muss man feststellen, dass die Beförderungskosten hier eigentlich gut behandelt worden sind.

(Minister Stratthaus)

Der Ausblick auf die kommenden Jahre: Sie alle kennen die Haushaltslage. Ich glaube, wir müssten sehr froh sein, wenn wir die Schülerbeförderungskosten in der jetzigen Höhe halten könnten. Ich kann nicht in Aussicht stellen, dass die Zahlungen des Landes steigen werden.

Die Entwicklung der Eigenanteile seit 1996 ist in der Stellungnahme meines Hauses eingehend dargestellt. Die Stellungnahme beruht allerdings auf den Zahlen aus dem Jahr 2003. Mir ist bekannt, dass in der Zwischenzeit viele Kreise die Eigenanteile und ihre Zahlung angepasst haben.

(Abg. Zeller SPD: Das heißt erhöht, nicht angepasst!)

– Okay, erhöht haben. Es hat sie sicher kein Kreis gesenkt; das ist richtig. Die Erhöhungen der Eigenanteile in den Jahren 2004 oder 2005 sind allerdings ausschließlich durch die Entwicklung der Fahrpreise bedingt. Sie wissen, dass damals in dem Koch/Steinbrück-Papier auch Kürzungen von Zuweisungen an Verkehrsverbünde enthalten waren. Dieses Koch/Steinbrück-Papier hat nicht allein die Union zu vertreten, wie bereits der Name Steinbrück zeigt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war eine große Koalition des Unsinns!)

– Ja, aber so war es halt.

(Zuruf von der SPD: Sie tun gerade so, als wenn Sie nicht dabei gewesen wären!)

Die Regelung zur Erstattung der Schülerbeförderungskosten ist in meinen Augen sachgerecht und sinnvoll.

Die Entwicklung der Eigenanteile ist in den Kreisen ganz unterschiedlich verlaufen. Sie spiegeln die unterschiedlichen Verhältnisse in den Kreisen wider. Durch das Recht, durch Satzung über Verfahren und Eigenanteile zu entscheiden, können die Kreise die Angelegenheit so regeln, wie dies den jeweiligen örtlichen Verhältnissen am besten Rechnung trägt. Es ist deshalb keine Frage, dass im Laufe der Zeit – 1983 bis 1994 – in den einzelnen Kreisen unterschiedliche Regelungen zustande gekommen sind.

Der Stellungnahme, die Ihnen zugegangen ist, können Sie auch entnehmen, dass die Stadt- und Landkreise bei der Festlegung ihrer Eigenanteile mit Augenmaß vorgegangen sind. Grundschüler sind in den allermeisten Kreisen nach wie vor von der Zahlung von Eigenanteilen ausgenommen. Daneben haben alle Kreise in ihren Satzungen Regelungen für Härtefälle vorgesehen. Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen.

Erstens: In den meisten Kreisen sind Eigenanteile nur für zwei Kinder eines Erziehungsberechtigten bzw. einer Familie zu entrichten. Ab dem dritten Kind fallen dort keine weiteren Eigenanteile an.

(Abg. Zeller SPD: Solche Familien gibt es leider kaum noch! Leider!)

– Diese Familien gibt es gerade in Baden-Württemberg immer noch. Zugegebenermaßen ist es nicht mehr die Durchschnittsfamilie.

Zweitens: Ebenso sind Möglichkeiten zum Erlass von Eigenanteilen vorgesehen, zum Beispiel für Bezieher von Sozialhilfe oder jetzt für Bezieher von Arbeitslosengeld II.

Damit kann man, glaube ich, im Ernst nicht behaupten, dass die Bildungschancen junger Menschen durch die Eigenanteile zur Schülerbeförderung zunichte gemacht würden.

Im Übrigen – es ist heute schon einmal angedeutet worden – gibt es keinen Rechtsanspruch auf kostenfreie Beförderung.

Ich darf hier doch noch einmal auf die Situation in einem anderen Flächenland hinweisen, das mit uns vergleichbar ist, nämlich auf die Situation des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Redlichkeit halber muss ich allerdings auch sagen, dass das Finanzausgleichssystem in Nordrhein-Westfalen ein anderes ist und mit unserem nur eingeschränkt vergleichbar ist. Dennoch sind einige Aspekte sehr interessant. Das Land Nordrhein-Westfalen leistet keine Zuweisungen zur Erstattung von Schülerbeförderungskosten. Die Finanzierung ist allein Angelegenheit der Kommunen, die lediglich in sehr eingeschränktem Umfang Eigenanteile erheben dürfen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die haben eine super Verbundstruktur!)

Das ist eine die Kommunen ausgesprochen belastende Regelung. Aber auch den Eltern werden in Nordrhein-Westfalen durch die faktische Abschaffung der Lernmittelfreiheit Opfer abverlangt. Dort zahlen Schüler bzw. ihre Eltern zurzeit einen Anteil von fast 49 % zu den Lernmitteln.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aha! – Abg. Zeller SPD: Sie wollen die Eltern immer weiter belasten! Das ist Ihre Vorstellung vom Kinderland Baden-Württemberg!)

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass alles in allem das in Baden-Württemberg bestehende System zur Erstattung der Eigenanteile insgesamt sachgerecht ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung.

Der Antrag Drucksache 13/2604 ist ein Berichts Antrag. Er ist erledigt.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4368. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das Erste war die Mehrheit!)

Enthaltungen? –

(Abg. Seimetz CDU: Ich beantrage Namensaufruf! – Zurufe – Große Unruhe)

Wir machen das Spielchen heute öfter. Es besteht keine Einigkeit. Ich lasse noch einmal abstimmen. Wenn sich der



(Stellv. Präsident Birzele)

Herr Kollege Kleinmann setzen und seine Zählaktion im Sitzen erledigen würde!

(Abg. Drexler SPD: Der hat doch gar nichts zu sagen! Er soll sich setzen!)

Wer stimmt zu? – 36. Gegenprobe! –

(Zurufe – Große Unruhe)

Wir können hier immer feststellen, dass sich das Abstimmungsergebnis während der Abstimmung laufend verändert. Es wäre gut, vorher die Türen zu schließen, damit wirklich festgestellt werden kann, wie viele da sind. – Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 29. Oktober 2004 – Beratende Äußerung zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude – Drucksachen 13/3725, 13/4201**

**Berichterstatter: Abg. Theurer**

Ferner rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4369, auf.

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Reichardt.

**Abg. Reichardt** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich die Zuhörertribüne leert und der Plenarsaal nicht voller wird – –

(Abg. Stickelberger SPD: Wegen Ihnen!)

– Bitte?

(Heiterkeit – Abg. Drexler und Abg. Stickelberger SPD: Wegen Ihnen!)

– Weil Herr Drexler die Anwesenden erschreckt hat.

In den mir verbleibenden viereinhalb Minuten

(Abg. Capezzuto SPD: Wie lange?)

möchte ich Ihnen zu einem Thema, das das Land dauerhaft und langfristig fordert, einige sachliche Informationen geben und die Position meiner Fraktion darstellen.

Wir haben im Finanzausschuss im Oktober letzten Jahres die Aufforderung an das Finanzministerium gerichtet – das war auch der Wunsch unserer Fraktion –, für die bebauten Flächen und Liegenschaften, die sich im Eigentum des Landes Baden-Württemberg befinden, insgesamt den Sanierungsbedarf zu erheben. Diese Erhebung ist für die zweite Hälfte des Jahres 2006 zu erwarten, denn die Daten müssen umfangreich aufbereitet werden. Das haben wir ja im letzten Oktober im Finanzausschuss einvernehmlich festgestellt, wie eine Pressemitteilung des Ausschussvorsitzenden zeigt.

Bei den Universitätsgebäuden wurde der Bedarf bereits erhoben. Der Landesrechnungshof geht von einem Sanierungsbedarf von rund 2 Millionen € aus. Das Finanzministerium rechnet konservativer und geht von 2,4 Millionen € aus.

(Zuruf von der CDU: Milliarden!)

– Milliarden €. – Angesichts der problematischen Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland können wir, gemessen an der Nebausumme in Baden-Württemberg, derzeit nur 0,8 % Reinvestitionen leisten. Das sind pro Jahr etwa 130 bis 140 Millionen € für die Universitäten, etwa 30 bis 35 Millionen € für die weiteren Hochschulen und nochmals 170 bis 175 Millionen € für den weiteren Liegenschaftsbestand. Das heißt, wir können nur das Notwendigste tun.

Das Kabinett hat im Juli letzten Jahres ja auch den Vorrang von Sanierung vor Neubau beschlossen. Wir können nicht all das, was wir im Konsens aller Fraktionen als wünschenswert erachten, auch verwirklichen.

Angesichts der genannten Zahlen und der Tatsache, dass wir jährlich etwa 2,2 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich zahlen, liegt es nahe, zu sagen, dass alle Probleme im Hochschul- und Universitätsbereich, wenn wir das Geld, das an andere Länder fließt, nur ein Jahr lang in Baden-Württemberg behalten dürften, gelöst wären.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie haben den Länderfinanzausgleich doch unterschrieben!)

– Ich persönlich habe ihn nicht unterschrieben.

(Abg. Drexler SPD: Aber Ministerpräsident Teufel! – Unruhe)

– Ich persönlich habe ihn nicht unterschrieben.

Aber, Herr Kollege Drexler, dies ist zunächst einmal eine mathematische Darstellung, der ja auch Sie beipflichten, weil auch Sie gelegentlich in den Beratungen des Finanzausschusses gemeinsam mit uns die Klage führen, dass diese permanente Leistung an andere Bundesländer zu hoch ist.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie haben es unterschrieben!)

– Sie haben Recht, Herr Drexler, weil Sie dem Prinzip nach Recht haben.

(Abg. Capezzuto SPD: Wie bitte? – Abg. Drexler SPD: Ich habe auch praktisch Recht!)

– Dies wiederum ist nicht zutreffend.

Wir haben darüber hinaus festzustellen, dass wir, was die Hauptnutzungsflächen anlangt, an den Hochschulen in Baden-Württemberg durch den engagierten Ausbau, den wir vornehmen – auch in Kooperation mit dem Bund –, an einigen Universitäten einen starken Zuwachs haben: etwa zwischen 1990 und 2003 an der Universität Freiburg 47 %, an der Universität Ulm 45 %, an der Universität Hohenheim 32 %. Die geringsten dieser Hauptflächenzuwächse hatten wir in Karlsruhe und Mannheim mit 12 %, in Heidelberg mit 11 % und in Konstanz mit 6 %. Wenn Sie diese Werte

(Reichardt)

der Anzahl der an den jeweiligen Universitäten Studierenden gegenüberstellen, kommen Sie im Vergleichszeitraum für das Land im Ergebnis zu einem Hauptflächenzuwachs von 21 %, also zu einem höheren Zuwachs als bei den Studierendenzahlen.

Ich meine vor diesem Hintergrund, dass wir das, was an baulichen Maßnahmen erforderlich ist, sehr gut geleistet haben. Trotzdem sollten wir in den nächsten Jahren verstärkt darüber nachdenken – gerade angesichts der Tatsache, dass die Studierendenzahlen noch drastisch ansteigen werden –, vorhandenen Raum noch besser zu nutzen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Sanierung! –  
Abg. Fischer SPD: Zur Sanierung sagen Sie gar nichts!)

Wenn wir der Sanierung Vorrang vor Neubauten einräumen, bedeutet dies auch eine Optimierung der Raumnutzung, weil wir den Hauptflächenzuwachs, wie der technische Begriff heißt, nicht fortsetzen können.

Ein weiteres Thema sind PPP-Projekte; sie wurden in diesem Zusammenhang im Finanzausschuss auch angesprochen. In den nächsten Monaten wird in Heidelberg ein großes Projekt aufgelegt, mit dem das Land Baden-Württemberg mit Public Private Partnership ein klares Zeichen für eine engagierte Privatisierung setzt, die aber sehr gründlich überprüft wird und dann entsprechend in die Vergabe kommt.

Ich glaube, wir sind – das hat die sehr einvernehmliche Beratung im Finanzausschuss gezeigt – im Land Baden-Württemberg insgesamt auf dem richtigen Weg. Wir tragen die Maßnahmen nüchtern und im Konsens der Fraktionen gemeinsam, und wir behalten die Werterhaltung und die Wertsteigerung unserer Liegenschaften im Auge.

Herzlichen Dank. Das war eine trockene Rede, aber sie betraf auch ein trockenes Thema.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Wieso trocken? – Abg. Gall SPD: Gibt es da nichts zu trinken?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Bregenzer.

**Abg. Carla Bregenzer SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der vom Rechnungshof allein bei den Universitätsgebäuden auf 2 Milliarden € festgestellte Sanierungsbedarf – man muss im Hinterkopf haben, dass wir auch noch Fachhochschulen und Berufsakademien haben – kam ähnlich überraschend wie Weihnachten und Ostern.

Lieber Herr Kollege, wenn Sie hier sagen, Ihre Rede sei eine trockene Rede gewesen, möchte ich feststellen: Sie war gespickt mit Krokodilstränen, aber die helfen den Hochschulen nicht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Es hilft auch nicht, die Vorschläge des Rechnungshofs auf die lange Bank zu schieben, indem man Arbeitsgruppen

einrichtet, prüft und prüft und ansonsten versucht, zur Tagesordnung überzugehen. Es hilft auch nicht, im Finanzausschuss miteinander zu diskutieren und dann Beschlüsse zu fassen, die aber nicht konkret werden. Deshalb haben wir heute nochmals einen konkreten Ergänzungsantrag eingebracht. Daher wollten wir heute zu diesem Thema nochmals reden.

Die Expansion der Universitätslandschaften in den Sechzigerjahren hat naturgemäß zu einem hohen Sanierungsbedarf in der heutigen Zeit geführt. Wir haben in vielen Hochschulen heute einen technisch veralteten Standard und daher einen dringenden Sanierungsbedarf. Dass wir heute diesen Sanierungsbedarf haben, liegt nicht daran, dass die Bundespolitik inzwischen rot-grün ist oder dass uns der Länderfinanzausgleich so strapaziert, sondern daran, dass man seit Beginn dieser Neubauten für Sanierungen und Erneuerungsmaßnahmen zu wenig Rückstellungen gebildet hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist die Wahrheit!)

Diese Situation ist über fast vier Jahrzehnte hinweg entstanden. Hätte man in diesen vier Jahrzehnten Entsprechendes angespart, hätten wir heute dieses Problem nicht. Dies ist ein Versäumnis der Landesregierung – von sonst niemandem.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Was soll sonst noch alles geschehen?)

Das hätte geschehen können und geschehen müssen.

Die Hochschulen sind die Visitenkarten unseres Landes. Ihr Erscheinungsbild hilft bei der Anwerbung von Studierenden und von Professorinnen und Professoren aus dem Ausland – keine teure Werbebroschüre, die außer Hochglanz nichts zu bieten hat. Wenn unsere Gebäude heruntergekommen sind, wenn unsere Labore und unsere technischen Institute mit antiquarischer Ausstattung zu kämpfen haben, dann werden die Hochschulen keine nennenswerten, interessanten Leute aus dem Ausland gewinnen können.

Es geht hier nicht um den Luxus, sondern darum, was von jedem Bauherrn erwartet wird. Es geht um das, was Sie selbst in Ihren Gesetzen festlegen, es geht um Betriebsvoraussetzungen, die jede Firma erfüllen muss. Wenn Sie die Gewerbeaufsichtsämter in manche Universitäten hinein lassen würden, würden die die Augen zumachen, die Hände überm Kopf zusammenschlagen und den Laden schließen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wenn sie die Augen zumachen, können sie nicht schließen, weil sie nicht sehen, wie es aussieht!)

Das tun sie nicht, weil das Landeseinrichtungen sind. Diese verstoßen gegen Wärmeschutz-, Brandschutz-, Umweltschutzbestimmungen, verschwenden Energie. Sie verstoßen gegen eigene baurechtliche Vorschriften. Auch das schreibt Ihnen der Rechnungshof ins Stammbuch.

(Abg. Capezzuto SPD: Was?)

Sie verstoßen gegen Brandschutz-, Wärmeschutz- und Umweltstandards. Das kann man nicht irgendwann einmal lösen, sondern das muss man anpacken. Deshalb haben wir

(Carla Bregenzer)

im Rahmen der Haushaltsberatungen 10 Millionen € als einen Einstieg für diesen Haushalt beantragt. Das haben Sie leider abgelehnt. Heute stellen wir noch einmal einen Konkretisierungsantrag.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Den lehnen wir wieder ab!)

Es ist ein Armutszeugnis, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, dass der Finanzminister schon seit Jahren weiß, dass es diesen Sanierungsbedarf gibt. Der Rechnungshof hat im Prinzip nur das bestätigt, was im Finanzministerium – so sagen Sie das ja selbst – schon seit mindestens fünf Jahren bekannt ist – auch in dieser Höhe.

Es ist ein Armutszeugnis, dass erst die Rechnungshofdenkschrift zu einem Kabinettsbeschluss geführt hat, wonach konkret etwas getan werden muss und man sich mit diesem Thema beschäftigt.

Es ist auch ein Armutszeugnis, dass immer noch kein Konzept vorliegt und dass in Bezug auf die Fachhochschulen und die Berufsakademien im Augenblick die Augen immer noch fest geschlossen werden.

Deshalb unser Antrag. Wir werden der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen, aber wir bitten Sie auch um Zustimmung zu unserem Ergänzungsantrag, wonach für diese Sanierung eine Konzeption vorgelegt werden soll, die auch Fristen und Summen festlegt. Weiter fordern wir, dass die Bestandsaufnahme nicht nur auf die Universitäten beschränkt bleibt, sondern für die Fachhochschulen, Berufsakademien, Pädagogischen Hochschulen und Musik- und Kunsthochschulen fortgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sanierung und Modernisierung der Universitäten des Landes ist eine zentrale sowohl wissenschafts- als auch forschungspolitische Zukunftsaufgabe. Darüber sind wir uns hier wohl einig.

(Abg. Fischer SPD: Aber?)

Die Qualität, die die baden-württembergische Hochschullandschaft in Lehre und Forschung insgesamt aufweist, und die Exzellenz zahlreicher Fächer und Fakultäten, die in allen Rankings der letzten Jahre belegt worden ist, kämen in Gefahr, wenn der Sanierungsbedarf der Universitäten, den die vorliegende Untersuchung des Rechnungshofs eindrücklich deutlich gemacht hat, nicht zügig angepackt und abgebaut würde.

Baden-Württemberg hat in der Vergangenheit eminent viel in die Universitäten investiert. Das wissen Sie alle. Seit 1970 hat sich der Flächenbestand der Universitäten mehr als verdoppelt: von 0,8 auf knapp 1,8 Millionen Quadratmeter Hauptnutzungsfläche. Allein durch die Zukunftsoffensiven wurden seit den Neunzigerjahren 230 000 Quadratmeter Hauptnutzungsfläche geschaffen.

Ging es in den Sechziger- und Siebzigerjahren vorrangig um einen quantitativen Flächenzuwachs, wurde später zu-

sätzlich verstärkt auch in qualitativ höherwertige technische Ausstattung der Gebäude investiert. Bei all dem ist der kontinuierliche Unterhalt der Gebäude ein Stück weit in der Tat – da stimme ich Ihnen zu – vernachlässigt worden.

Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen, dass für einen kontinuierlichen Unterhalt jährlich etwa 1,5 % des Neuwerts erforderlich wären, während im Landeshaushalt gerade einmal durchschnittlich nur 0,8 % veranschlagt seien. Da stimme ich Ihnen, Frau Bregenzer, zu.

Hinzu kommt, dass bei einer Reihe großer Baumaßnahmen der Vergangenheit – ich nenne als Beispiele das Neuenheimer Feld in Heidelberg oder die Morgenstelle im schönen Tübingen – jetzt nach 30 Jahren intensivster Nutzung ein ganz besonderer Sanierungsbedarf besteht.

Landesregierung und Rechnungshof haben sich dieses Themas unabhängig voneinander angenommen. Spricht der Rechnungshof von einem Sanierungsbedarf von 2 Milliarden €, kommt das Finanzministerium auf einen noch etwas höheren Wert von 2,4 Milliarden €, Herr Finanzminister. Wichtig ist aber nicht diese Differenz, sondern wichtig ist die Tatsache, dass Einvernehmen darüber besteht, was zu tun ist.

Was ist zu tun, meine Damen und Herren?

Erstens:

(Abg. Capezzuto SPD: Sanieren!)

– Richtig. Wunderbar. – Wir müssen der Sanierung, lieber Herr Capezzuto – Lorch wiederum in vorderster Front –, Vorrang vor einem weiteren Ausbau einräumen

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

und die zur Verfügung stehenden Mittel auf die Sanierungsausgaben konzentrieren. Dies schließt Neubauten dann nicht aus, wenn sie kostengünstiger sein sollten als die Sanierung des Gebäudebestands.

Zweitens:

(Abg. Capezzuto SPD: Sanieren!)

– Wunderbar. – Wir müssen beim Sanierungsprogramm alle Einsparpotenziale nutzen, bei der Überprüfung der Anforderungen an Flächen und Qualitäten ebenso wie bei den baulichen Standards. Flächenreduzierungen werden erforderlich sein.

Drittens: Wir müssen für die Universitäten Anreize setzen, ein Eigeninteresse an einer wirtschaftlichen Optimierung der Flächeninanspruchnahme zu entwickeln, zum Beispiel durch Einführung eines „Vermieter-Mieter-Modells“. Eine entsprechende Effizienzrendite kann dann für zusätzliche Modernisierungs- und – Herr Capezzuto – Sanierungsmaßnahmen genutzt werden.

(Abg. Capezzuto SPD: Richtig, Herr Kollege!)

Viertens: Wir müssen für geeignete Projekte alternative Finanzierungsmodelle anwenden, zum Beispiel Public Private Partnership.

(Abg. Capezzuto SPD: Wow!)

(Kleinmann)

Fünftens: Wir werden gemeinsam mit den Universitäten noch stärkere Anstrengungen unternehmen müssen, Drittmittelgeber, Sponsoren und Mäzenaten für eine Beteiligung am Bauaufwand der Universitäten zu gewinnen.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Und – last, but not least – sechstens: Wir werden nicht darum herumkommen, den Bauhaushalt für die Universitäten – in der Tat, Frau Bregenzer, da stimme ich Ihnen zu – auf einem höheren Niveau zu verstetigen.

(Abg. Fischer SPD: So ein Krampf! – Abg. Gall SPD: Lächerlich!)

Die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs – Sie wären froh, Herr Fischer, wenn Sie so viele gescheite Gedanken hätten, wie ich sie gerade vortrage. Dann wären Sie ein glücklicher Mensch.

(Zurufe von der SPD)

Sie bruddeln daran herum. Ich bringe als FDPler sechs Punkte vor, was zu machen ist, und Sie mäkeln daran herum.

(Abg. Gall SPD: Sie können 60 vorbringen! Setzen Sie einen um, das reicht! – Abg. Fischer SPD: „Mäzene“! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie regieren und machen nichts! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben noch gar keinen Vorschlag gemacht außer dem, noch mehr Geld im Haushalt einzustellen – bei einer Verschuldung von 35 Milliarden €. Das ist doch völliger Nonsens.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Bauunterhaltung durch Mäzene!)

– Darf ich reden? Also. – Die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zur Mitteilung des Rechnungshofs wurde einstimmig gefasst; Frau Bregenzer hat es erwähnt. Ich werte dies als positives Signal für die Dringlichkeit der Aufgabe, die für das Gedeihen des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg unverzichtbar ist.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Amen! – Abg. Stichelberger SPD: Die Liste mit den Mäzenen kriegen wir noch! – Abg. Drexler SPD: Die Liste mit den Bauunterhaltungsmäzenen würden wir gerne einmal sehen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen dem Rechnungshof danken für seine Beratende Äußerung zum Thema Sanierungsbedarf. Sie hat wirklich in einer beeindruckenden Weise die Dimension des Sanierungsstaus offen gelegt. Der Stau in Höhe von 2,4 Milliarden € allein bei den Uni-

versitätsgebäuden ist schon mehrfach erwähnt worden. Alle anderen Gebäude im Bereich der Fachhochschulen und der Berufsakademien sind darin noch gar nicht erfasst.

Der Rechnungshof hat zudem offen gelegt, dass die Problematik des Sanierungsstaus nicht vom Himmel gefallen und keineswegs kurzfristig entstanden ist. Sie ist auch nicht damit zu erklären, dass irgendwelche zurückgehenden Steuereinnahmen ein Problem verursacht hätten und man deswegen die erforderlichen Sanierungen nicht hätte finanzieren können. Vielmehr ist klar geworden: Die Schäden sind langfristig gewachsen. Seit Jahren ist nicht genug Geld in den Erhalt und die Bewirtschaftung der Gebäude investiert worden. Strukturell blieben die Ausgaben immer unterhalb des nötigen Neuwertanteils an Sanierungsmitteln. Es sind nur Mittel in Höhe von 0,8 % des Neuwerts verwendet worden. Nötig gewesen wären aber 2 %. Deswegen haben wir jetzt einen massiven Investitionsstau zu verzeichnen in einer Situation, in der es den öffentlichen Haushalten wahrlich nicht gut geht.

Man sollte einmal versuchen, sich die Dimension klar zu machen: Um diesen Sanierungsstau abzarbeiten, wie es der Rechnungshof vorschlägt, müsste man in einem Zehnjahresprogramm jährlich 140 Millionen € aufwenden, um einigermaßen Schritt halten zu können. Diese Dimension ist genauso groß wie die der zusätzlichen Einnahmen, die die Landesregierung aus Studiengebühren zu erwirtschaften plant. Man könnte also die angestrebten Einnahmen aus den Studiengebühren komplett in die Sanierung des Gebäudebestands stecken und hätte noch kein bisschen Verbesserung der Studienbedingungen erreicht. Das ist die Dimension des Problems.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich möchte mir an dieser Stelle die Bemerkung nicht verkneifen: Wer in diesem Zusammenhang sagt, mit Studiengebühren könnten wir die miserable Situation der Hochschulen erheblich verbessern, der streut der Öffentlichkeit Sand in die Augen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Den Sand brauchen wir zum Bauen!)

Wir brauchen mehr Engagement für die Hochschulen aus öffentlichen Finanzen. Die Landesregierung darf sich da nicht aus der Verantwortung stehlen.

Der Rechnungshof hat ein zweites Problem klar gemacht: Es fehlt nicht nur am Geld. Vielmehr war die Konzentration auf Neubauten strukturell ein Fehler, weil man die Folgekosten von Neubauten und die Bestandserhaltungskosten systematisch unterschätzt und nicht genügend im Blick hatte. Deshalb wird es in Zukunft darum gehen, Anreize zu setzen, wie Immobilien- und Flächenmanagement an den Universitäten und den anderen Hochschulen effizient und nachhaltig betrieben werden kann.

Ich möchte Sie auch auffordern, sich dem besonderen Problem zu widmen, das in den unterschiedlichen Zielsetzungen zwischen der Landesbauverwaltung, die ja Vertreterin des Eigentümers Land ist, auf der einen Seite und dem Nutzer Universität auf der anderen Seite besteht. Der Nutzer

(Theresia Bauer)

Universität ist ja vonseiten des Baus kostenfrei an einem solchen Projekt beteiligt. Diese beiden Akteure haben unterschiedliche Interessen. Aus einer solchen Konstellation ergeben sich nicht unbedingt optimale Immobilienmanagementstrukturen.

Deshalb unterstützt die grüne Fraktion die Empfehlungen des Rechnungshofs im Grundsatz. Wir unterstützen auch den ergänzenden Antrag der SPD-Fraktion, der die doch etwas zu offen gehaltenen Prüfungsaufträge konkretisiert.

Wir bitten insbesondere darum, zu überprüfen, ob man bei der Übertragung der Bauherreneigenschaft auf die Universität selbst nicht doch etwas mutiger vorgehen sollte, damit man stärkere Anreize für die wirtschaftliche Steuerung und für ein nachhaltiges Gebäudemanagement setzen kann.

Man wird das Problem der mangelnden Effizienz nur dann in den Griff bekommen, wenn man im Gebäudemanagement so etwas wie das Life-Cycle-Cost-Konzept anwendet. Danach werden als Gesamtkonzept nicht nur Baukosten, sondern auch Bewirtschaftungs- und Unterhaltskosten zusammen betrachtet. Effizienz entsteht nur dann, wenn man alle Folgen berücksichtigt. Das geht nur, wenn die Verantwortung in einer Hand liegt. Nur mit einem solchen Konzept – durch die Übertragung der Bauherreneigenschaft – entsteht auch eine Tendenz zu energiesparendem Bauen und Sanieren und wird ein entsprechender Anreiz gesetzt.

Wir wollen also im Zusammenhang mit den erteilten Prüfungsaufträgen die Verantwortung der Hochschulen stärken und das Gebäude- und Immobilienmanagement stärker vor Ort übertragen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Nur dann, lieber Kollege Kleinmann, wird es auch gelingen, solche Mieter-Vermieter-Projekte und -Modelle, wie sie in der Universität Heidelberg ja schon erprobt wurden, zum Erfolg zu führen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Denn die Kosten müssen natürlich bei derselben Instanz anfallen, bei der sie auch produziert werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich stimme Ihnen zu!)

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Meine Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, mich ganz kurz zu fassen. Ich werde dies tun.

Ich will mich zunächst einmal ganz herzlich beim Rechnungshof bedanken. Wir stehen voll hinter dem, was der Rechnungshof festgestellt hat. Das liegt finanzpolitisch wie auch wissenschaftspolitisch voll auf unserer Linie.

Es ist keineswegs so, dass das Problem für uns neu war. Wir haben das Problem schon vor Jahren erkannt. Ich habe persönlich zum Beispiel in Tübingen die Morgenstelle, die vorhin zitiert worden ist, besucht. Es besteht schlicht und einfach das Problem, dass wir zurzeit weniger Geld haben, als wir früher angenommen haben.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Jetzt will ich einmal ganz ernsthaft feststellen, woran das alles liegt. Wir waren es eben in den letzten 30 Jahren gewöhnt, dass es jedes Jahr wesentlich mehr gibt als in den Jahren zuvor. Wir haben jetzt eine ganz neue Erfahrung gemacht: Im Jahr 2005 haben wir noch immer 500 Millionen € weniger als im Jahr 1999. Das ist natürlich unser Problem. Sie sagen leichthin – das kann ich irgendwo verstehen –, wir müssten feste Raten für alle kommenden Jahre einplanen. Das ist ja in Ordnung –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

aber nur dann, wenn uns die Steuerschätzung auch feste Raten einplant.

(Beifall der Abg. Fleischer CDU und Kleinmann FDP/DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir können große Raten einplanen, aber Jahr für Jahr war eben weniger Geld da.

Dennoch will ich anerkennen, dass es ein wichtiges, ein prioritäres Vorhaben sein muss, unsere Bildungseinrichtungen und die Gebäude, die dazu notwendig sind, zu erhalten. Denn ich glaube, wir sind uns alle im Klaren darüber, welche Bedeutung Hochschulen und Bildung überhaupt für die Zukunft unseres Landes haben.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir gehen deshalb auf vieles ein, was hier schon zitiert worden ist und was uns auch der Rechnungshof vorschlägt. Zunächst einmal ganz eindeutig: Sanierung geht vor Neubau.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Genau!)

Es ist auch wichtig, dass man manchmal den Mut haben muss, ein Gebäude nicht mehr zu sanieren, sondern abzureißen und neu zu bauen. Das verstehe ich unter Substanzerhaltung.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir müssen auch stärker moderne Methoden des Immobilienmanagements heranziehen. Wir müssen auch den Hochschulen mehr Verantwortung übertragen, was die Finanzierung und das Flächenmanagement betrifft;

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

denn unser neues Hochschulgesetz gibt den Hochschulen ja mehr Rechte. Daraus ergibt sich auch mehr Verantwortung.

Meine Damen und Herren, das Problem ist erkannt. Wir haben übrigens auch einen ganz eindeutigen Zeitplan. Es ist

(Minister Stratthaus)

festgelegt, wie die einzelnen Projekte nacheinander abgewickelt werden sollen. Wenn sich allerdings die Finanzlage noch schlechter entwickelt, als das in den letzten Jahren der Fall war, dann würde das bedeuten, dass wir zwar die Abwicklungsreihenfolge beibehalten, dass sich aber die Sanierungszeit noch verlängern kann.

Alles in allem: Das, was der Rechnungshof uns vorgeschlagen hat, war für uns nicht neu. Wir haben uns übrigens bereits ein halbes Jahr zuvor im Kabinett mit der Sache beschäftigt und sind sogar auf einen noch höheren Sanierungs- und Renovierungsbedarf gekommen. Wir haben das Problem erkannt. Wir werden es im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten in Zukunft lösen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Moser SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Ich stelle zunächst die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4201, zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung ist einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4369, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Drexler SPD: Oh Jesses Gott!)

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. April 2005 – Bericht des Südwestrundfunks über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2003 bis 2006 – Drucksachen 13/4193, 13/4334**

**Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer**

Das Präsidium hat hierzu keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es gibt keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. März 2005 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2003 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2001 (Nr. 6) – Beschaffung von IuK-Geräten – Drucksachen 13/4196, 13/4295**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 18. April 2005 – Bad Wildbad, Verkauf der ehemaligen Trinkhalle an den Förderverein Trinkhalle Wildbad e. V. – Drucksachen 13/4255, 13/4296**

**Berichterstatterin: Abg. Beate Fauser**

Hierzu ist ebenfalls keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

(Abg. Schmid SPD: Nein! – Abg. Moser SPD: Da will jemand dagegen stimmen! Dann bitte ich um Abstimmung!)

Dann lasse ich über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme ist der Beschlussempfehlung mit überwältigender Mehrheit zugestimmt.

(Beifall der Abg. Behringer CDU und Sakellariou SPD)

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 9. Dezember 2004 – Beratende Äußerung zur Organisation und Aufgabenerledigung der Kriminaltechnik in Baden-Württemberg – Drucksachen 13/3847, 13/4202**

**Berichterstatter: Abg. Schneider**

Hierzu ist ebenfalls keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es gibt keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. März 2005 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2001 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1999 (Nr. 17) – Controlling im Schienenpersonennahverkehr – Drucksachen 13/4141, 13/4203**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Hierzu ist wiederum keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es gibt keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2004 – Bericht der Landesregierung zu einem**

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

**Beschluss des Landtags; hier: Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland – Folgerungen für Baden-Württemberg – und Denkschrift 2002 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2000 (Nr. 13) – Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf des Statistischen Landesamts – Drucksachen 13/3912, 13/4297**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. März 2005 – Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes – Drucksachen 13/4217, 13/4298**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hier hat das Präsidium keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/4317, 13/4318, 13/4319, 13/4347**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 13/4277, 13/4312**

Auch hier stelle ich aufgrund § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 29. Juni 2005, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:01 Uhr**

**Anlage**

## Vorschlag

der Fraktion der CDU

### Umbesetzung im Oberrheinrat

Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Oberrheinrat	Mitglied	Pauli	Jägel

02. 06. 2005

Stefan Mappus und Fraktion

6700